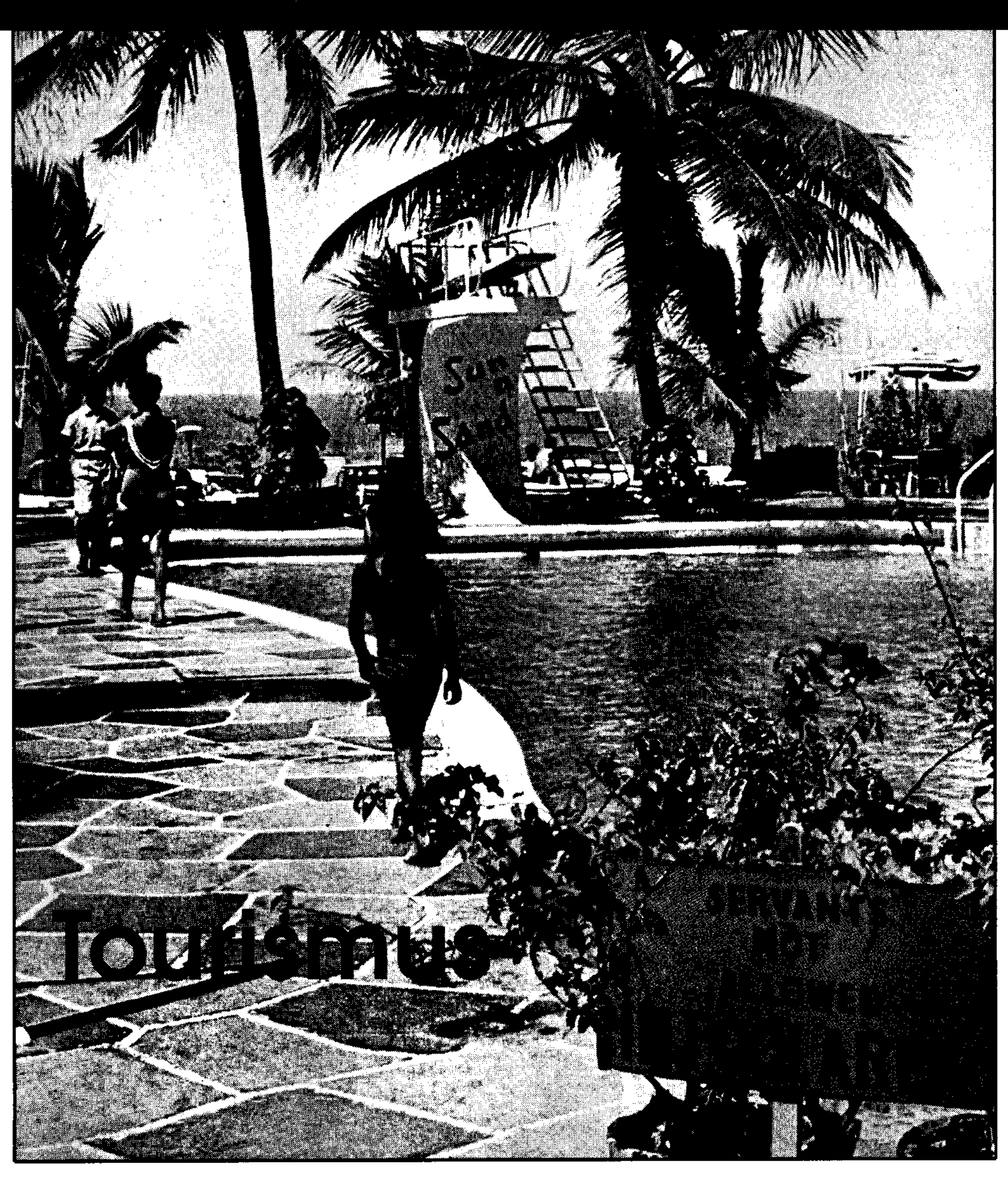
blätter des iz3w



außerdem:

Irak-Kurdistan: Der Krieg geht weiter

Burkina Faso: Vorwärts in die Demokratie?

Jemen: Der Weg in die Vereinigung

Osttimor: Vergessener Krieg

Register '91



Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Andrea Borchers, Konrad Fisch, Uwe Göde, Uwe Hartwig, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Frank Krämer, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Späher, Ulrike Steckkönig, Sigrid Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten. (ca. 18 000 Anschläge)
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 4 30 71

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: ÖS 385,- (bzw. 315,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,-/ÖS 42,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Redaktionsschluß für Nr. 180:
17.02.1992

Anzeigenschluß für Nr. 180:
(Druckfertige Vorlagen) 2.3.1992

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunktheft: Nr. 180
500 Jahre Kolonialismus III

Zum dritten Mal greifen die blätter des iz3w das Thema 500 Jahre Kolonialismus als Schwerpunkt auf. Während in dem jetzt als Sonderdruck wieder lieferbaren Schwerpunkten Spanien und Lateinamerika bzw. Afrika, Frauen und Widerstand im Vordergrund standen, beschäftigen wir uns im folgenden Heft mit Asien und 500 Jahre Kolonialismus. Folgende Beiträge sind bereits in Planung; Japan als Kolonialmacht, die eurozentristische Sichtweise des "Chinesen", Indien als Kolonie (Unterschiede zu Afrika und Lateinamerika), Philippinische Eliten zwischen spanischer Kolonialmacht und US-amerikanischem Imperialismus sowie Migration aus Asien.
Manuskripte und Anregungen bitte bis Ende Februar 1992 an die
blätter des iz3w
AG 500 Jahre Kolonialismus Postfach 5328
7800 Freiburg
schicken.
Vorbestellungen gegen Vorkasse (6,- DM pro Heft per Scheck, in bar oder in Briefmarken) unter obiger Adresse.

Nach dem militärischen der ökonomische Krieg

Die Situation im selbstverwalteten irakisch Kurdistan

Ein Jahr nach Beginn des Golfkrieges ist die Situation für die irakischen Kurden unverändert kritisch. Zwar kontrollieren sie seit Ende des Jahres `91 zwei Drittel irakisch Kurdistans (Ausnahme: Provinz Kirkuk) - wenngleich bislang ohne offizielle Anerkennung. Allerdings läßt Bagdad sie nun ökonomisch ausbluten. Nach dem Rückzug seiner Armee verhängte Saddam Hussein ein Wirtschaftsembargo gegen die kurdisch verwalteten Gebiete. Der folgende Beitrag gibt einen Eindruck von der Lage in irakisch Kurdistan zur Zeit des Jahreswechsels. Bezug auf die Wahlen in der Region, die die Kurdistanfront für Ende Januar angesetzt hat, konnte die Redaktion aufgrund der ungünstigen Lage des Redaktionsschlußtermines nicht nehmen.



Die Frauen trifft das Embargo besonders hart — Foto: R. Maro

Äpfel kann man in Rania beim Haushaltswarenhändler kaufen, oder in einem Stoffladen oder einfach bei irgendeinem fliegenden Händler. Aber nicht immer; wochenlang gab es in der kleinen kurdischen Stadt in der Nähe der iranisch/irakischen Grenze überhaupt kein Obst. Dann trafen zwei Lastwagen aus dem Irak ein und überschwemmten die Stadt mit den gelben Früchten. Nicht nur die Obsthändler, sondern alle anderen Geschäftsleute griffen zu. Alle Kunden verließen den Markt mit Tüten oder Kisten voller Äpfel; in ein bis zwei Tagen wird es keine mehr geben, deshalb kauft jeder soviel er tragen - oder besser soviel wie er bezahlen kann. Wer weiß, wann der nächste Laster kommt.

Die Äpfel sind wie Datteln, Zucker, Tee und Frischgemüse Schmuggelware aus dem Iran. Wann und wie die in der Kleinstadt eintrifft, ist vorher nie abzusehen. Sicher ist nur: jede Lieferung wird teurer sein als die vorhergehende.

Schon seit November 1991 hat die irakische Regierung gegen die von der "Kurdistan Front" kontrollierten Regionen ein Wirtschaftsembargo verhängt. Lebensmittel, Benzin, Diesel und zum Teil auch Medikamente werden gar nicht mehr oder - was das Benzin angeht - nur noch zu 20% der üblichen Menge in die Provinzen Arbil, Süleymania und Duhok geliefert. "Saddam Hussein hat uns ökonomisch und psychologisch den Krieg erklärt", stellt ein Mitglied der "Kurdistan Front" im Rathaus von Süleymania fest. Die Stadt wird seit September `91 ausschließlich von der Front verwaltet und leidet als zweitgrößte kurdische Stadt mit am meisten unter dem Embargo. Viele Läden im Stadtzentrum sind mangels Ware schon vor Wochen geschlossen worden. Vor den Tankstellen bilden sich, sobald einer der Tanklaster der irakischen Regierung in der Stadt gesichtet wird, bis zu 10 km lange Warteschlangen. Die Stadtverwaltung gibt Benzingutscheine aus, kann aber der Situation auch nur mit sehr großer Mühe Herr werden: "Die Regierung will nicht nur, daß wir wirtschaftlich ausbluten, sie will auch der Bevölkerung zeigen, daß die Front unfähig ist, Kurdistan zu verwalten. Sie will uns als die Verantwortlichen für die unzulängliche Versorgung hinstellen."

Diese Befürchtung erweist sich bei einem Gang durch die Stadt als eher unbegründet. An den Warteschlangen vor den Tankstellen sind wilde Flüche auf Saddam Hussein zu hören. Auch in Rania weiß die Bevölkerung den Urheber dieses Wirtschaftskrieges sehr genau zu benennen.

Ebenfalls ab Anfang November sind dort, wie in ganz Kurdistan, die Zahlungen für Lehrer und alle anderen Angestellten des öffentlichen Dienstes ausgesetzt worden. "Wir haben uns daraufhin entschlossen, trotzdem weiterzuarbeiten. Wir können die Schüler nicht für Saddams Grausamkeit büßen lassen. Kurdi-

stan wird nun von Kurden verwaltet, das ist faktisch so, auch wenn es darüber noch kein Abkommen gibt. Wir haben die Verantwortung für das Bildungswesen und wir dürfen diese Freiheit nicht damit bezahlen, eine Generation von Analphabeten heranwachsen zu lassen." Wie sie finanziell über den Winter kommen soll, weiß die junge Lehrerin an der Mittelschule für Mädchen in Rania nicht so genau. Auch ihr Mann ist Lehrer, beide sind sie nun schon drei Monate ohne Einkommen. "Die Eltern der Schüler helfen uns schon", erklärt sie, "aber die meisten von ihnen sind auch arbeitslos."

Die Stadtverwaltung, ebenfalls um Unterstützung angefragt, gibt die Bitte an die internationalen Hilfsorganisationen weiter. Deren Programme sind ausgebucht, überladen, die Bezahlung der Lehrer ist eine innerkurdische Angelegenheit, heißt es dort. Dem ist nicht zu widersprechen, aber das Problem der Lehrerversorgung ist damit immer noch nicht gelöst.

"Druck auf die Regierung in Bagdad ausüben, um eine Aufhebung des Embargos zu erreichen" lautete dann auch eine der Forderungen, die die kurdische Bevölkerung im Dezember an die UNO stellte. In allen größeren Städten waren kurdische Frauen und Männer vor den Niederlassungen des UNHCR (UN-Flüchtlingskommissariat) in einen Hungerstreik getreten. Sie forderten eine Erweiterung der Sicherheitszone auf den 34. Breitengrad, die Eröffnung eines UNHCR Büros in Kirkuk, Rückkehrgarantien für die Binnenflüchtlinge aus Kirkuk, Xaneqin, die z. T. immer noch in Zelten leben, und Druck auf Bagdad, die mittlerweile wieder tausende von politischen Gefangenen freizulassen.

Der Hungerstreik entwickelte sich schnell zur Lawine. Tag und Nacht belagerten Hunderttausende die UNHCR-Büros, über zwei Millionen Menschen demonstrierten in ganz Kurdistan, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Zum ersten Mal konnten in Kurdistan Massenprotestaktionen stattfinden. Viele Menschen nahmen einen Fußmarsch von mehr als 12 Stunden auf sich, um aus ihren Dörfern in die Städte zu kommen und sich an den Demonstrationen zu beteiligen.

"Tag für Tag pilgert die Bevölkerung, vor allem die Dorfbewohner, als Bittsteller zu den UNHCR-Büros. Die UNO oder die anderen Organisationen sollen sie vor dem Verhungern bewahren. Aber jetzt stehen wir mit politischen Forderungen hier, und heute sind wir nicht Hunderte sondern Hundertausende. Wir wollen nicht mehr von Almosen abhängig sein, wir wollen eine politische Lösung des Problems". Immer wieder waren auf diese Weise auch die Angestellten des UNHCR direkt angesprochen worden. "Ihr seid unser Kanal zur Außenwelt", hieß es in einem Flugblatt, "tragt die Forderungen der kurdischen Bevölkerung bis nach Genf."

"Damals im Frühjahr waren wir über eine von alliierten Soldaten besetzte Schutzzone nicht begeistert", erklärt einer der Hungerstreikenden, "wenn wir jetzt doch deren Erweiterung fordern, dann unter veränderten Bedingungen. Die Alliierten sind abgezogen, Schutzzone bedeutet heute, daß das irakische Militär innerhalb dieser Zone keine Luftwaffe einsetzen darf. In Kifri und Kalar ganz unten im Süden ist die Zivilbevölkerung stundenlang aus Hubschraubern beschossen worden. In der Provinz Arbil hat es ebensolche Einsätze gegeben. Das Dorf Sefiya z.B. ist diesen Sommer von seinen Bewohnern wieder aufgebaut worden, seit dem 22.11. liegt es wieder in Schutt und Asche, die Bewohner sind erneut geflohen."

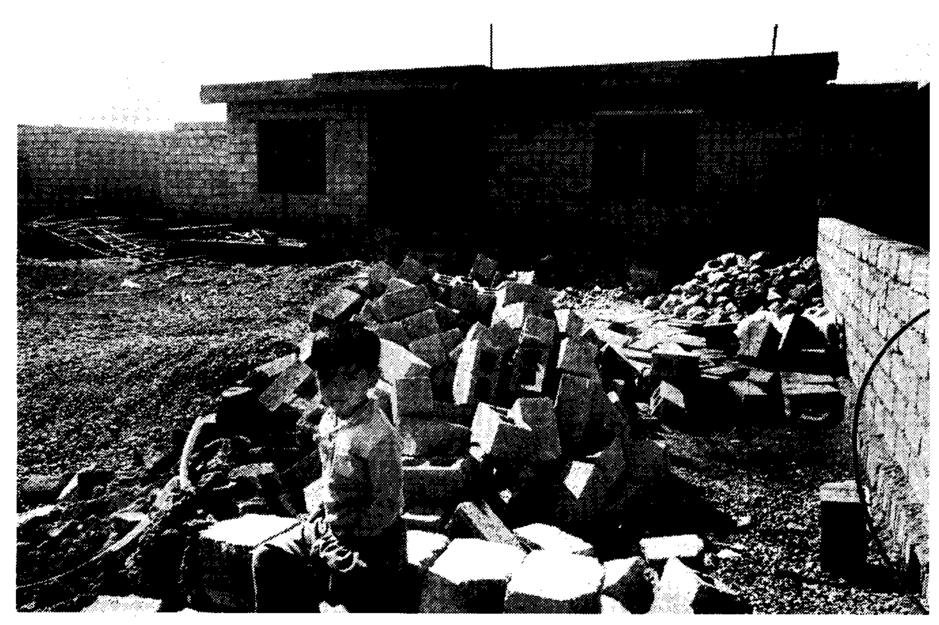
Der Streik und die Massenaktionen endeten mit der informellen Zusage des UNHCR, sich in Kirkuk niederzulassen. Von einem Ende des Embargos in Bagdad kann auch heute keine Rede sein. Momentan sind zwar die Luftangriffe eingestellt, die Versorgungslage ist aber mehr als kritisch: UNHCR und andere internationale Hilfsorganisationen beziehen ihre Hilfsprogramme auf die sogenannten "vulnerable Groups" (gefährdete Gruppen), d.h. Dorfbewohner, die in abgeschnittenen Regionen leben, Binnenflüchtlinge und Kranke und Versorgungsbedürftige in den Städten. "Durch das Embargo ist die ganze Bevölkerung zu einer "vulnerable group" geworden", erklärt ein Vertreter der kurdischen Hilfsorganisation "Kurdish Relief Association" (KRA), "wir sehen ja ein, daß dieser Notstand nicht mit einem Hilfsprogramm abgedeckt werden kann. Aber wo ist die Lösung?"

Die KRA hat mit zusätzlichen Problemen zu kämpfen. Lebensmittel aus ihrem eigenen, aus Spendengeldern finanzierten Hilfsprogramm waren bislang im Iran besorgt worden. Der aber hat seine Grenze einen Monat vor dem Embargo schon für offizielle Lieferungen geschlossen, so daß mehrere LKWs auf der Strecke geblieben waren.

Dafür herrscht äußerst reger Betrieb am anderen Ende Kurdistans, am türkisch/irakischen Grenzübergang Habur. Durchschnittlich 2000 - 3000 LKWs passieren pro Tag diese Grenze. Einige von ihnen haben Hilfsgüter, die anderen kommerzielle Lebensmittellieferungen geladen. Türkische LKW - Fahrer werden vom Irak angezogen wie von einem Magneten. Hier gibt es Diesel einzukaufen, das sie in der Türkei zum Teil für 400 - 500% des Einkaufspreises absetzen können. Drei Fahrten in den Irak garantieren einem Fahrer sein normales Jahreseinkommen. "Bis zum Embargo lief das alles sehr gut" erzählt einer der Peschmerge, der seit einigen Monaten eingerichteten kurdischen Zollstation an der Grenze, "wir konnten Sprit an die LKW-Fahrer verkaufen und die brachten Lebensmittel aus der Türkei. Jetzt haben wir keinen Sprit mehr zu verkaufen." Den Sprit holen sich die Fahrer nun eben aus dem irakisch kontrollierten Mosul, mit der Auflage allerdings, die Lebensmittel dort abzuladen. Doppelter Verlust für die Kurden.

"Hier wird Krieg geführt, auch nördlich des 36. Breitengrades, aber es ist ein Krieg, der sehr leise vonstatten geht und bei dem niemand eingreift", gibt einer der kurdischen Zollkontrolleure zu bedenken. "Ist es denn ein Unterschied, ob unsere Kinder von Saddams Armee bombardiert werden, oder ob sie verhungern? Wir wollen keine Almosen, unsere Region hat ja auch Einnahmen, wie wir hier beim Zoll zum Beispiel, aber wir können nichts kaufen. Warum läßt die Welt diesen Wirtschaftskrieg zu?"

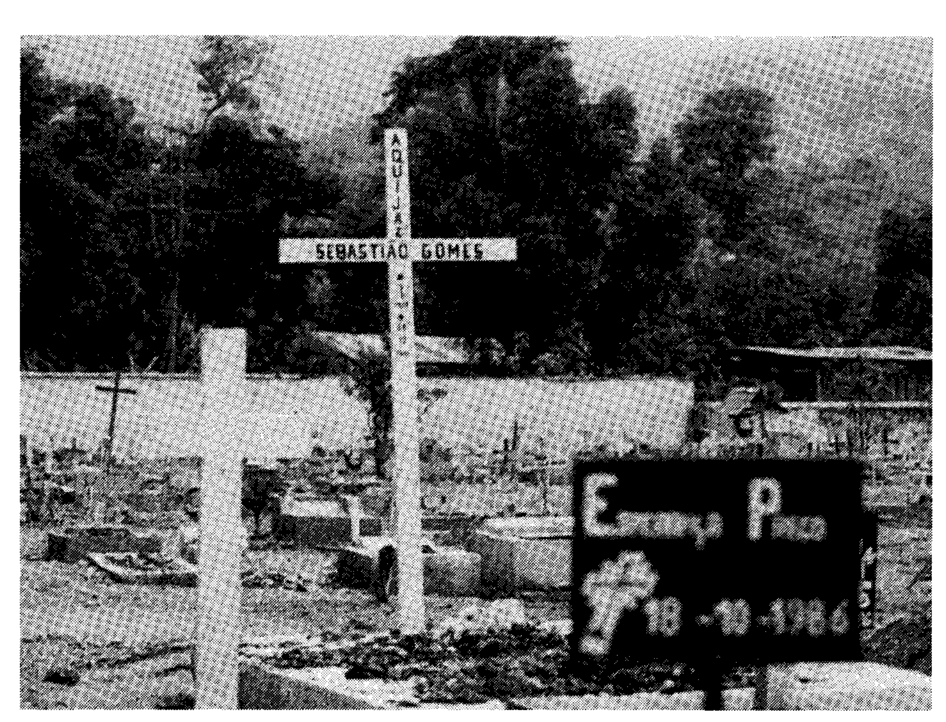
me



In einigen Dörfern hat der Wiederaufbau begonnen **Foto: R. Maro**

'Kapan Pulang' - Wann gehst Du nach Hause?[1]

Am frühen Morgen des 12. November 1991 versammelten sich annähernd 1000 Menschen in der Montael-Kirche in Dili, der Hauptstadt Osttimors. Sie wohnten einer Messe für Sebastiao Gomez bei, der zwei Wochen zuvor durch Angehörige der indonesischen Armee bei der Durchsuchung der Kirche erschossen worden war. Nach dem Gottesdienst zog die Trauergemeinde zum Grab von Gomez auf dem drei Kilometer vor Dili liegenden Friedhof Santa Cruz. Dem Zug schlossen sich immer mehr Menschen an, so daß nach Augenzeugenberichten schließlich 2000-2500 Personen am Friedhof eintrafen. Auf dem Weg dorthin wurden anti-indonesische Parolen gerufen und Steine nach Soldaten geworfen, die den Demonstrationszug beobachteten. Bei einem Handgemenge wurde ein Major der indonesischen Armee (ABRI) niedergestochen und schwer verletzt.



Friedhof von Santa Cruz — Foto: FEER 9.1.1992

Nach einer kurzen Andacht am Grab von Gomez sollte sich der Demonstrationszug zum Hotel Turismo in Dili bewegen, wo der Sonderberichterstatter der UNO über die Folter, Pieter Kooymans, Quartier genommen hatte. Dazu kam es aber nicht mehr. Nur ein kleiner Teil der Trauergemeinde war in dem von einer Mauer umgebenen Friedhof angekommen, der größere Teil drängte sich noch um das Tor, als ein Lastwagen mit Soldaten, ausgerüstet mit Schilden und Schlagstöcken und z.T. mit Gewehren bewaffnet am Friedhof eintraf. Wenig später erreichte ein Trupp von 200 Soldaten mit schußbereiten Gewehren das Gelände. Ohne Vorwarnung eröffneten sie das Feuer und schossen in die vor dem Friedhofstor wartende Menge. Darauf umzingelten sie den Friedhof,erklommen die Mauer und feuerten auf die sich bereits im Friedhof befindenden Menschen. Die Angaben über die Zahl der Todesopfer sind sehr widersprüchlich; während der Armeesprecher die Zahl der Todesopfer auf 19 bezifferte, sprechen Augenzeugen von mindestens 115, andere von 180 Toten und zahlreichen Verletzten. "Pech" für die Indonesier, daß sich darunter auch zwei amerikanische Journalisten befanden, die sofort für ein internationales Echo sorgten. Wenige Tage später wurde die Meldung verbreitet, Zeugen des Massakers seien von der indonesischen Armee verschleppt und exekutiert worden, 80 Menschen seien dabei ermordet worden. Die Armeeführung dementierte diese Nachricht, sagte aber eine Untersuchung des Massakers zu.[2]

Koloniale Kontinuität

Der östliche Teil der Insel Timor war bis 1975 faktisch portugiesische Kolonie. Zur Zeit der indonesischen Okkupation lebten dort ca. 650.000 Menschen, die zum größten Teil der katholischen Kirche angehörten.[3] Im April 1974 beseitigte die "Nelkenrevolution" die faschistische Diktatur in Portugal und löste einen Dekolonisierungsprozeß aus. Unzufriedenheit über die Entbehrungen und Sinnlosigkeit eines jahrelangen Buschkrieges, der jährlich 40% der Staatsausgaben verschlang, waren der Anlaß, daß die portugisischen Offiziere an der Front sich zu Geheimbünden organisierten, deren Forderungen rasch allgemeinpolitischen Charakter annahmen.

An die Spitze dieser "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) trat der Major Otelo de Carvalho, der dem Programm das theoretische, d.h. marxistische Gerüst gegeben hatte. Als die MFA in der Nacht zum 25.4.1974 im Handstreich die Macht übernahm, hatte sich als wichtigste außenpolitische Maßnahme die Beendigung des Kolonialkrieges und die Dekolonisierung der Überseegebiete vorgenommmen. Gemeint waren damit vor allem die afrikanischen Kolonien Angola, Moçambique und Guinea-Bissau. Auch Osttimor wurde von dieser Bewegung erfaßt, ohne jedoch dabei von Lissabon mehr beachtet zu werden als schon in den vorhergegangenen vierhundert Jahren.

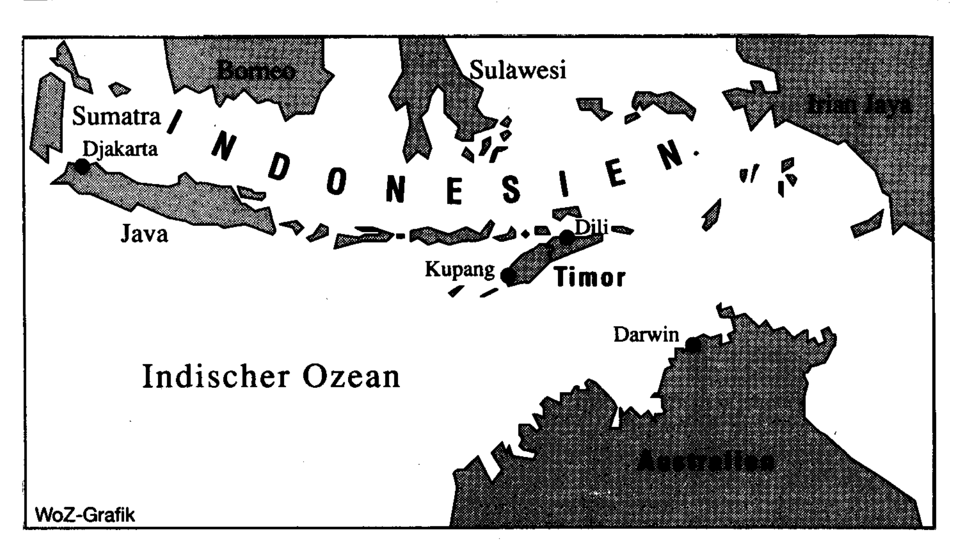
Die Haltung des Nachbarn Australien

Die Haltung Australiens gegenüber Indonesien auch gerade im Hinblick auf Osttimor ist nicht frei von Widersprüchen. Nachdem die indonesische Armee während der Invasion zwei australischen Journalisten ermordet hatte, um damit unliebsame Zeugen zu beseitigen, war die Regierung in Canberra zunächst eine der schärfsten Kritikerinnen Indonesiens und gewährte vielen Osttimoresen Zuflucht. 1978 erkannte Australien dann aber im Widerspruch zur Haltung der UNO als bisher einziges westliches Land die Annexion durch Indonesien an.

Dabei handelt es sich im Kern um eine Beschwichtigungspolitik, die von der Furcht vor expansionistischen Tendenzen in der indonesischen Außenpolitik geleitet wird. Immerhin hatte Indonesien zum zweiten Mal innerhalb von nicht einmal 20 Jahren sein Staatsgebiet an den Grenzen zu Australien mit militärischer Gewalt erweitert: 1962/3 West-Papua und 1975/6 Osttimor. Die wiederholten Verletzungen der Grenze zwischen Irian Jaya (West-Papua) und dem 1975 unabhängig gewordenen Papua-Neuguinea durch indonesische Truppen, um Mitglieder der Freiheitsbewegung "unabhängiges Papua - OPM" zu verfolgen, beweist, wieviel Bedeutung Indonesien völkerrechtlichen gültigen Abmachungen beimißt.

Auf der einen Seite betrachtet man in Australien den bevölkerungsmäßig weit größeren Nachbarn also mit Mißtrauen. Auf der anderen Seite will man aber mit ihm Geschäfte machen. Immerhin verfügt Indonesien über hochwertige Energie- und Rohstoffreserven, und auch in Handel und Verkehr ist der fünfte Kontinent auf Indonesien angewiesen. Zwar gab und gibt es in Australien immer wieder Stimmen, die die Respektierung der Menschenrechte in Indonesien als Bedingung für engere Beziehung einklagen. Nicht zuletzt Robert Hawke unterstützte in seiner Funktion als Gewerkschaftsführer die Sache Osttimors. Doch seit er als Premier einer Labourregierung vorsteht (1983), steuert Australien einen vorsichtigen Annäherungskurs. Deutlichster Ausdruck dieser Verständigungspolitik ist das Abkommen über den Grenzverlauf zwischen Australien und Indonesien bzw. Osttimor in der Timorsee. Auf einer Strecke von gut 250 km war die Grenze nicht eindeutig festgelegt. Diese sog. Timor-Lücke wurde geschlossen und Einvernehmen über die Bohr- und Ausbeutungsrechte an den Erdölvorkommen in diesem Gebiet hergestellt (1989). Die australische Regierung handelte nicht zuletzt auf Druck und im Interesse australischer Ölfirmen, die nach erfolgreichen Probebohrungen in australischem Hoheitsgebiet weitere Versuche in der noch umstrittenen Zone unternehmen wollten, sich mit Investitionen solange aber zurückhielten, bis eine sichere Rechtslage erreicht war. Immerhin erhofft sich Australien durch diese Ölvorkommen die Sicherung der Selbstversorgung mit Rohöl.

Doch den jüngsten Vorfall konnte auch Canberra nicht ignorieren, und die verbale Verurteilung des Massakers ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Premier Hawke verlangte eine unabhängige Untersuchung und eine Bestrafung der Verantwortlichen. Er machte seinen Staatsbesuch in Jakarta im Februar von der Erfüllung dieser Bedingungen abhängig. Nun, da Hawke als Premierminister abgelöst wurde, ist es an seinem Nachfolger zu beurteilen, ob der angekündigte Bericht der indonesischen Untersuchungkommission den australischen Erwartungen entspricht. Nach der Erfahrungen der letzten Jahre ist aber nicht mit einem abrupten Kurswechsel und Sanktionen zu rechnen.



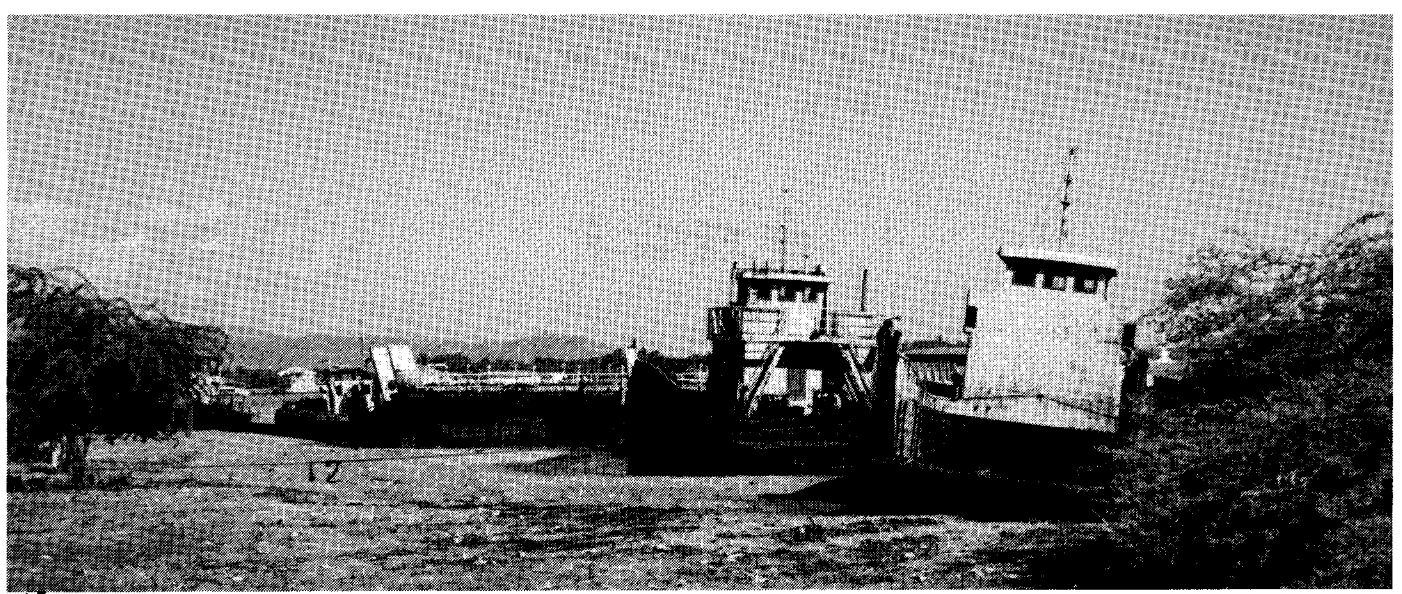
Von Darwin nach Dili sind es nur 500 km, Flugzeit eine Stunde

In Osttimor entstanden in dieser Zeit des politischen Umbruchs drei Parteien mit unterschiedlichen Zielen: - die Sozialdemokratische Assoziation Timors (ASDT) strebte nach einer fünfjährigen Übergangszeit die Unabhängigkeit des Landes an, - die Demokratische Union Timors (UDT) plädierte für einen Anschluß an Portugal, - die Demokratische Volksassoziation der Timoresen (APODETI) setzte sich für eine Integration Osttimors in die Republik Indonesien ein. Die ASDT änderte wenig später ihren Namen in FRETILIN (Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Osttimors), unter dem sie bis heute den Kampf um die Unabhängigkeit Osttimors führt. Die noch von der portugiesischen Kolonialverwaltung durchgeführten Wahlen auf Dorfebene - die bisher einzigen freien Wahlen - zeigten die starke Unterstützung der Bevölkerung für die FRETILINI: sie ging mit 55% der Stimmen als Siegerin aus den Wahlen hervor, gefolgt von der UDT (40%) und der APODETI (5%).

Die unterlegenen Parteien versuchten, mit Gewalt dieses Ergebnis zu korrigieren. Diesen Machtkampf konnte die FRETILIN für sich entscheiden, sah sich aber nach seinem Ende vor die Situation gestellt, die Verwaltung für die Insel zu organisieren, da die portugiesischen Kolonialbeamten während des Bürgerkrieges das Land verlassen hatten. An einen völkerrechtsmäßigen Abschluß des Dekolonisierungsprozeß war nicht zu denken.

Den anti-kommunistischen Generälen in der indonesischen Hauptstadt Jakarta war die Beliebtheit der als "marxistisch" gebrandmarkten FRETILIN ein Dorn im Auge. Das Risiko eines kommunistischen Brückenkopfes, ein "asiatisches Kuba" gewissermaßen, wollten sie nicht eingehen. Die Okkupation Osttimors knüpfte an Träume von einem Groß-Indonesien (Indonesia Raya) an und stellte in ihren Augen nicht anderes als eine "Korrektur der Geschichte" (Außenminister Kusumaatmaja, 1975) dar. Mit ihr waren alle ohne größere internationale Verwicklungen erreichbaren Gebiete und Inseln im Archipel ins indonesische Staatsgebiet einverleibt.[4] Ökonomische Gründe dürften für die indonesische Besatzungspolitik anfänglich nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Die Ölvorkommen in der Timorsee wurden erst zu Beginn der 80er Jahre bekannt, die vorhandenen Bodenschätzen werden bis heute kaum in nennenswertem Umfang abgebaut.

Nachdem die Versuche, die Macht in Osttimor mit Hilfe der APODETI und der UDT zu gewinnen, gescheitert waren, bereitete das Militärregime mit stillschweigender Duldung der US-amerikanischen und der australischen Regierung die Annexion der östlichen Inselhälfte vor. Am 7.Dezember 1975 landeten die ersten indonesischen Fallschirmjäger in der Demokratischen Republik Osttimor, die am 28.Oktober 1975 von der FRETI-



Spuren der Invasion: Landungsboote in Dili. **Foto: khs**

LIN ausgerufen worden war.[5] Weder die UNO noch die Bewegung der Blockfreien erkennen die Okkupation an. Für die UNO besitzt Portugal bis heute die rechtmäßige Verwaltungshoheit.

Lage in Osttimor

Seit seinem Einmarsch herrscht das indonesische Militär mit brutaler Gewalt in Osttimor. Menschenrechtsgruppen sprechen von über 200.000 Toten seit dem Einmarsch der Indonesier, die teils von den Soldaten ermordet wurden, teils verhungerten, weil die Armee systematisch die Felder der Bauern zerstörten, um der FRETILIN den Lebensmittelnachschub abzuschneiden.

Auch heute, über 16 Jahre nach der gewaltsamen Annexion Osttimors ist die Lage keineswegs entspannt: Bespitzelung und Einschüchterung, willkürliche Verhaftungen und Folter sind nach wie vor an der Tagesordnung. Sie werden besonders dann verstärkt, wenn einer der seltenen offiziellen ausländische Gäste angesagt ist. Der Besuch des Papstes im Oktober 1989 wurde von der ABRI durch massive Einschüchterung der Bevölkerung, Verhaftung und Deportation von potentiellen Demonstranten auf andere Inseln "vorbereitet". Die relative Ruhe in den Städten wurde nur durch eine massive Militärpräsenz erreicht, in Dörfern und Weilern konnte die Armee kaum Fuß fassen. In den Bergen halten sich immer noch Einheiten der FRETILIN unter ihrem Führer Xanana Gusmão verborgen und liefern sich immer wieder Gefechte mit der Armee. Den zur Zeit rund 14.000 Soldaten der ABRI bringt die Zivilbevölkerung offene Ablehnung entgegen. "Kapan pulang - Wann gehst du nach Hause" ist ihre Begrüßung für die Militärs.

Das hebt natürlich nicht die Stimmung bei den in Dili stationierten Einheiten. Osttimor ist bei den Angehörigen der Armee ein ungeliebter Einsatzort: eine Verlegung dorthin gilt vielen als Strafversetzung. Was die Armee in den Augen der Timoresen besonders unbeliebt macht, ist ihre Zusammenarbeit mit rechtsgerichteten Timoresen, die sie als Spitzel und Agenten einsetzt. Die schlechte Moral der Truppe entlud sich in diesem Gewaltausbruch desMassakers, und der verzweifelte Erklärungsversuch des regionalen Oberbefehlshaber von Dili, Rudolf Warouw, die Soldaten hätten am Friedhof von Santa Cruz den Befehl, nicht zu schießen, unglücklicherweise mißverstanden, verstärkt den Eindruck vom desolaten Zustand der dort stationierten Einheiten.

Die Osttimoresen nutzen jede sich bietende Gelegenheit, das bestehende Demonstrationsverbot zu unterlaufen und ihre Klagen an die Weltöffentlichkeit zu bringen. Der Trauerzug vom 12.November war ein Versuch, Öffentlichkeit über die Situation in Osttimor herzustellen und das eiserne Schweigen, das die Insel umgibt, zu durchbrechen. Denn mit einer kurzen Ausnahme Anfang der achtziger Jahre, als internationalen Hilfsorganisationen in Osttimor wegen der anhaltenden Hungersnot tätig werden durften, war es für Ausländer und indonesische Zivilisten bis Ende 1988 praktisch unzugänglich. Berichte über Verbrechen der Armee und über Hungersnöte, die immer wieder an die Weltöffentlichkeit drangen, dementierte Jakarta und diffamierte sie als Propaganda.

Versuche einer Entspannung

Gleichzeitig versuchte Indonesien seit September 1985 über seine Botschaften mit Berichten über die Aufbauleistungen in Osttimor dem schlechten Image zu begegnen.[6] Das wesentliche Motiv dafür lag in dem Wunsch, in der internationalen und regionalen Politik eine bedeutendere Rolle zu spielen. Schon mehrere Male, zuletzt 1989 hatte es sich um die Ausrichtung der Vollversammlung der Bewegung der Blockfreien Staaten beworben. Die Veranstaltung dieses Treffens ist traditionell mit der Präsidentschaft für die darauffolgende Amtsperiode verbunden. 1983 war die Kandidatur an einem offenen Konflikt zwischen Angola und Indonesien über die ungeklärte Osttimorfrage gescheitert. Der indonesischen Diplomatie mußte es vor allem darum gehen, Osttimor von der Tagesordnung der internationalen Organisationen zu streichen und Publizität zu verhindern.

Das Streben Indonesiens nach einer Führungsrolle in Südostasien zeigt sich auch in der Beteiligung von Außenminister Ali Alatas in den Verhandlungen über die Beilegung des Kambodscha-Konfliktes. Um aber als Vermittler glaubwürdig zu sein, muß man eine reine Weste haben, zumindestens nach außen. Werden interne Menschenrechtsverletzungen gelegentlich noch ignoriert, so stellen Konflikte, bei denen Interessen anderer Staaten betroffen sind, ein ernsthaftes Hindernis für eine bedeutsame internationale Rolle dar.

Zugegebenermaßen hat die Zentralregierung in den vergangenen Jahren große Geldsummen in diese "Provinz" gepumpt, die Infrastruktur ausgebaut, Schulen und Universitäten errichtet und die landwirtschaftliche Produktivität gefördert. Indonesien hat verstanden, daß nur ein 'erschlossenes' Gebiet wirtschaftlichen Vorteil für eine Kolonialmacht bringt. So daß es keinen Widerspruch bedeutet zu betonen, daß Osttimor Indonesische Kolonie ist, und gleichzeitig festzustellen, daß es heute manchem Osttimoresen materiell besser geht, als unter der portugiesischen Kolonialverwaltung.

Politische Rechte oder gar die Möglichkeit zur Selbstbestimmung gewährte

die indonesische Regierung der Bevölkerung Osttimors aber nicht. Die politische Repression geht weiter. Mit dieser Doppelstrategie versuchte die Regierung in Jakarta zugleich, die Weltmeinung für sich einzunehmen und den Anschein einer Beruhigung und Normalisierung der Lage in Osttimor zu erwecken. 1986 erlaubte sie erstmals einer Gruppe von Exil-Osttimoresen einen Besuch in ihrer Heimat. An den Wahlen zum machtlosen, indonesischen Parlament im Jahr 1987 durfte sich auch die Bevölkerung Osttimors beteiligen. 1988 erklärte Präsident Suharto dann, daß Osttimor "befriedet", der Widerstand der FRETILIN gebrochen sei. Die Hauptstadt Dili wurde an das Liniennetz der Staatsreederei angeschlossen und Ausländer durften ohne größere Schwierigkeiten ins Land einreisen.

Nach der Öffnung

Wer in den ersten Monaten nach der Öffnung Osttimors für Ausländer über Land nach Osten fuhr, konnte sich davon überzeugen, daß so friedlich die Verhältnisse nicht sein konnten. Die Grenze zwischen Osttimor und dem zur Provinz Nusatenggara Timur (NTT) gehörenden Westtimor bestand aus einer breiten Sicherheitszone, die fast unbewohnt war. Mehrere Polizei- und Armeeposten mußten passiert werden, bevor man zum eigentlichen Grenzübergang kam. Die Reisenden mußten strenge Kontrollen über sich ergehen lassen, die Busse wurden durchsucht. Manche Busfahrer weigerten sich indonesische Soldaten mitzunehmen. Dili machte den Eindruck einer Stadt im Ausnahmezustand. Soldaten waren überall im Stadtbild präsent. Militäreinrichtungen zogen sich wie ein Sicherheitsring um die Stadt.

Im Sommer 1989, ein halbes Jahr nach der Öffnung, schrieb der Bischof von Dili Mgr. Carlos Ximenes Belo einen offenen Brief an den UN-Generalsekretär, in dem er auf die schwierige Situation in seinem Land hinwies und um die Hilfe des Generalsekretärs bei der Beendigung des Dekolonisierungsprozesses bat. Gemeint ist damit die Abhaltung eines Referendums unter UNO-Aufsicht, bei dem sich die Bevölkerung Osttimors entscheiden kann, in welcher staatlichen Gemeinschaft es ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben will. Dieser Brief forderte die wütende Reaktion der Regierung in Jakarta heraus, die dem Bischof vorwarf, von Portugal aus beeinflußt zu sein und die Verhältnisse in seiner eigenen Diözese nicht zu kennen.

Suharto in der Zwickmühle

Seit Präsident Suharto vor gut zwei Jahren "keterbukaan - Offenheit" versprach, kommt das indonesische Engagement in Osttimor, das als die Befreiung vom Kolonialjoch der Portugiesen propagiert wurde, zunehmend ins Gerede. Indonesische Intellektuelle nennen es - noch hinter vorgehaltener Hand - einen Kolonialkrieg. Trotz eines Nachrichtenembargos in Indonesien - die Presse berichtete nur kurz und oberflächlich über die Ereignisse - konnte die Regierung der eigenen Bevölkerung nicht verheimlichen, daß die Soldaten bei dem Massaker keine bewaffneten Banditen zusammengeschossen hatten, sondern unschuldige Kinder, Frauen und Männer. (Wie) Läßt sich die blutige Unterdrückung des 'eigenen Volkes', denn das sind die Osttimoresen nach offizieller Lesart, durch die Armee rechtfertigen? Das führt zu einem Verlust an innenpolitischer Glaubwürdigkeit für die Regierung und die Armee.

Sicher ist, daß Indonesien vor allem dem Ausland gegenüber in Rechtfertigungszwang geraten ist. Kanada, Dänemark und die Niederlande haben bis auf weiteres ihre Zahlungen an Indonesien eingestellt. Die USA haben angedroht, sie würden ihre Hilfe "überprüfen". Durch das Massaker ist der Mantel des Schweigens, das die Regierung in den letzten Jahren erfolgreich um den ständigen Unruheherd Osttimor gelegt hatte, zerrissen, und Indonesien sitzt auf einmal wieder auf der Anklagebank. UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar hat einen Beobachter nach Indonesien geschickt. Damit dürfte Osttimor bis auf weiteres auf der Tagesordnung in New York bleiben.

khs

Anmerkungen:
1) Begrüßung, mit der Osttimoresen seit dem Massaker am 12.11.1991 indonesische Soldaten auf der Straße ansprechen.
2) Mittlerweile wurden Einzelheiten aus dem Bericht der Regierungskommission bekannt: danach sollen etwa fünfzig Personen erschossen worden sein. Der Armee wurde vorgehalten, in übertriebener Weise Gewalt angewendet zu haben. Der verantwortliche Regionalkommandant für Ostindonesien und der Gebietskommandant für Osttimor wurden vom Dienst suspendiert. (Far Eastern Economic Review 9.1.1992, S.9f) Mit diesem Bericht dürfte es Suharto gelingen, einerseits die internationale Kritik zu beschwichtigen ohne andererseits die Armee zu verprellen, auf die er bei den anstehenden Wahlen angewiesen ist. Von den Darstellungen unabhängiger Quellen noch weit entfernt darf der Rapport deshalb auch nicht als wahrheitsgetreue Aufklärung der Ereignisse (miß)verstanden werden, sondern er stellt den Versuch einer Schadensbegrenzung dar, bei der die widerstreitenden innenpolitischen Interessen wieder in Einklang gebracht werden. Zugleich stellt er Weichen für den Verlauf des Machtkampfes in Indonesien.
3) Westtimor war ein Teil des niederländischen Kolonialreiches und wurde nach der Unabhängigkeit Indonesiens ein Distrikt der Provinz Nusatenggara Timur.
4) Sukarnos Versuche einer Einflußnahme und Destabilisierung von Sarawak (eh. brit. Teil Borneos) scheiterten am brit. Widerstand und nicht zuletzt an seiner Entmachtung 1966.
5) Vgl. ausführlicher K.Horta, K.Ludwig, Osttimor - Das vergessene Sterben, Göttingen 1985 (pogrom-TB 1013).
6) Eine ausführliche aber unkritische Zusammenfassung dieses Osttimorberichts findet sich in Südostasien aktuell Sept. 1985, S.402ff.

BRD - Osttimor - Indonesien

Seit vielen Jahren gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der BRD und Indonesien auf der Ebene der Regierung wie von Unternehmen. Neben den Pharmakonzernen Hoechst und Bayer und der Deutschen Bank ist vor allem der Technologiekonzern Daimler Benz gut auf dem indonesischen Markt etabliert. Ansprechpartner ist der indonesische Forschungs- und Technologieminister J.B. Habibie, Absolvent der TU Aachen und Zögling von MBB, wo er Anfang der siebziger Jahre als Abteilungsleiter für Technologie und Methodologie von Fracht- und Militärflugzeugen arbeitete. Seit 1975, ein Jahr nachdem Suharto Habibie als Technologieberater ins Kabinett holte, werden der MBB-Helikopter in Indonesien in Lizenz hergestellt. Die Armee schaffte den Typ BO 105 an und setzte ihn auch in Osttimor ein. Andere Daimler-Produkte sind Lastwagen und vor allem Unimogs; sie tauchen regelmäßig auf Bildern aus indonesischen Kriegsgebieten auf.

Auf staatlicher Ebene gibt es eine Kooperation bei der Ausbildung des Offizierskorps von Polizei und Armee. In der Polizeiführungsakademie Hiltrup bei Münster wurden seit 1974 indonesische Polizeioffiziere ausgebildet. Die Polizei ist in Indonesien als vierte Teilstreitkraft organisiert und untersteht damit dem Verteidigungsministerium, das sie bei der Aufstandsbekämpfung einsetzt. 1984 schloß die GTZ ein Kooperationsvertrag über Polizeiausbildung und -technologie (im Rahmen der "Entwicklungszusammenarbeit" wohlgemerkt!); 1988/90 erhielt Indonesien Polizeiausrüstung für 700.000 DM vom Innenministerium.

Die Haltung der Bundesregierung zur Osttimorfrage ist unabhängig von der parteipolitischen Richtung in allen Jahren gleich: offizielle Ignoranz. Indonesien wurde trotz des Krieges nicht als Krisenregion eingestuft, in die Waffenexporte verboten sind, sondern kommt im Gegenteil durch die Gleichstellung der ASEAN-Staaten (Assoziation der Staaten Südostasiens, Mitglied Indonesien) mit der NATO 1985 in den Genuß der gleichen Lieferkonditionen wie alle NATO-Staaten.

Auch das jüngste Massaker veranlaßt Bonn nicht zu einer Kurskorrektur. Bei den Regierungsverhandlungen vom 11.-13. November in Bonn wurde erneut Hilfe von 135 Millionen Mark in Krediten und technischer Zusammenarbeit zugesagt. (FRm 7.12.91)

Literatur: "Ihre Götzen sind Silber und Gold", Broschüre zum Gebetstag anl. des Tags der Menschenrechte 1991, hg.v. Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen"; Bezug: Ohne Rüstung leben, Furtbacherstr. 10, W-7000 Stuttgart 1, 24.S. 3.-DM; Osttimor- Das vergessene Sterben, Rüstungsmarkt Südostasien. Hg. Buko, Bremen 1987/88.

Parlamentarische Demokratie oder Militärdiktatur?

Burkina Faso nach den Präsidentschaftswahlen



Aus: Journal du Jeudi 24.-30.10.91 (Hebdomadaire Satirique Burkinabé)

Wenn dereinst die Geschichte des Demokratisierungsprozesses in Afrika geschrieben wird, ist der politischen Entwicklung in Burkina Faso ein spezielles Kapitel sicher. Und ich wünsche mir dafür einen Autor mit dramatischer Begabung, dem es gelingen möge, diese spannende Geschichte mit all ihren Umwälzungen und Kehrtwendungen, Verwicklungen und Verstrickungen, den Intrigen und Zerwürfnissen, den immer wiederkehrenden Fehlern und Verfehlungen angemessen zu erzählen, d.h. mit dem Flair der schicksalshaften Tragödien. Mangels dieser Begabung will ich inzwischen versuchen, die verzwickte Situation so verständlich wie möglich darzustellen, was angesichts der sich teilweise überschlagenden Ereignisse und der dürren Informationslage in unseren Medien gar nicht so einfach ist.

Nachdem das Militärregime unter Blaise Compaoré die Zulassung politischer Parteien im Frühjahr 1991 beschlossen hatte, machten sich die Politiker verschiedenster Couleur sogleich an die Arbeit. Bald waren von jeder Richtung mindestens zwei Parteien im Rennen, allen voran die Formationen aus den Gründerjahren, aber auch "Grüne" und Sankaristen (nähere Informationen siehe Kasten).

Im weiteren sah der von der Regierung vorgeschlagene Demokratisierungskalender die Abstimmung über einen Verfassungsentwurf in Form eines Referendums am 2. Juni 1991 vor. Ein halbes Jahr später war die Wahl des Präsidenten geplant und ca. einen Monat danach sollten die Abgeordneten zur Nationalversammlung gewählt werden. Diese Reihenfolge ist eher ungewöhnlich. Wahrscheinlich ging Compaoré davon aus, daß angesichts der Zersplitterung der politischen Szene die Regierungsmehrheit

mühelos ihren Präsidentschaftskandidaten durchsetzen könnte und daß es daraufhin nicht schwerfallen dürfte, die Mehrheit der Sitze im Parlament zu erobern.

Bei einer Wahlbeteiligung von 49 % wurde der Verfassungsentwurf mit 93 % Ja-Stimmen angenommen Die Regierung sprach von einem gewaltigen Sieg, die Opposition von einer "Mehrheit der Minderheit". Bereits am 12. Juni trafen sich wohl infolge dessen Opposition und Regierungslager zu einem ersten Gespräch am "Runden Tisch". Es endete mit dem Auszug von 13 Oppositionsparteien als Protest gegen die Weigerung der Regierungsvertreter, ihre zwei grundsätzlichen Forderungen anzuerkennen: erstens die Öffnung des "Runden Tisches" für die nicht anerkannten Parteien, die Gewerkschaften, religiösen und traditionellen Gemeinschaften sowie der Bürger- und Menschenrechtsbewegung: zweitens die Anerkennung der vollen Unabhängigkeit der Runde, die als "Nationale Konferenz" weitertagen sollte. Nach Ansicht der Regierung hätte das die Umwandlung des "Runden Tisches" in eine Art Übergangsparlament bedeutet, was ihrer Meinung nach eindeutig gegen die Verfassung verstieße.

Die Souveräne Nationale Konferenz

An der Souveränen Nationalen Konferenz scheiden sich seit der politischen Öffnung die Geister - nicht nur aus politischen Gründen. Für die meisten Burkinabeer ist es ganz einfach eine Frage der politischen Hygiene: "Ehe morgens die Arbeit beginnt, muß der Hof gekehrt werden!" Die politische Opposition sieht darin die einmalige Gelegenheit einer öffentlichen Abrechnung mit dem Gegner. Dafür spricht z.B. die Aussage des wahrscheinlich aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten Pierre Claver Damiba, daß die Souveräne Nationale Konferenz dazu dienen solle, "dem Volk Gelegenheit zu geben zu entdecken, wer von den Kandidaten schmutzige Hände hat, wer von ihnen gestohlen, betrogen, Millionen oder Milliarden veruntreut, Gold oder Diamanten verschoben, getötet, geschändet oder gemordet hat, wach oder im Schlaf ...". Vor diesem Hintergrund hilft es wenig, wenn die Befürworter nicht müde werden zu behaupten, daß alle Regierungen seit der Unabhängigkeit unter die Lupe genommen würden und die Konferenz "eine Quelle der Vergebung, der Versöhnung, der Einheit und des Friedens" sein solle.

Die Diskussion um die Souveräne Nationale Konferenz hat bisher alle anderen Probleme verdrängt. Bereits im Juni beklagt sich die unabhängige Tageszeitung "l'Observateur Paalga": "keine der Parteien ... bietet eine wirkliche Alternative, mit einem echten Gesellschaftsentwurf. Es gibt nichts als großzügige Absichtserklärungen, die sich mehr oder weniger ähneln, aber es werden keine Lösungen für die tatsächlichen Probleme angeboten, d.h. Arbeitslosigkeit, Korruption und Betrug, die Existenz von politischen Gefangenen und Zensur, die miserablen Zustände im Gesundheits- und Bildungswesen." Stattdessen würden nur "in Bla-Bla gewickelte Wehklagen und Forderungen vorgebracht, "endlose Diskussionen um die Notwendigkeit einer zweiten Kammer, die Dauer des Präsidentenmandats, die Abhaltung einer Nationalen



Compaoré - Präsident ohne Legitimität

Konferenz und die Umbenennung des DOP-Platzes (die bedeutendste programmatische Erklärung des (Conseil National de la Revolution): "Discours d' Orientation Politique") in 'Platz des 3. Januar' (Datum des Sturzes der Regierung Maurice Yameogo)".

Die Präsidentschaftswahlen vom 1. Dezember 1991

Die Positionen haben sich seit dem Verfassungsreferendum verfestigt, die Situation verkrampft. Die Regierungsseite wurde durch die Gründung von zwei Parteien verstärkt, die vorgaben, die Verfassung gegen die Angriffe der Opposition verteidigen zu müssen (ARDC und CNDC). Die Opposition schloß sich zur oben erwähnten "Koordination der Demokratischen Kräfte" zusammen, die allein durch die Forderung nach einer "Souveränen Nationalen Konferenz" (CNS) zusammengehalten wird. Ein "Konzertierungskomitee" unter Leitung von Abbé Séraphin Rouamba bemühte sich vergeblich um Einigung. Ein Kompromiß schien in Sicht, als sich der Präsident schließlich bereit erklärte, die Frage dem Volk zur Entscheidung vorzulegen und im Fall einer Mehrheit für die Konferenz die Präsidentschaftswahlen auszusetzen. Als er das Angebot kurz darauf widerrief, war klar, daß es in dieser Angelegenheit zu keiner Einigung kommen würde. Die fünf Kandidaten der Opposition zogen sich zurück. Blaise Compaoré blieb als einziger im Rennen.

Der Wahlkampf wurde mit harten Bandagen geführt. Nicht nur die Opposition, auch die Bevölkerung stellte immer lauter die Frage nach der persönlichen Verantwortung des Präsidenten beim Tod seines Freundes und Weggefährten Thomas Sankara. Als in einer Versammlung in Bobo-Dioulasso das Thema angeschnitten wurde, konterte der Sprecher der ARDC, Soumane Touré: "Ja, er hat getötet, aber er hat sich geändert!". Ein Satz, für den er sich inzwischen sicher gern die Zunge abbeißen würde, da er als Eingeständnis eines der schwersten Verbrechen in den Augen der Bevölkerung, nämlich Mord am engsten Freund, gilt. Dagegen wirkt der nicht genauer belegte Vorwurf der Regierungsparteien, der Kandidat der CNPP/PSD, Pierre Claver Damiba, habe öffentliche Gelder veruntreut, ziemlich läppisch.

Um die Wahlen zu vereiteln, klagte die Opposition gegen bestimmte Verfügungen des Wahlgesetzes und formelle Verstöße bei seiner Inkraftsetzung. Die Klage wurde abgewiesen wegen Befangenheit des Obersten Richters Halidou Ouédraogo, der als Präsident der zur Opposition zählenden Menschenrechtsorganisation zum Lager der Kläger gehört. Daraufhin wurde die katholische Kirche aktiv: die Bischofskonferenz entsandte einen der ihren, um den Präsidenten zur Vertagung der Wahlen, die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Regierung und Opposition, die Revision des umstrittenen Wahlgesetzes und die Einberufung der Souveränen Nationalen Konferenz zu bewegen - ohne Erfolg.

Und so fanden die Präsidentschaftswahlen wie geplant am 1. Dezember 1991 statt. Entgegen der Befürchtungen ausländischer Diplomaten verliefen sie erstaunlich ruhig, abgesehen von gewalttätigen Störaktionen Jugendlicher in Bobo-Dioulasso, die vor allem Wettbüros, Wahllokale, aber auch Schulen demolierten und einzelne Geschäfte plünderten. Ausländische Beobachter aus Frankreich, Mali und Tunesien bestätigten einen fairen Verlauf. Die Wahlbeteiligung war auf 25,28% gesunken. Der einzige Kandidat erhielt 86% der Stimmen, d.h. 21,84% der Wahlberechtigten haben für ihn gestimmt. Für die Opposition bedeutete dies eine massive Befolgung ihres Aufrufs zum Wahlboykott, für die Regierung "ein klarer Sieg des Kandidaten Blaise Compaoré". Der "Observateur

Paalga" titelte lakonisch: "Geringste Wahlbeteiligung aller Zeiten". Auch wenn es der Leiter der präsidialen Wahlkampagne nicht wahrhaben will und alle möglichen und unmöglichen Gründe anführt, warum es so kommen mußte, und daß es halt an dem "zahlenmäßig geringen aktiven Wählerpotential" des Landes liegt - es läßt sich nicht vertuschen: Die geringe Wahlbeteiligung richtet sich eindeutig gegen den Kandidaten, den Präsidenten Blaise Compaoré. Legal ist er zwar gewählt, aber es fehlt ihm die notwendige Legitimität.

Die Spirale der Gewalt dreht sich weiter

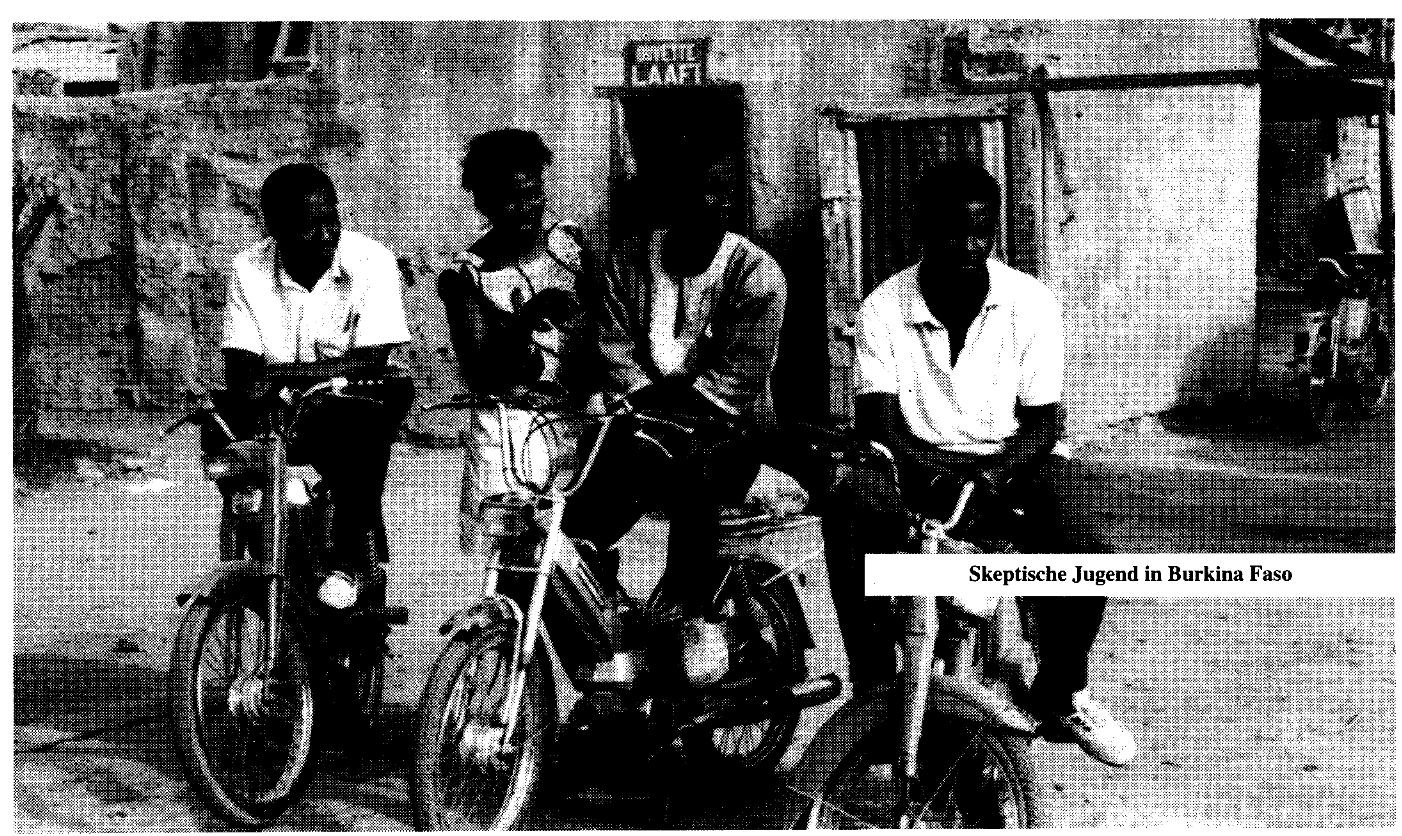
Nicht nur aus der Sicht der Opposition bedeutet das eine eindeutige Niederlage, auf deren Basis es unmöglich sein sollte, weiterzuregieren, als ob nichts gewesen wäre. Aber die Hoffnung, daß der Präsident nach diesem Ergebnis bereit sein würde, endlich den Forderungen der Opposition nachzugeben, d.h. die Wahlen zu annullieren, die Souveräne Nationale Konferenz einzuberufen, um den Zankapfel aus dem Weg zu schaffen, erfüllte sich nicht. Kaum einer hat jedoch erwartet, daß eine Woche nach den Wahlen zwei politische Terroropfer zu beklagen wären: Clément Oumar Ouédraogo, Anführer der Burkinabeischen Partei der Arbeit, Mitglied der Sankaristischen Front, wurde bei einem Bombenattentat getötet, Moktar Tall, von der Gruppe der Revolutionären Demokraten, ebenfalls zur Sankaristischen Front gehörend, kam mit dem Leben davon.

Die Krise hat sich dadurch verschärft. Sie droht außer Kontrolle zu geraten, wenn sich die wachsende Irritation in weiteren Gewalttaten äußert. Vor allem die Unzufriedenheit der Jugend, speziell die der Schüler und Studenten, geht über die Ablehnung des Regimes hinaus, auch wenn sie verbal die Forderungen der CFD unterstützen. Als diese am 29. September zu einer Demonstration auf dem Platz der Revolution aufruft, wirft eine Gruppe von Schülern mit Steinen die Fenster eines Kommissariats ein, um die "Polizisten zur Solidarisierung aufzufordern". Daraufhin kommt es zu Zusammenstößen und später zu Plünderungen des Staatsladens "Faso Yaar" und verschiedener Geschäfte, von denen es heißt, daß sie der Frau des Präsidenten gehören. Nach dem Polizeieinsatz ist die Rede von 30 Verletzten.

Einige Tage vor den Präsidentschaftswahlen erschien in "l'Observateur Paalga" der Brief eines Schülers aus Bobo-Dioulasso, in dem er der Regierung vorwirft, "die Gewissen und Stimmen zu kaufen", und denjenigen, die sich kaufen lassen, "eine zynische Haltung". Er empört sich über die Journalisten, die "sich nicht schämen, solche bombastischen Kommentare zu den Reden Blaise Compaorés abzugeben." Der Hintergrund der Randale in Bobo-Dioulasso am Tag der Präsidentschaftswahlen erklärt diesen Kommentar: Ein Trommler soll kurz nach Öffnung der Wahllokale und trotz des offiziell beendeten Wahlkampfs durch die Straßen der Stadt gezogen sein, um die Bevölkerung aufzufordern, massiv für Blaise Compaoré zu stimmen. Auch in Ouahigouya, im nordwestlichen Yatenga, wäre es am Wahltag fast zu ähnlichen Protesten gekommen. Der nächste Zwischenfall ereignete sich acht Tage nach den Präsidentschaftswahlen. Bei der Beerdigung eines der Opfer der gegen führende Oppositionspolitiker gerichteten Attentate bewarfen Jugendliche den anwesenden Verteidigungsminister, Lassana Ouangrawa mit Steinen.

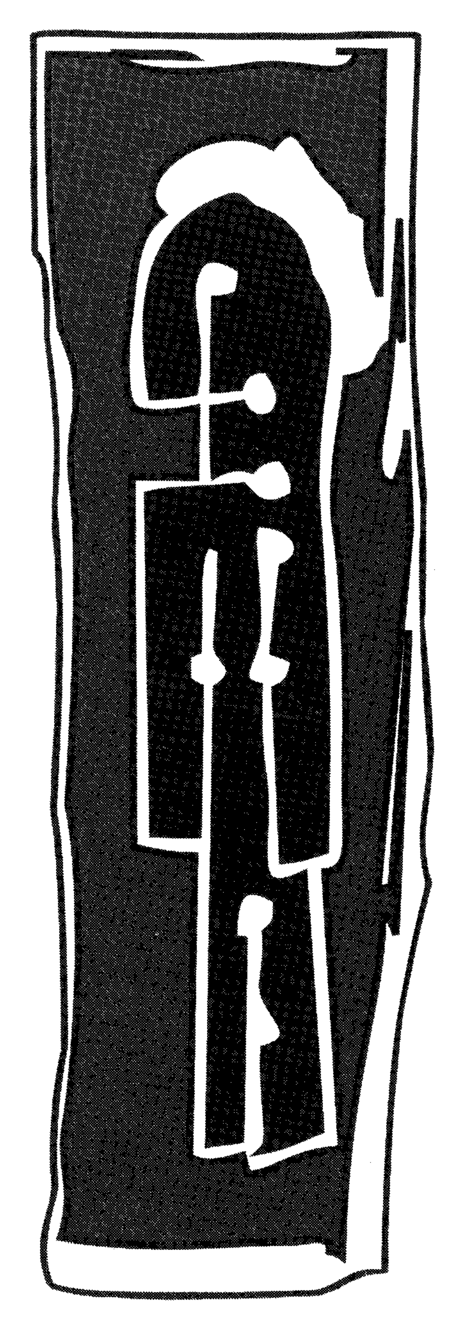
Es ist, als ob die Jugendlichen nichts mehr zu verlieren, als ob sie alle Hoffnung aufgeben hätten. Während ein Teil nur auf die nächste Gelegenheit zu warten scheint, um sich provozieren zu lassen, ergibt sich ein steigender Prozentsatz zunehmenden Drogenkonsums. Auch die Jugendkriminalität nimmt erschreckend zu. Daß in Burkina die politische Frustkomponente stärker ausgeprägt ist, liegt wahrscheinlich an dem aktiven Anteil, den Schüler und Studenten an der Machtergreifung der Militärs vor acht Jahren genommen haben, und in der Hoffnung, die sie in Thomas Sankara gesetzt hatten.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Spirale der Gewalt sich weiter dreht. Ein besonders tragischer Aspekt liegt darin, daß die politische Öffnung, der Wind der Demokratisierung, diese Krise ausgelöst hat. Ohne eine Wiederaufnahme des Dialogs wird sie nicht zu meistern sein. Dazu gehört von seiten der Regierung, speziell des Präsidenten, die Bereitschaft, sich der Vergangenheit zu stellen und sie aufzuarbeiten. Und die Opposition muß die



Skeptische Jugend in Burkina Faso

Szenenfoto aus dem Film 'Laafi' von Pierre S. Yameogo, Burkina Faso 1991



gefährliche Neigung zur "politique politicienne" überwinden, die in der Vergangenheit stets damit endete, daß das Militär den Berufspolitikern die Macht mehr oder weniger gewaltsam entriß. Noch ist der Ausgang offen. Eine Entwicklung, wie wir sie Ende November - Anfang Dezember in Togo erlebten, ist nicht auszuschließen und wird von vielen befürchtet. Aber es gibt auch zahlreiche Optimisten, die auf die Fähigkeit der Burkinabeer vertrauen, politische Kämpfe mit politischen Mitteln zu meistern. Wie es in einem Kommentar zum Streit um das Wahlrecht hieß: "In Sachen Demokratie sind wir Burkinabeer keine Winterküken!" - Es bleibt zu hoffen, daß ihre Kraft reicht, die neue politische Eiszeit - oder besser Hitzewelle - möglichst unbeschadet zu überstehen.

Eva-Maria Bruchhaus

Anmerkung: Die meisten Zitate stammen aus den Ausgaben vor und nach den Wahlen der unabhängigen Tageszeitung "L'Observateur Paalga"

Das politische Spektrum in Burkina Faso

Derzeit gibt es in Burkino Faso rund 50 Parteien. Etwas mehr als die Hälfte wurden als "Forces du Progrès" von der Regierung initiiert und stützen sie. Die restlichen bilden die Opposition, zusammengeschlossen in der CFD, der "Koordination der demokratischen Kräfte". Unter den Parteien im Regierungslager gibt die ODP/MT (Organisation für Volksdemokratie/Bewegung der Arbeit) als Präsidentenpartei den Ton an. Verstärkung erhielt sie durch die nach dem Verfassungsreferendum gegründete "Allianz für die Respektierung und Verteidigung der Verfassung" (ARDC) und durch die „Nationale Kovention zur Verteidigung der Demokratie" (CNDC). Erstere ist eine Reinkarnation der alten PAI/LIPAD (Afrikanische Partei für Unabhängigkeit/Patriotische Liga für Entwicklung), jener kommunistischen Partei Moskauer Prägung, die in den ersten Jahren des CNR-Regimes unter Thomas Sankara an der Regierung beteiligt war. Ihr prominentester Vertreter ist der Gewerkschaftsführer Soumane Touré, eine schillernde Figur auf der politischen Bühne mit dem Spitznamen "Maggi-Würfel": "il se mange à toutes les sauces".

Unter den in der CFD zusammengeschlossenen Parteien haben nur drei politisches Gewicht: das für afrikanische Verhältnisse uralte RDA(Demokratische Afrikanische Sammlungsbewegung) unter der Führung des Veteranen und politischen "Dickhäuters" Gerard Kango Ouédraogo und die ADF (Allianz für Demokratie und Föderation), ehemals UNDD (Nationale Union für die Verteidigung der Demokratie) angeführt von Hermann Ouédraogo, bekannt als "Mann der Amerikaner". Der CNPP/PSD (Nationaler Konvent der progressiven Patrioten/Sozial-Demokratische Partei) ist die drittstärkste Formation des Bündnisses. Sie hat die Nachfolge der MLN (Bewegung der nationalen Befreiung) bzw. der späteren UPV (Voltaische Fortschrittliche Union) und FPV (Voltaische Fortschrittliche Front) des Historikers Joseph Ki-Zerbo angetreten, der sich anscheinend endgültig aus der Politik verabschiedet hat. Dafür hat ihr früherer zweiter Mann, Pierre Claver Damiba, vor kurzem seinen lukrativen Posten als regionaler UNO-Entwicklungsprogramm-Vertreter für Westafrika aufgegeben, um als Präsidentschaftskandidat der CNPP/PSD in die Politik zurückzukehren.

Die fünf Parteien, die sich auf Thomas Sankara berufen, haben bisher keine übergreifende Bedeutung. Das kann sich jedoch seit dem Zusammenschluß zur "Sankaristischen Front" am Vorabend der Präsidentschaftswahlen ändern. Unter den fünf ist der "Block" (Sozialistischer Block Burkina) sicher die bedeutendste Formation. Der Front gehört übrigens auch eine PDS an (Partei der Sozialen Demokratie), die nichts anderes als die wiedererstandene ULC-R (Union des Kommunistische Kampfes) ist, eine aus der Studentengewerkschaft UGEV hervorgegangene prochinesische Partei. Das Bild der äußersten Linken wäre nicht komplett ohne die im Untergrund agierende PCRV (Voltaische Revolutionäre Kommunistische Partei), die - zumindest bisher - als proalbanisch gilt und mit keiner Regierung zusammengearbeitet hat, nicht einmal mit dem CNR. Der schöne Spruch von Jean Ziegler aus dem Jahr 1984: "verglichen mit der voltaischen Linken ist die Pariser Linke ein Modell der Transparenz" stimmt immer noch.

Neben den Parteien gibt es eine Vielzahl von Vereinen und Bewegungen, unter denen sich vor allem die MBDHP (Burkinabeische Bewegung für Menschen- und Völkerrechte) Gehör verschafft. Sie wird von einem hohen Richter geführt, Halidou Ouédraogo, von dem immer wieder behauptet wird, er sei der Kopf der PCRV. Ein von Paris aus tätiges "Burkinabeisches Demokratisches Aktionskomitee" unter Führung von Colonel Antoine Dakouré, ein Offizier aus der Zeit der Herrschaft des Militärs unter Lamizana (1966-1975), fordert seit April, daß der Demokratisierungsprozeß mit der Einberufung einer nationalen Konferenz beginnen müsse.

Wie gehabt sind es fast ausschließlich die Städter, die sich organisieren und artikulieren. Daß die Bauern politisch so gar keine Rolle spielen, ist im Fall Burkina Faso besonders enttäuschend, da die Bauernorganisationen an der dörflichen Basis so aktiv sind, vor allem in den von Mossi bewohnten Gebieten. Aber das betrifft wohl ausschließlich den Selbsthilfebereich. Und die Bemühungen der Sankara-Regierung, die Bauern auf nationaler Ebene zusammenzuschließen, haben offensichtlich keine Wirkung gehabt, weder auf Willen der Bauernschaft, sich politisch zu organisieren und zu artikulieren, noch auf die Bereitschaft der politischen Eliten, in dieser Bevölkerung etwas anderes als eine Manövriermasse auf dem Schachbrett der politischen Machtkämpfe zu sehen.

emb

Politische Herrschaft in Burkina Faso

Mit einer historisch-analytischen Untersuchung legt der Erich Schmitz eine Arbeit vor, die eine Lücke in der deutschsprachigen Bibliographie zu diesem Land schließt. Auch in den Publikationen in französischer Sprache fehlt bisher - trotz zahlreicher detaillierter Einzelstudien - eine zusammenhängende und gut gegliederte Gesamtdarstellung der politischen Entwicklung seit der Unabhängigkeit, ohne die es kaum möglich sein dürfte, sich eine Meinung zur aktuellen äußerst prekären Lage zu bilden.

Dem Autor gelingt es, anhand der Interpretation des Zusammenspiels der verschiedenen politischen Akteure eine innere historische Logik herauszuschälen, die trotz aller oft überraschenden Wendungen und Sprünge das Geschehen im genannten Zeitraum als roter Faden durchzieht und daraus Geschichte entstehen läßt. Die Akteure sind die Parteien, die Gewerkschaften und zunehmend die Militärs, und es sind vor allem ihre Führer. Einer Gruppe scheint die ewige Statistenrolle zugeteilt worden zu sein: den Bauern, die immerhin 90 % der Bevölkerung des Landes stellen.

In den dreißig Jahren der Unabhängigkeit hat Burkina Faso die verschiedensten Herrschaftsformen durchlebt: Ein- und Mehrparteienregime, Militärregierungen mit unterschiedlichen Übergangsformen zu ziviler Herrschaft und ein weithin beachtetes Modell einer militärischen Entwicklungsdiktatur, das nicht nur in linken Kreisen bewundert wurde.

Ein Entwicklungsprozeß, der für Afrika typisch ist und erstaunlich oft mit dem jeweiligen Stand der entwicklungspolitischen Theoriediskussion übereinstimmt - allerdings mit einer eigenen burkinabeischen Note. Sie ist von einer außergewöhnlichen politischen Vitalität der städtischen Bevölkerung, einer weitgehenden politischen Toleranz und einer vergleichsweise geringen Neigung zur Repression geprägt. Zumindest war sie es, denn der Autor stellt fest, daß eine zunehmende Untergrabung der Fundamente der ehemals pluralistisch orientierten Gesellschaft und Politik durch andauernde militärische Herrschaft stattfindet, die von wachsender Instabilität begleitet wird.

Zum besseren Verständnis werden die Ereignisse der jeweiligen Zeitabschnitte am Ende eines Kapitels zusammengefaßt und gewertet. Dabei wird auch der sozioökonomischen Entwicklung Rechnung getragen. M. E. kommen dabei aber die sich verschlechternden Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen zu kurz. Zwar hatte das Land 1987 noch keine Strukturanpassung verpaßt bekommen, aber der Trend war bereits vor diesem Zeitpunkt schmerzlich fühlbar. Auch fehlt ein Personen- und evtl. Parteienregister. Desgleichen hätten die zahlreichen Aktivitäten nationaler und ausländischer "Entwicklungshilfe"-Institutionen, seien es offizielle oder private Träger, vor allem im Bereich Selbsthilfe und Selbsthilfeförderung, etwas mehr Beachtung verdient. Sie haben sowohl positiv als auch negativ die Entwicklung und v.a. das Handeln der politischen Akteure beeinflußt. Und wenn es eine Chance gibt, daß die Bevölkerung (auf anderen als den bisher üblichen Wegen) selbstbestimmt und partizipativ auf den Prozeß der politischen Herrschaftsausübung Einfluß nimmt, dann haben diese Bemühungen dazu beigetragen.

Um diese Themen aufzuarbeiten, braucht es ein fortwährendes engagiertes Interesse, von dem zu hoffen ist, daß es zur Fortsetzung der Untersuchung führt. Die Phase der Nach-Sankara-Herrschaft der Militärs und die im ersten Halbjahr 1990 begonnene und zum Jahresende abgebrochene Demokratisierung wäre auf jeden Fall ein sehr spannendes erstes Kapitel in einem zweiten Band der Geschichte der politischen Herrschaft in Burkina Faso. **emb**

Erich Schmitz
Politische Herrschaft in Burkina Faso, Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik
Arnold Bergstraesser Institut, 1990

Geheimdienste und Aufstandsbekämpfung

Den folgenden Artikel erhielt die Redaktion von einem peruanischen Journalisten, der seit vielen Jahren auf die Beobachtung der Menschenrechtssituation in seinem Land spezialisiert ist. Da inzwischen die Veröffentlichung von Analysen wie der hier vorgelegten in Peru mit 5-12 Jahren Haft bedroht ist (s.u.), kann sie in Peru nicht erscheinen. Auch im Ausland muß der Artikel anonym erscheinen. In den letzten 8 Jahren sind in Peru 32 Journalisten ermordet worden, weil sie der "antisubversiven Strategie" im Weg standen.

Bewaffnete Aufständische gibt es nun seit elf Jahren in Peru. Alles deutet darauf hin, daß die Regierung keinen kohärenten politischen Aktionsplan gegen die "Subversion" hat. Allerdings sind einige Dokumente bekannt geworden, die uns Hinweise darauf geben, mit welchen Kriterien und Methoden Geheimdienste, Polizei und Militär in ihrem Kampf gegen die Aufständischen arbeiten. Im November 1991 erließ die Regierung Fujimori eine Flut von 126 Gesetzesdekreten, die uns ebenfalls Aufschluß geben, auf welchem Weg sie besiegt werden sollen.

Vor der Analyse dieser Dokumente jedoch einige persönliche Erfahrungen:

Bewegliche Einsatzgruppen

Konfrontiert mit zahlreichen Klagen über Menschenrechtsverletzungen in seinem Zuständigkeitsbereich, erklärte mir ein hoher Heeresoffizier, daß es außerhalb der in den Gebieten unter Ausnahmezustand existierenden militärischen Befehlsstruktur spezielle Einsatzgruppen des Heeres gebe, die in Lima stationiert seien und die in geheimen Operationen Blitzeinsätze an beliebigen Orten des Landes unternähmen. Sie führen ihre Einsätze ohne jede Koordination mit den lokalen Polizei- und Militäreinheiten durch und gehen mit großer Schnelligkeit und Unauffälligkeit vor. Nach ihren Einsätzen kehren sie sofort zu ihrer Basis in Lima zurück und hinterlassen möglichst wenig Spuren. Da sie an ihrem Einsatzort nicht bekannt sind, gibt es keine Zeugen, die sie bei einer eventuellen Gegenüberstellung identifizieren könnten. So ist ein weiterer Mechanismus der Straflosigkeit geschaffen.

Der Kommandant, der diese Informationen gab, erklärte, daß das "Verschwindenlassen" und die Ermordung von Führern der sozialen Bewegungen und der Menschenrechtsorganisationen zu den Aufgaben dieser Kommandos gehört. Er betonte auch, daß alle Organisationen, die sich als Verteidiger der Menschenrechte definieren, in Wirklichkeit für die Subversion arbeiten und daß man ihnen mit großem Mißtrauen begegnen müsse.

Fälschung der Identität von Gefangenen

Das Gesetz läßt in Peru der Polizei und der Armee einen Spielraum von 14 Tagen, um des Terrorismus verdächtigte Festgenommene dem Richter vorzuführen. In vielen Fällen ist die Polizei damit nicht zufrieden. So werden, wie ich feststellen konnte, die Eingangsregister auf den Polizeistationen, in denen die Namen der Gefangenen aufgeführt werden müssen, gefälscht. Die Familienangehörigen oder Anwälte suchen dann vergeblich, selbst wenn sie sich Einsicht in die Register verschaffen können. Die Gefangenen können dann länger verhört, gefoltert und schließlich ermordet werden, ohne Spuren zu hinterlassen.

Aus dem Lehrbuch der Führungsakademie...

Eines der auffälligsten Phänomene bei sogenannten "bewaffneten Zusammenstößen" zwischen Aufständischen und der Staatsmacht in Peru ist, daß es praktisch nur Tote, niemals Gefangene gibt. Der Verdacht, daß Gefangene und Verwundete ermordet werden, besteht seit langem und wurde auch in einzelnen Fällen bestätigt. Einige Menschenrechtsgruppen forderten konsequenterweise von der Regierung in diesem Zusammenhang die Einhaltung der Bestimmungen der Genfer Konventionen über die Behandlung von Kriegsgefangenen, was die Regierung aus grundsätzlichen Gründen (sie erkennt die aufständischen Gruppen Sendero Luminoso und MRTA nicht als kriegsführende Parteien an) stets zurückwies.

Ein Dokument der Führungsakademie der Polizei aus dem Jahr 1990, das uns vor kurzem zugespielt worden ist, macht mit aller Deutlichkeit klar, daß es sich bei der Ermordung von Gefangenen, bei Verschwindenlassen und beim Foltern nicht um "Exzesse", sondern um geplantes Vorgehen handelt. Wenn wir im folgenden die in diesem Dokument ("Manual de Autoinstrucción para el personal de la Policía Nacional del Perú, y criterios técnicos científicos de Contrasubversión", Dezember 1990) niedergelegten Handlungsanleitungen zitieren und anprangern, wollen wir genauso klar feststellen, daß damit keine Entschuldigung für die Verbrechen beabsichtigt ist, die Sendero Luminoso und MRTA begehen, deren Menschenrechtsverletzungen wir ebenfalls anprangern.

Im Kapitel dieses Handbuches über "Antisubversive Aktionen" (S. 100 ff) wird u.a. empfohlen:

"(e) Gebrauch von Schalldämpfern bei den Schußwaffen der Einheiten.

(f) Vor den Einsätzen darauf achten, daß der Anschein der Routine in der Einheit gewahrt bleibt.

(h) Verstärkungen und Versorgungsfahrten möglichst nur nachts durchführen."

Mit solchen und ähnlichen Maßnahmen soll die "Neutralisierung und Zerstörung der subversiven Elemente" (S. 61) erreicht werden. Dazu heißt es näher (S. 65):

"(a) Die antisubversiven Operationen müssen permanent und von offensivem



Peru-Kalender 92,Bezug: Perugruppe, Daiserstr. 9, 8 München 70, DM 10.-

Charakter sein. Sie dienen vor allem dem Aufspüren, der Isolierung und der Gefangennahme oder Zerstörung der Subversiven, besonders ihrer Anführer...

(b) Es ist ein zusammenhängendes System von potenten kleinen Einheiten zu bilden, die offensiv und gegenoffensiv agieren, über ausreichend Spielraum für zivile Aktionen, psychologische Manöver, Informationsgewinnung verfügen... und vor allem zur Gefangennahme oder Zerstörung der subversiven Gruppen fähig sind."

Bemerkenswert sind dabei vor allem die Richtlinien, nach denen dieser Kampf im einzelnen geführt werden soll. Hier wird deutlich, daß die Mißachtung der Menschenrechte in Peru kein Zufall ist, sondern daß Folter, grausame Behandlung, Mord und Massenmord Teil offizieller Politik geworden sind. Die folgende Anweisung für das Vorgehen dieser Einsatzgruppen in einem offiziellen Dokument zu finden, ist schwer zu glauben und erschreckend.

"(g) Es sind antisubversive Taktiken zu entwickeln, um die Ziele zu eliminieren, darunter die Führer und die Ideologen, die Volkskomitees und Unterstützungsbasen zu neutralisieren, durch den Einsatz von wechselnden, zeitlich begrenzten Patrouillen. Der Kampf muß mit Tatkraft, Überrumpelung und Betrug geführt werden ... und unter Anwendung der gleichen Methoden, die auch die Subversion anwendet. Es müssen Siedlungen umzingelt werden, um subversive Elemente zu fangen..."

Diese Strategie ist keineswegs neu in Peru. Der Staat übernimmt die Handlungsweise derer, die er bekämpfen will. Legitimität und Vernunft bleiben auf der Strecke. Die Ermordung mutmaßlicher Feinde ist tägliche, als "normal" akzeptierte Realität in Peru. Mit triumphalistischen Tönen verkünden Armee und Polizei ihre "Siege" über die Subversion:

"Getötete Terroristen" in Lucanas: 5 (9.8.), in Tocache: 12 (13.8.), in Huánuco: 9 (20.8.), in Huanta: 10 (27.9.), in Satipo: 38 (25.10.), in Saposoa: 50, in Huanta: 15, und im Limaer Viertel Barrios Altos: 17 am 3.11.91. (unvollständige Angaben nach "Resumen Semanal, DESCO, Lima). Über 150 Personen von Polizei und Armee in weniger als drei Monaten getötet, als vermutete Mitglieder von Sendero oder MRTA. Staatsanwaltschaft und Gerichte interessieren sich nicht für die Morde, die folglich absolut straffrei bleiben.

Dem "Handbuch" entgeht nicht, daß die schmutzige Arbeit gelegentlich selbst von Polizeiangehörige und Armee belastet: "Die Truppen, die im antisubversiven Krieg eingesetzt werden, sind moralischen und psychologischen Pressionen ausgesetzt. Es werden Fälle beobachtet, wo innere Einwände, die meist nicht artikuliert werden, gegen die repressiven Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung und die Angehörigen der subversiven Gruppen auftreten. Solche Sympathien können in der Polizei bis zu subversiven Vorschlägen oder zu Furcht vor den Aktionen des Volksguerilla-Heeres führen. Es gehört deswegen zu den Aufgaben der Kommandanten, ständig durch Belehrung, Erziehung und Training die Wirkungen dieses moralischen und psychologischen Drucks zu neutralisieren." (S. 74f)

Das Programm der Zivilen Aktion

Vor kurzem haben militärische Einheiten als Teil der neuen antisubversiven Strategie damit begonnen, in verschiedenen Armenvierteln Limas Lebensmittel zu verteilen und Gesundheitsdienste anzubieten. Dafür wurden die Zonen ausgesucht, in denen man vermutete, daß die Bewohner in ihrem Elend besonders empfänglich für den Druck der Guerillaverbände seien (so z.B. in der Siedlung "Jorge Felix Raucana" in Ate Vitarte, in Villa El Salvador, Chorrillos, San Juan de Miraflores und Villa Maria del Triunfo). Vor dem Empfang der Lebensmittel mußten sich die Bewohner registrieren lassen (ein Meldegesetz im deutschen Sinn gibt es in Peru nicht - Anm. d. Übs.). Alle diese Maßnahmen finden sich auch im "Handbuch": "Ziele der antisubversiven Strategie:" (S. 67)

1) In der Bevölkerung ein positives Image der Ordnungskräfte herstellen...

2) Organisation und Kontrolle der Bevölkerung durch
- Registrierung der Bevölkerung
- Errichtung von Kontrollposten und Patrouillen
- Gefangennahme von Sympathisanten der Subversion
- Verhinderung nicht autorisierter Zusammenkünfte
- Ausweiskontrollen
- Kontrolle von Druck- und Funkmedien
3) Zivile Aktionen zum Nutzen der Bevölkerung durchführen:
- Einsatz der Streitkräfte bei elementaren Ingenieursarbeiten wie Wasserversorgung und Kanalisierung, Straßenbau, Hausbau, Brückenbau oder dem Einsatz von einfachen landwirtschaftlichen Techniken
- Medizinische und zahnärztliche Versorgung
- Unterstützung mit Lebensmitteln und Medikamenten, die im Viertel fehlen
4) Die nötigen psychologischen Aktionen durchführen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu erreichen und abzusichern:
- eine sozialpsychologische Untersuchung der Bevölkerung durchführen
- patriotische Feierlichkeiten durchführen und anleiten
- staatsbürgerliche und religiöse Programme in der Bevölkerung durchführen sowie vormilitärischen Unterricht in den Schulen
- Sportliche Aktivitäten fördern..."

Die Mehrzahl der hier vorgeschlagenen Programme wird in verschiedenen Vierteln von Lima sowie in einigen Provinzen im Süden (Ica, Chincha, Nazca z.B.) bereits durchgeführt. Darauf bezog sich auch Präsident Fujimori, als er in seiner Rede vor dem Unternehmerverband am 27. September 1991 über "Entwicklung und Sicherheit" sprach und erklärte: "Die peruanischen Streitkräfte haben eine neue Strategie der Befriedung, die sie zur Avantgarde der Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit in unserem Land macht .." Er fügte hinzu: "Die Streitkräfte haben sich wieder mit dem Volk vereint und sind dabei, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen." Welch eine Form der Vereinigung, bei der die armen Bewohner der Anden umgebracht oder "verschwunden" werden!

Pressezensur

Zu den antisubversiven Strategien der Militärs gehört auch die Ausübung von Zwang gegen die Medien und die Beschränkung der Informationsfreiheit. Auch hier schlägt das Handbuch eine Reihe von Maßnahmen vor, die mit beeindruckendem Tempo in die Wirklichkeit umgesetzt werden: "Geheimdienstliche Maßnahmen" (S.96)
- Disziplin beim Geheimnisschutz, der Sicherheit von Dokumenten und klassifiziertem Material.
- Zensur: Kontrolle der öffentlichen Information vor und während ihrer Verbreitung.
-Kontrolle der schriftlichen und mündlichen Kommunikationsmedien."

Seit Anfang November erließ die Regierung eine Reihe von Gesetzesdekreten (d.h. ohne Zustimmung des Parlaments), die als verfassungswidrig zu bezeichnen sind. Der Verband der Rundfunk- und Fernsehstationen protestierte gegen das Dekret 702, weil es die Pressefreiheit einschränkt und den Sendern sogar mit Enteignung droht. Das Dekret 762 über das "System der nationalen Aufklärung" bedroht alle mit Gefängnis zwischen 5 und 12 Jahren, die auf irgendeine Weise irgendeine Information enthüllen, wiedergeben, verfügbar machen oder verbreiten, die aus dem Bereich der nationalen Verteidigung stammt.

Exemplarisch ist das Urteil, das kürzlich gegen den Journalisten Enrique Zileri, Direktor der bürgerlichen Wochenzeitschrift "Caretas" erging, der nicht nur über die Menschenrechtsverletzungen von Sendero und MRTA (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru), sondern auch von Polizei und Militär berichtete. Er wurde zu einer Entschädigung von 2000 neuen Soles (ca. 2000 US$) verurteilt, zahlbar an den Hauptmann der Reserve Vladimir Montesinos, über dessen illegale Aktivitäten in den Geheimdiensten er informiert hatte. Zileri darf außerdem das Land ein Jahr lang nur mit Genehmigung der Justizbehörden verlassen. Zu erinnern ist auch an die Absetzung des Fernsehprogramms "In Person" des bekannten Journalisten César Hildebrandt im Juli 1991. Hildebrandt hatte über verschiedene entführte und verschwundene Personen sowie über ein Dokument des Generalstabs der Vereinigten Streitkräfte informiert, in dem ebenfalls die Eliminierung von der Subversion verdächtigen Personen gebilligt wird, "statt sie gefangenzunehmen."

Einige Schlußfolgerungen

Die peruanische Gesellschaft ist in eine neue Etappe einer militärisch-zivilen Diktatur eingetreten, die eine große Gefahr für die schwach entwickelte Demokratie bedeutet. Alberto Fujimori hat sich darauf eingelassen, in einer Allianz mit den Militärs zu regieren und in offener Konfrontation mit der zivilen Gesellschaft und dem Parlament. Nur so ist es zu verstehen, daß er kürzlich 126 Gesetzesdekrete erlassen hat, von denen viele verfassungswidrig sind, wie z.B. auch das Dekret 733 über die "Nationale Mobilisierung", das die gesamte Bevölkerung, Ausländer eingeschlossen, einem militärischen Zwangsdienst unterwirft. Nach diesem Dekret kann für den antisubversiven Kampf der Besitz der Bürger beschlagnahmt werden (z.B. Häuser oder Autos). Widerstand dagegen wird als Landesverrat bestraft.

Wie es scheint, will die Regierung auf eine stärkere Polarisierung der Gesellschaft und eine Verschärfung der gewalttätigen Auseinandersetzungen hinaus. Die Lebensgefahr, der alle Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen, aber auch Verantwortliche in Gewerkschaften, Bauernverbände und Stadtteilorganisationen u.a. ausgesetzt sind, ist weiter gestiegen. Der massive Anstieg von Menschenrechtsverletzungen in den letzten Monaten und die Untätigkeit des Staates dagegen sprechen eine deutliche Sprache. Die Regierung wird so zum besten Verbündeten der Strategie von Sendero Luminoso. So sieht die berühmte neue antisubversive Strategie aus, die Präsident Fujimori ankündigte und jetzt umsetzt.



Tourismus und Menschenrechte

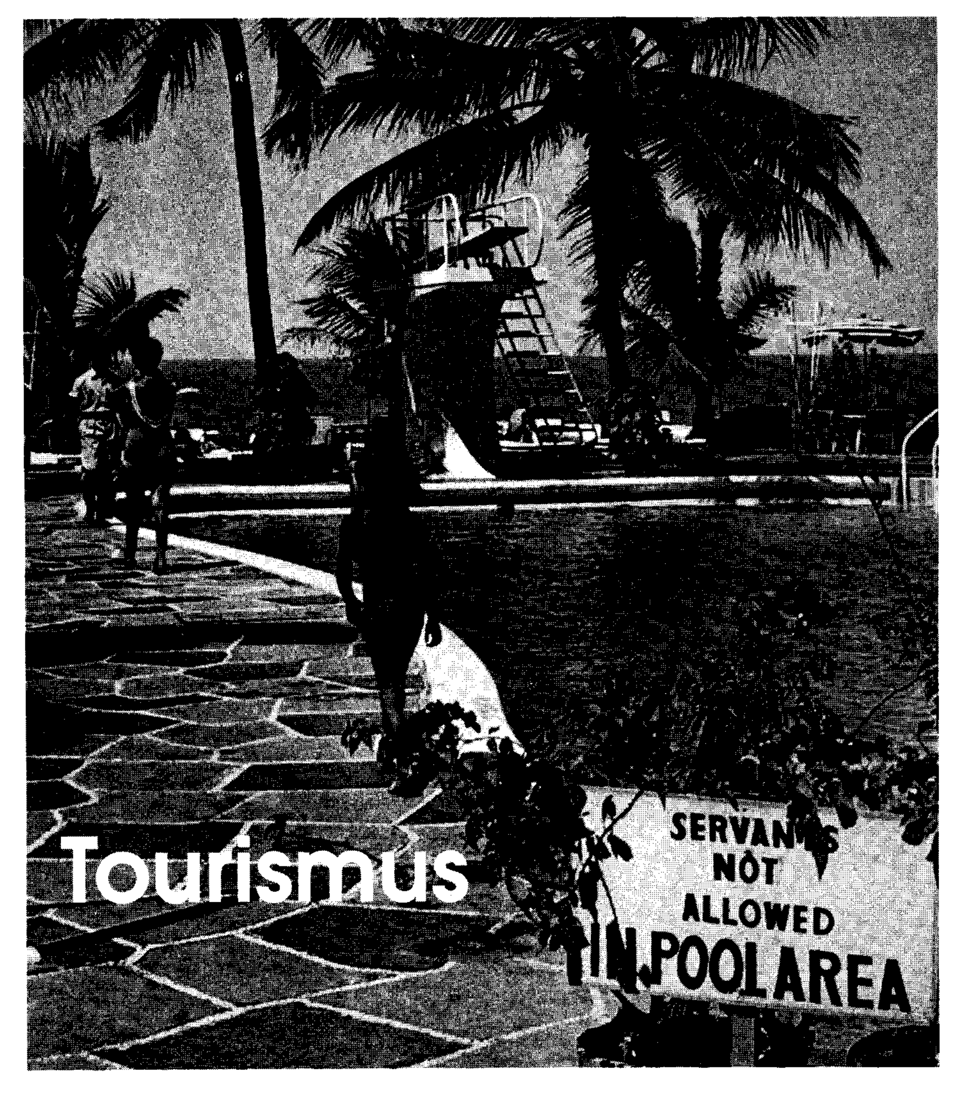
Die WTO, die Welt-Tourismus-Organisation, sagt in ihrem Statut: "Der Tourismus soll beitragen zur internationalen Verständigung, zum Frieden, zum Wohlstand, zur allgemeinen Achtung und Wahrung der Menschenrechte."

Ein hoher Anspruch also, den der Tourismus erhebt. Zwar sind Tourismuspolitiker und Branchenvertreter schnell dabei, dem internationalen Tourismus - ohne jegliche Belege - positive, friedenstiftende Wirkungen zuzuschreiben. Wenn jedoch nach Reisen in menschenrechtsverletzende Länder gefragt wird, lehnen sie die Verantwortung ab. Tourismus sei neutral: "Wir mischen uns nicht in die Politik ein", oder "es ist nicht unser Business, ein Land zu bestrafen oder zu belohnen mit Reisen, die wir arrangieren", lauten die gängigen Antworten. Mechtild Maurer und Helmut Adamaschek gehen in ihrem Artikel 'Nichts gesehen, nichts gehört' der Frage nach, ob mit einem Tourismusboykott Druck auf menschenrechtsverletzende Regime ausgeübt werden kann, und in welcher Form Boykottaufrufe den erwünschten Erfolg bringen könnten.

Wenn bisher der Zusammenhang von Tourismus und Menschenrechten erörtert wurde, standen die Menschenrechte der 'Ersten Generation', die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte im Mittelpunkt. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, auch 'Zweite Generation' genannt und Menschenrechte der 'Dritten Generation', die Rechte auf Frieden, Entwicklung, Schutz der Umwelt und Anteil am gemeinsamen Menschheitserbe fehlen bislang in der Diskussion. Wie sich der Tourismus mit seinen Initiatoren und Nutzern selbst in erheblichem Maße an der Verletzung dieser Menschenrechte beteiligt, wird in den Beiträgen dieses Themenschwerpunktes erläutert. Die Beispiele zeigen aber auch, wie sich die Bereisten in verschiedenen Ländern teilweise mit Erfolg gegen eine menschenverachtende Tourismuspolitik organisieren.

Daß ein umweltverträglicher Tourismus inzwischen auch von den Touristen vielfach befürwortet und gefragt wird, spiegelt sich in den Werbesprüchen und Prospekten von Tourismusunternehmen. Mit 'sanften' Reiseangeboten hat sich die Tourismusindustrie auf die Kritik am Tourismus als Umweltzerstörer eingestellt und versucht somit, den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie zum Teil für sich zu vereinnahmen. Jürgen Hammelehle nimmt in seinem Artikel einige dieser sogenannten umweltverträglichen Reisekonzepte genauer unter die Lupe, wobei sich herausstellt, daß der Begriff 'umweltverträglich' hier meist nicht angebracht ist. In der Tourismuskritik werden darüberhinaus vor allem Forderungen nach einem sozialverantwortlichen Tourismus wichtiger, unter anderem auch, weil die Tourismusbefürworter einer Auseinandersetzung mit dieser Kritik bisher gezielt aus dem Wege gehen.

Redaktion





Nichts gesehen, nichts gehört...

Tourismus in menschenrechtsverletzenden Ländern

Umweltverträgliche Reisekonzepte, vor wenigen Jahren noch eine Marktnische für Alternativ-Reiseveranstalter, passen mittlerweile ins Vermarktungskonzept der Tourismusindustrie und entsprechen den Wünschen der Touristen. Anders steht es mit den Menschenrechten. Nichts gesehen, nichts gehört... Dies scheint die Devise einer wachsenden Zahl von Ferntouristen zu sein. Sie wollen sich ihr Reisevergnügen nicht durch Fragen nach Menschenrechtsverletzungen im Urlaubsland vermiesen lassen. Um das Thema Tourismus und Menschenrechte in die Medien zu bringen, organisierten Mitgliedsgruppen vom Tourismusnetzwerk "Tourismus mit Einsicht" (TME) auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) 1991 in Berlin Diskussionsveranstaltungen. Für dieses Jahr wählte TME das Thema Tourismus und Menschenrechte als inhaltlichen Schwerpunkt, da viele Fragen, z.B. im Zusammenhang mit Reiseboykottaufrufen, ungeklärt sind.

Die Diskussion um Länder, deren Regierungen die Menschenrechte verletzen, ist nicht neu. Die Tourismusunternehmen erklären sich als nicht verantwortlich und nicht zuständig für Menschenrechtsfragen. Die gelegentlich geäußerten Forderungen nach einem Tourismusboykott gegenüber einzelnen Ländern verhallen ungehört im Reisestrom. Meist werden Diskussionen um einen Boykott mit dem Einwand erstickt, die Menschenrechte würden in fast jedem Land verletzt. Würde man darauf Rücksicht nehmen, könne oder dürfe man überhaupt nicht reisen. Bisher ist es nicht gelungen, die herrschende Ratlosigkeit durch geeignete und allgemein akzeptierte Entscheidungskriterien zu überwinden. So reist jede/r, wohin das Gewissen ihn/sie noch trägt. Reisefreiheit stellt in der BRD einen hohen Wert dar, die Rechte und Lebensbedingungen der bereisten Bevölkerung sind für viele ein nachrangiger Aspekt. Kritische Anmerkungen zum Zusammenhang von Tourismus und Menschenrechten werden als Bedrohung und Provokation verstanden. So scheinen zwei Menschenrechte in Widerspruch zueinander zu geraten: Das Recht auf Reisen mit dem Recht auf Heimat und selbstbestimmte Entwicklung.

Schutz der Menschenrechte

Da unter dem Deckmantel der Menschenrechte schon viele Kampagnen verschiedenster politischer Couleur geführt wurden, wollen wir den Begriff der Menschenrechte näher betrachten. In der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte", beschlossen auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, heißt es in Artikel 1: "Alle Menschen sind frei und gleich in Würde und Rechten geboren". Das bedeutet, die Menschen haben die gleichen Rechte und Pflichten ohne Unterschied bezüglich Rasse, Religion, Geschlecht, politischer Meinung oder sozialem Status. Daraus leitet sich im Artikel 3 ab: "Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person". Folter und Sklaverei werden verurteilt. Gefordert wird freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und das Recht auf Eigentum (Artikel 4-21). Hiermit sind die sogenannten bürgerlichen oder klassischen Menschenrechte beschrieben, auf die sich hauptsächlich Menschenrechtsgruppen konzentrieren. So dokumentiert Amnesty International in ihrem Jahresbericht jeweils die Verletzungen der politischen Rechte. Das sind in erster Linie willkürliche Verhaftungen, Folter, insbesondere Folter durch Staatsorgane, extralegale Hinrichtungen, fehlender Rechtsbeistand und Administrativhaft. Die Forderungen nach Sanktionen im Bereich des Tourismusgeschäfts und die Reiseboykottaufrufe beschränkten sich in der Vergangenheit immer auf Verletzungen der Bürgerlichen Rechte (Südafrika, Westsahara oder Türkei). Doch in der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ist auch das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit und freie Berufswahl, der Anspruch auf Erholung und Freizeit sowie das Recht auf Bildung festgehalten (Artikel 22-27). Diesen sozialen Rechten, die damals nach Meinung der Sowjetunion ein viel zu geringes Gewicht in der UN-Erklärung erhielten, kommt heutzutage in der Theorie genauso große Bedeutung zu wie den klassischen Menschenrechten. In der politischen Realität sind sie aber weit weniger gegenwärtig. Daher verwundert es nicht, daß die Vergehen gegen soziale und wirtschaftliche Menschenrechte in der Öffentlichkeit kaum mit der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Verbindung gebracht werden. Gerade im Bereich der Tourismuskritik bietet es sich an, für eine Weiterentwicklung des Konzepts der Menschenrechte zu arbeiten.

Wichtig erscheint uns, daß neben der zweiten Generation der Menschenrechte - den sozialen und wirtschaftlichen Rechten - die Menschenrechte der dritten Generation - die Rechte auf Frieden, Entwicklung, Schutz der Umwelt und Anteil am gemeinsamen Menschheitserbe - in die Diskussion miteinbezogen werden. Dem Schutz der Menschenrechte kommt eine große Bedeutung für die entwicklungspolitische und tourismuskritische Debatte zu, weshalb wir die Menschenrechte und deren Einhaltung durch die jeweiligen Staaten als Maßstab für sozialverantwortliches Reisen heranziehen wollen. Angesichts der Tatsache, daß Menschenrechten ein universalistischer Charakter zukommt und sich die meisten westlichen Staaten in einer Vielzahl von Dokumenten und Dekreten den Menschenrechten verpflichtet haben, entspringt auch für die Tourismusindustrie und den Reisenden eine Verantwortung gegenüber Menschenrechtsverletzungen in den Reise-





zielländern. Wir halten es für ein dringendes Gebot der politischen Verantwortung, aktiv an der Eindämmung von Menschenrechtsverletzungen mitzuarbeiten. Das heißt, diese Thematik auch in den Mittelpunkt von Tourismuspolitik und -kritik zu stellen - neben den Problemen der Umweltzerstörung durch den internationalen Tourismus.

Wirksamkeit bisheriger Aktivitäten

Bisher gab es wenige Aktivitäten zum Schutz der Menschenrechte in Ferntourismusgebieten. Aktionen, um auf Menschenrechtsverletzungen in Fernreiseländern aufmerksam zu machen, wurden relativ isoliert von einzelnen Organisationen und Institutionen initiiert. Gemeinsame Aktivitäten, Forderungen oder Kampagnen von Menschenrechtsorganisationen mit entwicklungspolitischen Aktionsgruppen, Hilfswerken und tourismuskritischen Netzwerken gab es in der Vergangenheit kaum. Während sich tourismuskritische Gruppen vor allem um die ökologischen Schäden, die der Tourismus in den Urlaubsländern verursacht, kümmerten, zählte bei den entwicklungspolitischen Gruppen die Tourismusentwicklung eher zu den Regenbogenthemen, die wenig ernsthaft verfolgt wurden. Aufrufe zum Tourismusboykott haben zwar inzwischen Tradition, ihre Wirkung war bisher jedoch äußerst begrenzt. Andererseits stellten einige kleine Reisebüros fest, daß immer öfters Kunden aus politischen Gründen Urlaubsreisen in die Türkei ablehnten. Sie wollten dem Regime Özals, das für Menschenrechtsverletzungen bekannt war, kein Geld zukommen lassen. In eine ähnliche Richtung argumentiert "medico international", das zum Boykott von Reisen an die türkische Mittelmeerküsten aufruft und gleichzeitig Studienreisen in die kurdischen Gebiete propagiert, wenn den Oppositionellen daraus ein Nutzen erwächst. Doch eine "Breitenwirkung" läßt der Boykottaufruf noch nicht erkennen. Ein Grund dafür ist die Tatsache, daß sich in der Türkei die großen Oppositionsgruppen noch zu keiner einheitlichen Haltung gegenüber dem Tourismus und dem Boykott aufraffen konnten. Zudem kritisieren Touristen zwar häufig Menschenrechtsverletzungen in ihren Urlaubsgebieten, doch auf ihre Urlaubsentscheidung hat dies keinen Einfluß. Sie reagieren in erster Linie, wenn ihr Wohlbefinden im Urlaub in Frage gestellt ist. Während des Golfkrieges sind die Buchungen für die Türkei rapide zurückgegangen.

Doch sofort nach Kriegsende konnte schon wieder ein Boom verzeichnet werden. "Mit dem Waffenstillstand war das Problem gelöst", so brachte es eine Mitarbeiterin von NUR Reisen auf den Punkt. Die Boykottaufrufe zur Türkei scheinen nicht die erhoffte Wirkung zu bringen, aber sie haben für eine kurze Zeit die Berichterstattung und die öffentliche Meinung zur Türkei beeinflußt. Bisher werden den Touristen zu wenige oder zu unkritische Materialien zur politischen Situation der Reiseländer in die Hand gegeben. Die Reiseveranstalter lassen sich allzu gerne zu Handlangern der Regierungen machen. In den Reiseinformationen z.B. über die Türkei ist meist nur von Bergtürken die Rede, die offizielle Bezeichnung des türkischen Staates für Kurden. Auch Reisejournalisten zeichnen in Tageszeitungen oft ein rosarotes Paradies, das mit den farbigsten Adjektiven belegt wird. Sogar Zeitungen, die sich kritisch geben, sind vor solcher Verklärung nicht gefeit. Erinnert sei an das krasse Beispiel, als auf Seite zwei der taz über die Repression und Not in Burma berichtet wurde, und gleichzeitig auf der Reiseseite das politische Regime in Burma für wahren Sozialismus und nachahmenswerte Abschottung gepriesen wurde.

Zwischen Aufklärung und Boykott

Der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte könnte durch verschiedene Maßnahmen Nachdruck verliehen werden. Der Tourismusboykott als eine Form der Wirtschaftssanktion bleibt eine dieser Handlungsmöglichkeiten. Allerdings ist die konsequente Durchsetzung wohl nur in wenigen Fällen wahrscheinlich. Der Informationseffekt kann jedoch nicht bestritten werden. Die nervösen Reaktionen von betroffenen Regierungen und Tourismusunternehmen zeigen zudem, daß sie nichts mehr fürchten als Boykottaufrufe. Ständige Boykottaufrufe zu verschiedenen Ländern scheinen allerdings nicht geeignet, um Reisende anzusprechen. Die Aufrufe könnten sich eventuell gezielt gegen bestimmte Tourismusunternehmen richten, denen eindeutig nachgewiesen werden kann, daß sie einen Tourismus organisieren, der die

Verletzung der Menschenrechte sozusagen als Service anbietet. Dazu zählen Sexreisen, Abenteuertourismus auf Kosten der Einheimischen oder Expeditionsreisen zu Naturvölkern. Eine weitere Möglichkeit wäre, die Autorität internationaler Einrichtungen zu stärken und diese zu Stellungnahmen aufzufordern. Diese Einrichtungen sollten explizit zu Fragen von Tourismus und Menschenrechten Resolutionen und Erklärungen abgeben. Vielleicht könnte ein solcher Ausschuß bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, des Europarates oder der EG entstehen. Die Einsetzung von nationalen Kommissionen ist genauso wichtig. In solchen Gremien könnten staatliche und nichtstaatliche Vertretungen, Menschenrechtsgruppen sowie andere kompetente Organisationen gemeinsam Empfehlungen für Reiseveranstalter und Touristen aussprechen. Die Reiseveranstalter sollten bereit sein, Verantwortung für die Menschenrechte in den von ihnen angebotenen Reisegebieten zu übernehmen. Die Tourismusbranche könnte sich auf einen Ehrenkodex zum Schutz der Menschenrechte verpflichten. Die Tourismusindustrie würde damit nicht nur den Touristen ein klares Zeichen geben, sondern, ähnlich wie andere Branchen, die Distanzierung von Unternehmen erleichtern, die einen solchen Kodex ablehnen. Tourismusverantwortliche und Reiseunternehmen sollten über Verletzungen von Menschenrechten in den Zielgebieten aufklären und gegebenenfalls einzelne Reiseangebote aus ihrem Programm nehmen. Touristen sind aufgefordert, über Reiseverzicht nachzudenken.

Diese Aufforderung klingt banal, aber viele Touristen halten es nicht für notwendig, Menschenrechtsverletzungen als Kriterium für eine Reiseentscheidung ernst zu nehmen. Die entwicklungspolitischen und tourismuskritischen Gruppen sind gefordert, den Schutz der Menschenrechte in Tourismusgebieten deutlicher einzuklagen. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International sollen die Verletzung von Menschenrechten durch den Tourismus und die Rolle des Tourismus als Element der Stabilisierung von Folterregimen in die Berichte für die Öffentlichkeit aufnehmen. Erklärungen von Menschenrechtsorganisationen finden in der Öffentlichkeit große Beachtung. Deshalb wären Empfehlungen für oder gegen Reisen an einen bestimmten Ort oder in einer bestimmten Form denkbar. Wenn z.B. bekannt ist, daß die Bevölkerung sich viele Touristen wünscht, wie in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas oder in Tibet, damit die Menschenrechtsverletzungen an die Öffentlichkeit gelangen, sollte zu Reisen in diese Gebiete angeregt werden. Touristen, Reiseveranstalter und Tourismusverantwortliche, besonders aber auch die Auszubildenden in der Tourismusbranche sind gezielt in die Aufklärungskampagnen einzubeziehen. Wir halten es zusätzlich für notwendig, Untersuchungen über den Einfluß des Ferntourismus auf die Stabilität von Folterregimen zu erstellen. Ein Tourismus, der die Achtung der Menschenrechte ernst nimmt, sollte bereit sein, zu überprüfen, ob er nicht auch der Stabilisierung von Regierungen dient, die systematisch die Menschenrechte verletzen. Wirksam könnten Reiseveranstalter und Reisejournalisten auf ihre Verantwortung hingewiesen werden, wenn sich TourismuskritikerInnen, entwicklungspolitische Aktionsgruppen und Organisationen sowie Menschenrechtsgruppen zu gemeinsamen Aktionen oder zu einer Kampagne zusammenfinden könnten.

Mehr Menschen würden dadurch allemal erreicht. Die Zusammenarbeit könnte richtungsweisend sein für eine zukünftige Kommission, die Richtlinien bzw. Empfehlungen für umfassende Informationsmaterialien und Darstellungen in den Reisekatalogen entwickelt. Mit Rechtfertigungen wie "es nicht besser gewußt zu haben" könnten sich die Reiseveranstalter und Reisejournalisten dann nicht mehr herausreden. Die von der UN-Menschenrechtskommission alljährlich herausgegebene Liste, die öffentliche Kritik des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und die Jahresberichte von Amnesty International stellen ein praktisches und allgemein akzeptiertes Instrumentarium dar, um die Einhaltung der Bürgerlichen Rechte zu beurteilen. Doch welche Maßstäbe sollen für die tourismusbezogene Aufklärungsarbeit bei Verstößen gegen die Menschenrechte der zweiten und dritten Generation angelegt werden? Wie soll in Zukunft zum Reiseverzicht aufgerufen und wer soll damit angesprochen werden? Wir stehen erst am Anfang einer solchen Diskussion. Doch sicher ist heute schon, daß der Tourismusboykott bei weitem nicht als alleinige politische Waffe ausreicht.

Mechtild Maurer/
Helmut Adamaschek

gekürzte Fassung aus: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz (Hrsg.): Tourismus contra Menschenrechte, Dokumentation der Veranstaltung am 5.3.91 im ICC, Berlin 1991.



Wer Golf spielt, fährt nicht Auto



Sanfter Tourismus oder ökologische Katastrophe?

Horrende Preise und überfüllte Plätze lassen die Golfer der Industrieländer nach neuen Plätzen Ausschau halten. Die Tourismusindustrie hat Lunte gerochen. Unter dem Deckmantel "Sanfter Tourismus" und "Qualitätsverbesserung" werden v.a. in Südostasien riesige Golf-Enklaven aus dem Boden gestampft. Die Folgeerscheinungen werden wie so häufig auch hier nicht beachtet.

Nach Ski, Surfen und Segeln, Tennis und Reiten hat die internationale Tourismusindustrie den Golfsport als Marktlücke entdeckt. Golfurlauber werden von den Tourismuspromotoren sehr geschätzt, denn sie gelten als besonders ausgabefreudig und bevorzugen Hotels der Luxusklasse. Zunächst waren es die Japaner, die wegen der hoffnungslos überfüllten Golfplätze und der exorbitant hohen Preise für Club-Mitgliedschaften in ihrem Lande das Weite suchten, um auf ausländischen Plätzen in Südkorea, Südostasien, Australien oder auf den pazifischen Inseln Golf zu spielen. Gleichzeitig nahm der Golfplatzbau im gesamten asiatisch-pazifischen Raum - meist finanziert von japanischen Gesellschaften - spektakuläre Ausmaße an.

Inzwischen haben multinationale Tourismusunternehmen, die prompt auf die rasant ansteigende Nachfrage reagiert haben und in immer entfernter gelegene Golf-Destinationen expandieren, dem Golftourismus endgültig zum weltweiten Durchbruch verholfen. Beispielsweise bieten die Giganten unter den europäischen Reiseveranstaltern, die Touristic Union International (TUI), Kuoni und andere, Golf-Pauschalreisen für Anfänger und Fortgeschrittene an. Der Hotelkonzern Steigenberger wirbt für 18 Golf-Reiseziele: 13 hiervon in Deutschland und weitere in Frankreich, der Schweiz, Österreich und auf den Kanarischen Inseln. Außerdem errichtet Steigenberger im bayrischen Griesbach nahe Passau Deutschlands größte Golf-Freizeitanlage mit sage und schreibe fünf Golfplätzen und einen "Golfodrom" - eine riesige beheizbare und mit Kunstrasen ausgelegte Übungshalle. Auch Club Med hat damit begonnen, Golfplätze in seine Ferienanlagen zu integrieren, z.B. im marokkanischen Mahammadia und Agadir.

Begehrte Fernziele für europäische Golftouristen sind bisher die Karibik, Florida und Queensland in Australien. Die Angebotspalette der Reiseveranstalter wird jedoch immer vielfältiger und exotischer: Der neue Renner ist die Safari-Golf Pauschalreise nach Zimbabwe oder Südafrika. Dubai, das seine Golfplätze mitten in die Wüste setzt, lockt mit einem Segel- und Golfpaket. Tunesien und Marokko sind ebenfalls eifrig dabei, ihre Touristenzentren mit Golfanlagen auszustatten - oft mit Kapital aus den reichen Ölstaaten im Mittleren Osten.

Thailand, wo die Golf & Country Clubs in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden schießen, ist bisher das einzige asiatische Land, für das in europäischen Reisekatalogen geworben wird. Aber dies wird sich mit Sicherheit bald ändern. Die philippinische Tourismusbehörde hat kürzlich eine ansprechende Hochglanzbroschüre mit Golfmöglichkeiten herausgebracht, die über ihre Informationsbüros in allen wichtigen Touristen-Herkunftsländern verteilt wird. Sri Lankas Tourismusindustrie, die aufgrund des jahrelangen Bürgerkrieges und der Golfkrise einen schweren Einbruch erlitten hat, setzt alle Hoffnungen auf den vom United Nations Development Program, UNDP, finanzierten neuen Tourismusplan, der die Errichtung zahlreicher neuer, luxuriöser Hotelanlagen, einschließlich Golf- und Tennisplätzen, Reit- und Wassersportmöglichkeiten, vorsieht.

Indiens Tourismuspromotoren wollen ebenfalls in das weltweite Wettrennen um Golftouristen einsteigen, und "Golf Travel Asia", ein neues weltweit verbreitetes Golf-Reisemagazin, stellt sogar Golfplätze in Laos und China vor. Niemand kann derzeit abschätzen, wo das explodierende Geschäft mit dem Golftourismus enden wird!

Luxusenklaven für Touristen

Speziell Japan hat einen scheinbar unbegrenzten Enthusiasmus entwickelt, was Golf anbelangt und Geschäfte, die mit diesem Sport zusammenhängen. Ende 1990 gab es 1714 Golfplätze im Land und in einigen Jahren werden es 2000

sein, um die 20 Millionen Spieler zu versorgen. Golfspielen in Japan ist immens teuer, und die Plätze sind hoffnungslos überfüllt. Durchschnittlich kommen auf einen Platz 10.000 Spieler.

"Für den gleichen Preis, der in Japan bezahlt werden muß, um sechs Runden Golf zu spielen, können Golf-Touristen drei Tage auf drei verschiedenen ausländischen Plätzen spielen, inklusive der Sehenswürdigkeiten und Freuden eines exotischen Landes..."[1]

Der neue Trend besteht darin, Golf und Freizeitwohnen zu einem Konzept zu vereinigen. Dabei wird ein elitärer, luxuriöser Lebensstil in landschaftlich reizvollen Gebieten am Stadtrand, in Waldnähe, an Gewässerrändern oder im Gebirge suggeriert. Neben Golfplätzen umfassen viele der neuen Anlagen Hotels, Appartementhäuser, Wochenendbungalows, Wohneinrichtungen für Pensionäre, Einkaufszentren, Restaurants sowie verschiedene andere Sport- und Freizeiteinrichtungen.

In Südostasien entstehen auf diese Weise ganze Satellitenstädte im Umkreis von urbanen Zentren, Fremdenverkehrsorten und Industriezonen. Thailands wohl spektakulärstes Tourismusprojekt, der derzeitig im Bau befindliche Kaeng Krachan Country Club, etwa 150 km südwestlich von Bangkok, verschlingt nicht weniger als 5600 Hektar Land. Geplant sind hier neben drei Golfplätzen mit insgesamt 54 Löchern, 700 Wohneinheiten mit den entsprechenden Folgeeinrichtungen, ein Fünf-Sterne-Hotel, ein Freizeitpark im Disneyland-Stil, ein Tierpark, ein riesiger Sportkomplex mit Schwimmbad, zwei Fußballfeldern, 30 Tennisplätzen, 30 Badmintonplätzen und einer Reitanlage, eine Auto-Rennbahn, ein Flugplatz sowie ein buddhistisches Meditationszentrum.

Ohne Rücksicht auf die tiefgreifenden sozialen und ökologischen Folgen werden solche überdimensionalen, künstlichen Luxusenklaven selbst in den entlegensten Winkeln aus dem Boden gestampft. Ein Beispiel hierfür ist das 460 Hektar große Golden Paradise Resort auf der burmesischen Seite des Goldenen Dreiecks, das von thailändischen Geschäftsleuten mit japanischem Geld gebaut wird - sehr zur Freude der image-geschädigten burmesischen Regierung, die hierfür 30 Millionen US$ Pacht und zusätzlich Steuern kassiert. Neben dem Golfplatz wird hier das geplante Kasino die Hauptattraktion sein, denn das Glücksspiel ist im benachbarten Thailand gesetzlich verboten. Die Tatsache, daß sich die Promotoren unter anderem von dem Golden Paradise Resort einen neuen Tourismus-Boom für die gesamte Nordregion Thailands versprechen, zeigt, wie hoch der Erfolg dieses Vorhabens eingeschätzt wird.[2]

Abgesehen vom Tourismus hat außerdem das rapide Anwachsen der soge-



Geschichte und Entwicklung des Golfsports

Golf wurde sehr wahrscheinlich erstmals in Schottland gespielt und blieb lange Zeit eine Domäne der Aristokratie. Ursprünglich wurde auf den sogenannten "Links" - dem sandigen, grasbedeckten Hügelland entlang der Küsten - gespielt. Dabei paßten sich das Spiel und das Spielfeld der natürlichen Landschaft an, wobei Gräben, Büsche und unbewachsene Sandmulden als natürliche Hindernisse in das Spielgeschehen miteinbezogen wurden.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts exportierten schottische Händler den Golfsport nach Übersee und legten Golfplätze in Kalkutta und Bombay in Indien an, und etwas später hielt Golf Einzug in Südafrika und den USA. Mit der Expansion des Kolonialismus um die Jahrhundertwende fand die Anlage von Golfplätzen in den britischen Territorien - zunächst zur Freizeitgestaltung und zum Vergnügen der Kolonialherren, später auch für die lokale Elite - starke Verbreitung.

Aufgrund der dramatischen Entwicklung des Flugreiseverkehrs nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Veranstaltung großer internationaler Golfturniere in allen Kontinenten zur Selbstverständlichkeit und zur Routine von professionellen Spielern. Ebenso wie beim Fußball-, Tennis- und Skisport folgten bald Fans und Sponsoren ihren Stars von einem Ort zum anderen. Auf diese Weise entstand bereits eine Art Golftourismus. In den 80er Jahren, als die Industrie - unter anderem die Reisebranche - in großem Stil in das Golfsport-Geschäft einstieg, nahm die Popularität der oftmals als snobistisch deklarierten Sportart Golf in spektakulärer Weise zu. Mittlerweile hat sich Golf mit einer aktiven Spielerzahl von schätzungsweise 50 Millionen weltweit zum Massensport entwickelt.

Auch in der Bundesrepublik, wo sich der Golfsport traditionell keiner besonders großen Beliebtheit erfreute, setzte vor einigen Jahren ein regelrechter Boom ein. Zur Zeit gibt es hier 263 Plätze mit 105000 Aktiven (CIPRA 1990). Bis zum Jahr 2000 wird allerdings vom Deutschen Golfverband (DGV) eine Platzzahl von 1000 (!) anvisiert (BUND 1989).

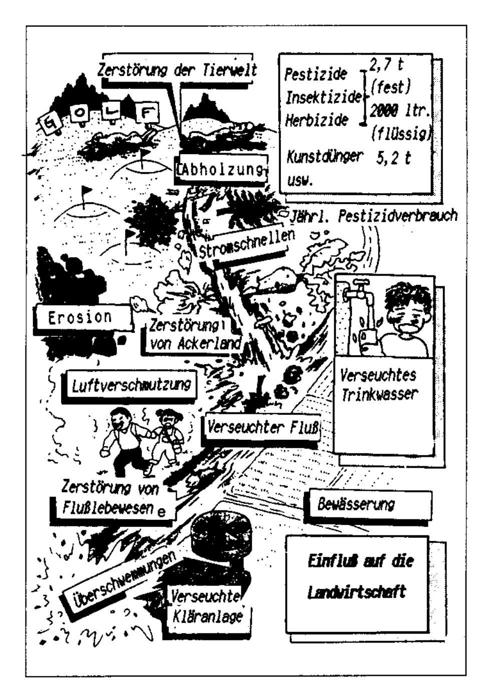
Die problematischen Folgen der EG-Agrarpolitik, die mit einer massiven Verringerung der Landwirtschaftsflächen zum Abbau der riesigen Überproduktion von Agrarprodukten verbunden ist, sollen durch die Schaffung von Fremdenverkehrs- und Freizeitlandschaften aufgefangen werden. Beispielsweise bezeichnete Agrarminister Ignaz Kiechle 1988 den Golfplatzbau als eine willkommene Alternative zur traditionellen Landwirtschaft. Bei gleichzeitig schrumpfender Industrieproduktion und wachsender Arbeitslosigkeit bieten Tourismus- und Freizeitprojekte vor allem auch die Möglichkeit, brachliegendes Kapital spekulativ zu investieren.

Laut "Spiegel" (32/1988) bemühen sich immer mehr Bauern darum, ihre Äcker an Golfplatzbetreiber zu verpachten, weil sich die Landwirtschaft aufgrund der starken Konkurrenz für sie nicht mehr lohnt. Ebenso stehen viele Lokalpolitiker, insbesondere in den strukturschwachen Gebieten, dem Golfplatzbau positiv gegenüber, da sie sich hiervon einen Anreiz für weitere Investitionen und somit einen wirtschaftlichen Aufschwung insgesamt in ihren Gemeinden versprechen.

Allerdings ist die Anlage neuer Golfplätze in Deutschland mit komplizierten und langwierigen Prozeduren verbunden. Im allgemeinen dauert das Genehmigungsverfahren für ein neues Projekt drei bis fünf Jahre, wobei etwa 50 behördliche Instanzen zu überwinden sind. Viele Anträge scheitern bereits vor Baubeginn an den strengen bürokratischen Vorschriften. Zusätzlich erschwert wird der Golfplatzbau durch verstärkte Proteste von Umweltschützern.

Während einerseits die Nachfrage nach dem Golfsport in großem Stil kreiert und angekurbelt wird, verlangen andererseits die bestehenden Golf Clubs teilweise horrende Mitgliedschaftsbeiträge, und die Anlage neuer Golfplätze kann nicht mit der sich stürmisch entwickelnden Popularität des Golfsports mithalten. Aus diesem Grund verlagern viele Golfbegeisterte ihre sportlichen Aktivitäten ins Ausland, wo das Spiel auf dem grünen Rasen bequemer und billiger ist. **Anita Pleumarom**





nannten "Expat Communities" - eine Folge der verstärkten ausländischen Investitionen in der Region - den Bau von Golfplätzen in Verbindung mit Luxuswohnungen entscheidend beschleunigt. Viele der Häuser und Appartments werden von multinationalen Konzernen und ausländischen Banken zu Erholungszwecken für ihre Angestellten aufgekauft. Ebenso wird das Golf & Country Club Konzept bei den einheimischen gehobenen Schichten immer populärer. Diejenigen, die es sich leisten können, erwerben nun Zweitwohnsitze im Grünen, um den überbevölkerten und umweltverpesteten Städten zu entfliehen.

Der Zugang zu einem Golfplatz ist für die Elitegesellschaft aus Prestige- und Geschäftsgründen von höchster Wichtigkeit. Politische und wirtschaftliche Entscheidungen werden immer häufiger auf dem grünen Rasen getroffen. Darüberhinaus ist es üblich, daß Politiker, hohe Militärs und Wirtschaftsbosse den Vorsitz von exklusiven Golf Clubs übernehmen. Der Direktor des Bangkok Golf Service berichtete kürzlich stolz der Presse, daß allein während der Weltbank/IWF-Tagung in Bangkok, als ausländische Bankdelegierte zwischen ihren Sitzungen zum Golfspiel auf die exklusiven Plätze geführt wurden, zehn neue Golfplatzprojekte initiiert wurden. [3]

Golf - ein Beitrag zum Umweltschutz?

In der Werbung für Golfsportanlagen wird oft ausdrücklich auf die Aufwertung von Landschaft und Natur durch Golfplätze hingewiesen. Peter Kaspar, Kurdirektor im schweizerischen St. Moritz, sieht im Golfsport sogar einen Schritt zum "sanften Tourismus": *"(Urlauber) fahren nicht tagelang mit ihrem Wagen herum, denn sie befinden sich drei bis vier Mal pro Woche mindestens vier Stunden auf dem Golfplatz. Tage, an denen man nicht Golf spielt, werden zum Ausruhen, Wandern, oder Spazierengehen genutzt. Golfplätze gehören deshalb zu jenen Angeboten, die ein Kur- oder Ferienort anbietet, der sich vor allem dem sanften, dem Qualitäts-Tourismus verschreiben will."* [4]

Die Realität sieht jedoch anders aus: Um weite, kurzgeschorene Grasflächen mit häufig nur spärlich besetzten Baum- und Strauchreihen anzulegen, werden nicht selten Millionen Tonnen von Erdreich bewegt, Berge gesprengt und abgetragen, Wälder gerodet, Sumpfflächen trockengelegt, Küstenlandschaften planiert und Wüstengebiete mit gigantischen unterirdischen Bewässerungssystemen versehen. Auf Hawaii werden nicht nur ganze Lavaformationen zerstört, sondern auch gleich historische Grabstätten, Tempel, Fischerdörfer und andere bedeutsame Kulturstätten.

Landraub auf Kosten armer Bauern

Der Golfplatzbau, für den riesige Flächen benötigt werden, ist angesichts der knappen Landressourcen ohnehin kaum zu rechtfertigen. Während bisher ein 18-Loch-Platz etwa 50 bis 60 Hektar beanspruchte, verbrauchen die neuen "Golf & Country Clubs" in der Regel mehrere hundert Hektar. In armen Ländern werden durch die Anlage dieser Prestigeprojekte, zu denen nur eine kleine exklusive Minderheit Zugang hat, zahllose Bauern ihres Landes und somit ihrer Existenz beraubt sowie der Druck auf die ohnehin knappen Ackerbau- und Waldflächen verstärkt.

In Thailand - einem Land mit nicht weniger als 10 Millionen landlosen Bauern - nehmen die Golfplatzanlagen bereits eine Fläche von insgesamt knapp 100,000 Hektar ein, und nach der ständigen Ankündigung neuer Projekte zu schließen, wird der Landverbrauch auch weiterhin explosionsartig ansteigen. Obwohl eine Studie der Bangkok Bank aus dem Jahr 1990 empfahl, die Kreditvergabe an Golfplatzprojekte wegen ihres unproduktiven und spekulativen Charakters zu sperren, trat der Vize-Präsident derselbigen Bank nachdrücklich für den Bau neuer Anlagen ein und kommentierte: "Thailand sollte Reis importieren und Gras pflanzen". [5]

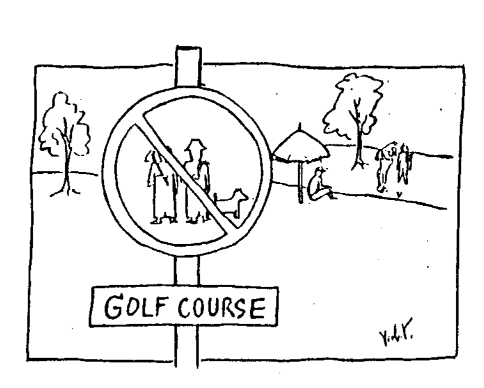
Um sich große Landflächen für Golfplätze anzueignen, wenden die Investoren oft zwielichtige oder gar illegale Methoden an. Häufig werden Regierungsbeamte, Dorf- und Gemeindevorsteher eingeschaltet, um die Bauern zu überreden, ihr Land zu verkaufen.

"Pichian [der geschäftsführende Direktor der Bangkok Golf Service Company] sagte, die Taktik ist, sich zuerst kleine Landstücke am Rand der Projekte anzueignen. Wenn die gesamten Ländereien rund um das Projekt im Besitz der Investoren sind, werden die Bewohner innerhalb der Grenzen feststellen, daß sie kein Recht darauf haben, das Gebiet zu verlassen, und sie müssen für das Eindringen auf privaten Grund eine Gebühr entrichten." [6]

Siamrat Sapda, eine thailändische Zeitung, berichtet von der unglücklichen Lage einer alten Frau im Norden, die sich weigerte, ihren Besitz einer Golf-Gesellschaft zu verkaufen. Letztendlich wurde ihr erklärt: *"Großmutter - wenn Sie (das Land) nicht freiwillig verkaufen, werden Sie sich einen Hubschrauber kaufen müssen..."*. [7]
Außerdem wird angenommen, daß sich viele der Golf & Country Clubs in Thailand in ausländischem Besitz befinden, obwohl die Möglichkeiten des Landkaufs gesetzlich stark eingeschränkt sind. Aber mittlerweile gibt es eine richtige Infrastruktur, die es Geschäftsleuten - vor allem aus Japan, Taiwan und Hong Kong - sehr einfach macht, über thailändische Strohmänner Ländereien in Besitz zu nehmen.

Im Juni dieses Jahres entdeckte die thailändische Forstbehörde, daß eine Baufirma illegal in den Khao Yai Nationalpark vorgedrungen war und ganze Hügel für die Anlage des Golden Valley Golf & Country Clubs gesprengt hatte. Nachträglich wurde auch noch festgestellt, daß die ursprüngliche Landbesitzurkunde des Projektbetreibers auf mysteriöse Weise manipuliert worden war - die Besitzfläche hatte sich um ein Vielfaches vermehrt. Der Skandal war perfekt, als eine Anzahl von weiteren ähnlichen Fällen bekannt wurde und die Medien die engen Verbindungen zwischen Golfplatz-Promotoren und hohen Politikern und Militärs ans Licht der Öffentlichkeit brachten! Seither ist der Golfplatzbau so stark in Verruf geraten, daß sich die Golf Clubs zu einer Organisation zusammengeschlosen haben, um das Image des Sports neu aufzupolieren.[9]

Bisher unterlag der Golfplatzbau in





Thailand keinerlei gesetzlichen Vorschriften. Im Rahmen eines neuen Landreform-Gesetzes sollen zwar nun Höchstgrenzen für Grundstücksbesitz eingeführt werden. Golfsportanlagen sind jedoch von dem Gesetz ausgenommen.

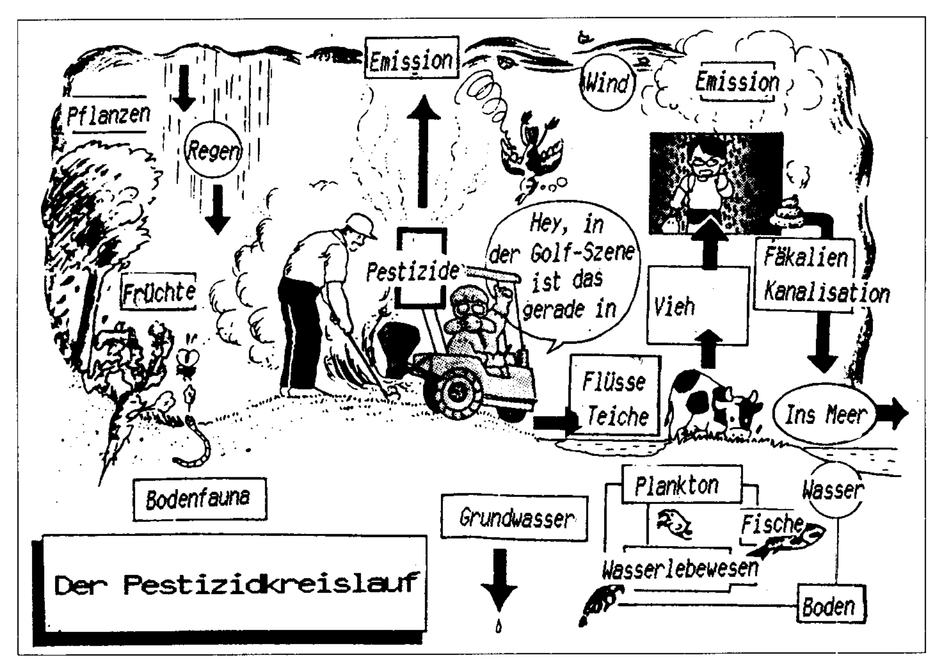
Wasserverbrauch und Umweltbelastung

Die Spielflächen der Golfplätze unterliegen einer besonders hohen Pflegeintensität, die sich umweltbelastend auswirkt. Angesichts der enormen Wassermenge, die zur Entfaltung des Rasens erforderlich ist, erscheint der Bau von Wüsten-Golfplätzen vom ökologischen Standpunkt her völlig unsinnig. Ebenso problematisch ist der hohe Wasserverbrauch in Gebieten, deren Wasserhaushalt bereits durch große Waldzerstörungen ohnehin nachhaltig gestört ist. In Thailand werden beispielsweise zur Bewässerung einer 150 Hektar großen Anlage täglich 3000 Kubikmeter, bzw. eine Million Kubikmeter Wasser im Jahr, benötigt. Wenn in Thailand in den nächsten Jahren wie geplant insgesamt 400 Golfplätze in Betrieb sein werden, so werden jährlich 400 Millionen Kubikmeter Wasser allein zur Pflege der Golfanlagen gebraucht (zum Vergleich: In der Bundesrepublik werden jährlich 12,2 Mrd. m³ Wasser verbraucht).

Aufgrund der immer häufiger auftretenden Dürren herrscht bereits ein bedrohlicher Wassermangel im Lande. Trotz der reichlichen Monsunregen in diesem Jahr hat der Wasserstand in allen größeren Reservoirs nicht wieder sein übliches Niveau erreicht. In vielen Gebieten ist die Wasserverknappung eindeutig auf die Golfplätze zurückzuführen, wie zum Beispiel in dem aufstrebenden Touristenzentrum Hua Hin - Cha Am. Nachdem sich die Wasserversorgung hier seit Jahren verschlechtert hat, blieben die Wasserhähne in Hua Hin im letzten April schließlich völlig trocken, und die Bewohner mußten durch Tankwagen mit Wasser beliefert werden[10]. Währenddessen floß jedoch auf den Golfplätzen, den Hotels und Condominiums [11] mit ihren großen Gärten und Swimmingpools das Wasser stets in ausgiebigen Mengen.

Im Oktober 1990 sah sich das thailändische Kabinett veranlaßt, den Golfplatzbetreibern den Zugang zu den öffentlichen Gewässern zu verbieten. Statt allerdings eigene Wasserquellen zu erschließen, leiten nun viele Golfanlagen heimlich Wasser aus den Reservoirs und Flüssen ab, so daß für die umliegenden Dörfer und Felder nicht mehr genug übrig bleibt. Aber auch der Brunnenbau auf den Golfplätzen führt zu einer nachhaltigen Störung des Grundwasserhaushalts und der Gefahr der Bodenabsenkung.

Der intensive Chemikalieneinsatz auf den Golfplätzen kann sich verheerend auf die Artenvielfalt und die Gewässerqualität in den angrenzenden Bereichen auswirken und stellt darüberhinaus eine große Gefahr für die menschliche Gesundheit dar. Das Bemühen um eine umweltverträglichere Pflege von Golfplätzen wird dadurch erschwert, daß die Chemieindustrie mit vom Golf-Geschäft profitiert. So werden beispielsweise in Deutschland vom Chemiekonzern BASF Lehrgänge für Platzwarte durchgeführt, um den Absatz seiner Produkte an Golf Clubs zu steigern.[12]



Der Pestizidkreislauf

Hohe Dünger- und Pestizidmengen sind insbesondere auf den Plätzen notwendig, die nicht-standortgerechte Grassorten verwenden. Zum Beispiel werden die Spielflächen in Japan und zahlreichen tropischen Ländern in der Regel mit aus den USA importiertem Bermudagras bepflanzt, welches aufgrund der lokalen Klima- und Bodenbedingungen sehr viel mehr Pflege benötigt als einheimische Grassorten. Die Folge hiervon ist, daß sich Caddies, Greenkeepers und auch die Spieler aufgrund der erhöhten Luftbelastung auf den Golfplätzen Augen- und Hautkrankheiten zuziehen und sich Anwohner zunehmend über Übelkeits- und Schwindelgefühle beschweren. Schätzungsweise 33,5 % der Giftmenge wird an die Atmosphäre abgegeben; 13,5 % setzen sich in der Vegetation und 53 % im Boden fest.[13] Bei Regen werden die giftigen Substanzen ausgewaschen und führen dann zur Belastung der Böden, des Grundwassers und der Oberflächengewässer rund um die Plätze.

Im letzten Jahr hat die japanische Regierung aufgrund starker Proteste der Bevölkerung verschärfte gesetzliche Regelungen zur Anwendung von Chemikalien auf Golfplätzen erlassen. Dennoch werden die giftigen Substanzen unerlaubt weiterbenutzt. Ferner wird befürchtet, daß die in Japan verbotenen Chemikalien nun in verstärktem Maße nach Südostasien und in andere Länder exportiert werden, um die dort rapide ansteigende Zahl von Golfplätzen zu versorgen. Thailändischen Umweltschützern gelang es kürzlich, ein ganzes Giftdepot eines Golfplatzes auf der Touristeninsel Phuket aufzuspüren und zum Beweis zu photographieren. Die Untersuchungen über die Herkunft, den Einsatz und die Auswirkungen der Mittel sind in vollem Gange.

Global denken, lokal handeln!

Angesichts all dieser Erkenntnisse läßt sich der Mythos, daß Golfsportanlagen Naturoasen sind und darüberhinaus einen Beitrag zu einem sanften Tourismus leisten, wahrhaftig nicht länger aufrechterhalten. Es geht nicht darum, den Golfsport schlichtweg zu verurteilen. Aber die gegenwärtige Praxis der Planung, Gestaltung und Pflege der Golfplätze ist bislang alles andere als umweltverträglich und trägt mit zur globalen ökologischen Krise bei.

Darüberhinaus werden die Prinzipien der umweltverträglichen und nachhaltigen Entwicklung sowie die soziale und kulturelle Integrität der vom Golftourismus betroffenen Bevölkerung oft in schändlicher Weise mißachtet.

Der Widerstand gegen den Golfplatzbau nimmt weltweit zu - sei es in Europa, Hawaii oder in Asien. In Japan gründeten lokale Bürgerinitiativen und Umweltgruppen 1989 ein nationales Netzwerk, mit dem Ziel, keine weiteren Golfsportanlagen in ihrem Lande zuzulassen. Da nun im Rahmen der japanischen Tourismusförderung und des anstehenden "Visit ASEAN Year 1992" immer mehr Golfplätze ins Ausland verlagert werden, haben sich die japanischen Umweltschützer mit südostasiatischen Aktionsgruppen zusammengeschlossen, um mit ihnen gemeinsam gegen die Folgen des Golf-Booms vorzugehen.

In vielen Gebieten Thailands laufen



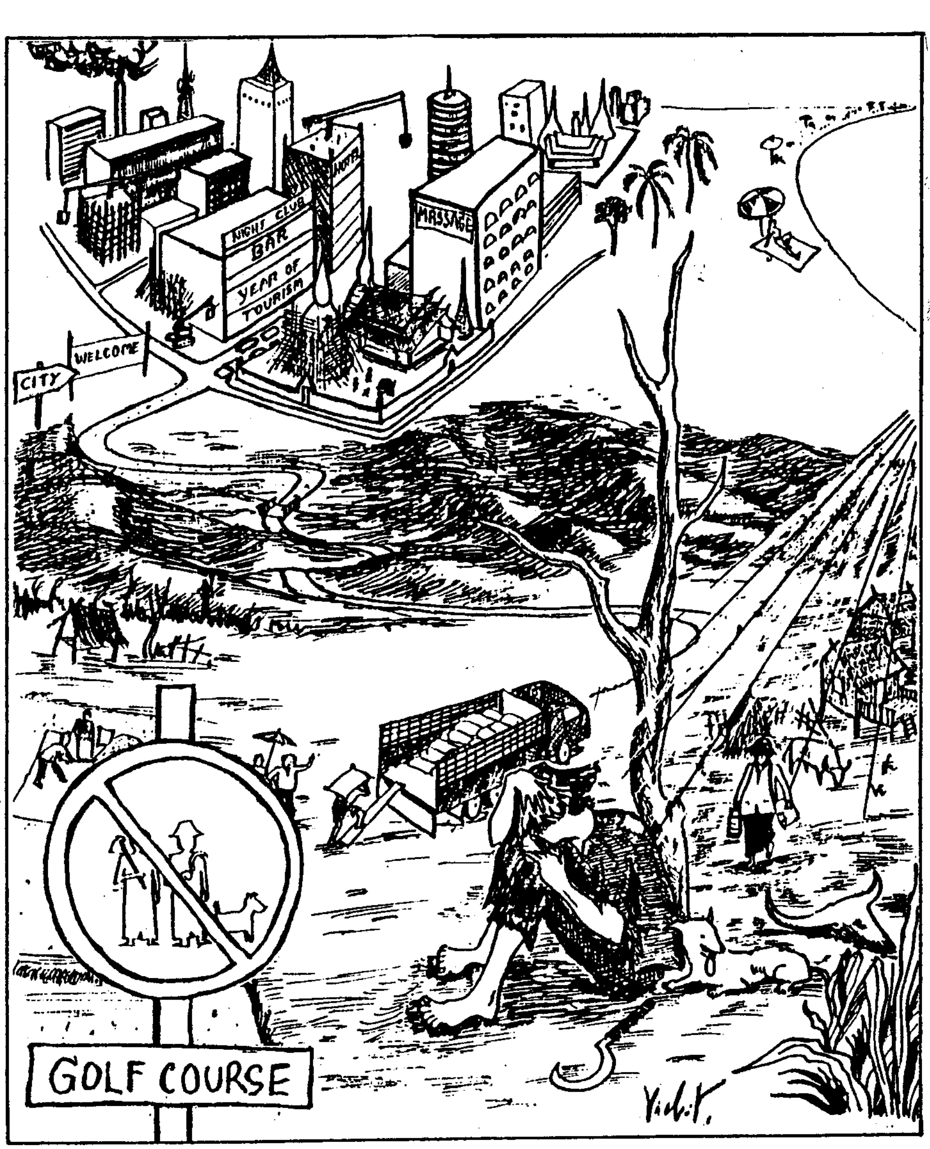
die Bauern mittlerweile Sturm, wenn sie von einem neuen Golfprojekt erfahren. Im Jahre 1989 besetzten die Dorfbewohner von Huay Kaew nahe Chiang Mai monatelang einen Gemeinschaftsforst, weil der Verdacht bestand, daß die Frau eines Parlamentsmitglieds dort eine Golfsportanlage bauen wollte. In der benachbarten Chiang Rai Provinz gingen dieses Jahr 2000 Bauern auf die Straße, weil Golfplatzbauer unerlaubt in ein Waldschutzgebiet eingedrungen waren und dabei ihre Bewässerungskanäle blockiert hatten. In Phuket wehrten sich Bewohner im letzten Jahr erfolgreich gegen die Pläne des Schweizer Investors Bruce Rappaport, auf 450 ha ein gigantisches Tourismusprojekt mit sieben Hotels, Luxuswohnungen, zwei Golfplätzen und sonstigen Sport- und Freizeitanlagen zu errichten.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung in den betroffenen Dritte-Welt-Ländern trotz der zunehmenden Proteste in der Regel weniger Spielraum hat, ihre demokratischen Rechte geltend zu machen und erfolgreich ihre Interessen durchzusetzen, als beispielsweise in Europa, Nordamerika oder Japan. Die Erfahrung zeigt, daß sich die Golfsport- und Tourismusindustrie ebenso wie andere Wirtschaftszweige anderswo einnistet, wenn Protestaktionen oder verschärfte gesetzliche Bestimmungen im eigenen Lande zu erschwerter Durchführung oder Verteuerung ihrer Projekte führen. Gleichzeitig lassen sich viele Regierungen in den Dritte-Welt-Ländern in der Hoffnung auf erhöhte Deviseneinkünfte gerne auf die lockenden Angebote ausländischer Kapitalanleger ein, ohne den katastrophalen sozialen und ökologischen Konsequenzen Rechnung zu tragen. Das bedeutet, daß die erfolgreiche Verhinderung von Golfplätzen in den Industrieländern den massiven Ausbau von Golfplätzen und touristischer Infrastruktur in der Dritten Welt beschleunigt - oft gegen den Willen der dortigen Bevölkerung.

Anita Pleumarom

Anmerkungen:

1) in: Saen Sanuk, August '87
2) Manager 9/91
3) The Nation, 25.10.91
4) Zit. in: Commission Internationale pour Protection des Regions Alpines (CIPRA) 1990
5) Zit. in: Asiaweek, 21.-28.12.90
6) Zit. in: The Nation 7.7.91
7) Zit. in: Siamrat Sapda, 37/49 91
8) The Nation, 20.6.91
9) Bangkok Post, 2.9.91
10) The Nation, 12.4.91
11) Wohnblocks mit kleinen Wohneinheiten
12) CIPRA 1990
13) Untersuchungen ergaben, daß in einigen Gebieten Japans bis zu 93 verschiedene, teilweise hochgiftige chemische Substanzen, eingesetzt werden, z.B.:
Zeolith: krebserregendes Mittel zur Bodenverbesserung auf den Greens.
Acrylamid: Gerinnungsmittel, um den künstlichen Gewässern ein klares Aussehen zu verleihen.
Künstliche Farbsubstanzen, zur Aufbesserung des Grüns der Spielflächen. (in: Kuji Tsutomu 91)





"Wir müssen mit dem leben, was uns andere zurücklassen"

Massentourismus auf Phuket

Wegzuleugnen ist es nicht mehr: Der Tourismus hat in Thailand häßliche Spuren hinterlassen. Wohl nicht zuletzt deshalb reagieren die thailändischen Behörden umgehend und gereizt auf jede Kritik an der Tourismusindustrie. Dies zeigt einmal mehr das Beispiel des kürzlich auf der britischen Senderkette BBC 2 ausgestrahlten Films über die Tourismusentwicklung auf der thailändischen Insel Phuket.

"Heute reihen sich über 160 Hotels und Bungalows an der Westküste."

Ich bin mit Frau Ing K. einverstanden: Jedes Geschäft, das nicht auf die Interessen der Öffentlichkeit Rücksicht nimmt, wird im Laufe der Zeit einer Gesellschaft Schaden zufügen - unabhängig davon, ob dieses Geschäft im Tourismusbereich liegt oder nicht." Dies schreibt Frau Sumonta Nakornthab, PR-Direktorin der thailändischen Tourismusbehörden (TAT) unter anderem in ihrer Kritik über Ing Ks Film "Thailand for sale" in der englischsprachigen Bangkoker Zeitung "The Nation" am 29. November 1991.

"Thailand for sale", produziert von der britischen Small World Production Company in Zusammenarbeit mit dem "Television Trust for the Environment", war am 21. Oktober 1991 auf dem Kanal des britischen Fernsehsenders BBC 2 zu sehen und hat auch in Thailand Wellen geschlagen. Im 28-minütigen Dokumentarfilm erhalten Direktbetroffene die Möglichkeit, sich zu den Geschehnissen in ihrer Heimat kritisch zu äußern. Die britischen Publikationen "The Independent" und "time out" würdigten den Film der thailändischen Schriftstellerin und Journalistin Ing K als aussagestark und engagiert. Britische Fernsehzuschauerinnen und -zuschauer schrieben Leserbriefe an thailändische Zeitungen, in denen sie sich über die Auswüchse des Tourismus schockiert zeigen und in denen sie an die thailändischen Behörden und die Tourismusinvestoren sowie die Veranstalter appellieren, ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrzunehmen. Thailändische Frauen, die den Film ebenfalls auf BBC gesehen haben, sind laut einem Artikel in "The Nation" vom 14. November darüber erfreut, daß ihre Landsfrauen einmal nicht als Sexobjekte dargestellt werden, sondern als intelligente Personen, die sich mit ihrer Überzeugung öffentlich für ihr Land einsetzen.

Von offizieller thailändischer Seite wird der Autorin eine einseitige Sichtweise vorgeworfen. Frau Sumonta Nakornthab vom TAT kritisiert, die Journalistin Ing K habe sich einer falschen Strategie bedient, falls sie mit ihrem Film die britischen Touristen abhalten wolle, Phuket zu besuchen, oder falls sie damit zu erreichen hoffe, die Tourismusentwicklung in alternative Bahnen zu lenken.

Dies wäre jedoch dringend geboten, betrachetet man die Situation, wie sie im Film geschildert wird.

Gegen Devisen ist alles zu haben

Rund 2 Millionen Touristen besuchen Phuket jährlich, das ist das zehnfache der einheimischen Bevölkerung. Einst war die Insel in der "Andaman Sea" ein Naturparadies. Heute reihen sich über 160 Hotels und Bungalow- Anlagen fast ausnahmslos an den dreizehn Stränden der Westküste. Vor allem am Patong Beach drängt sich Hotel an Hotel, häufen sich Discos, Massagesalons, Gogo-Bars und Touristenkneipen. Wo immer Hotels gebaut wurden, verlor die einheimische Bevölkerung den Zugang zum Strand.

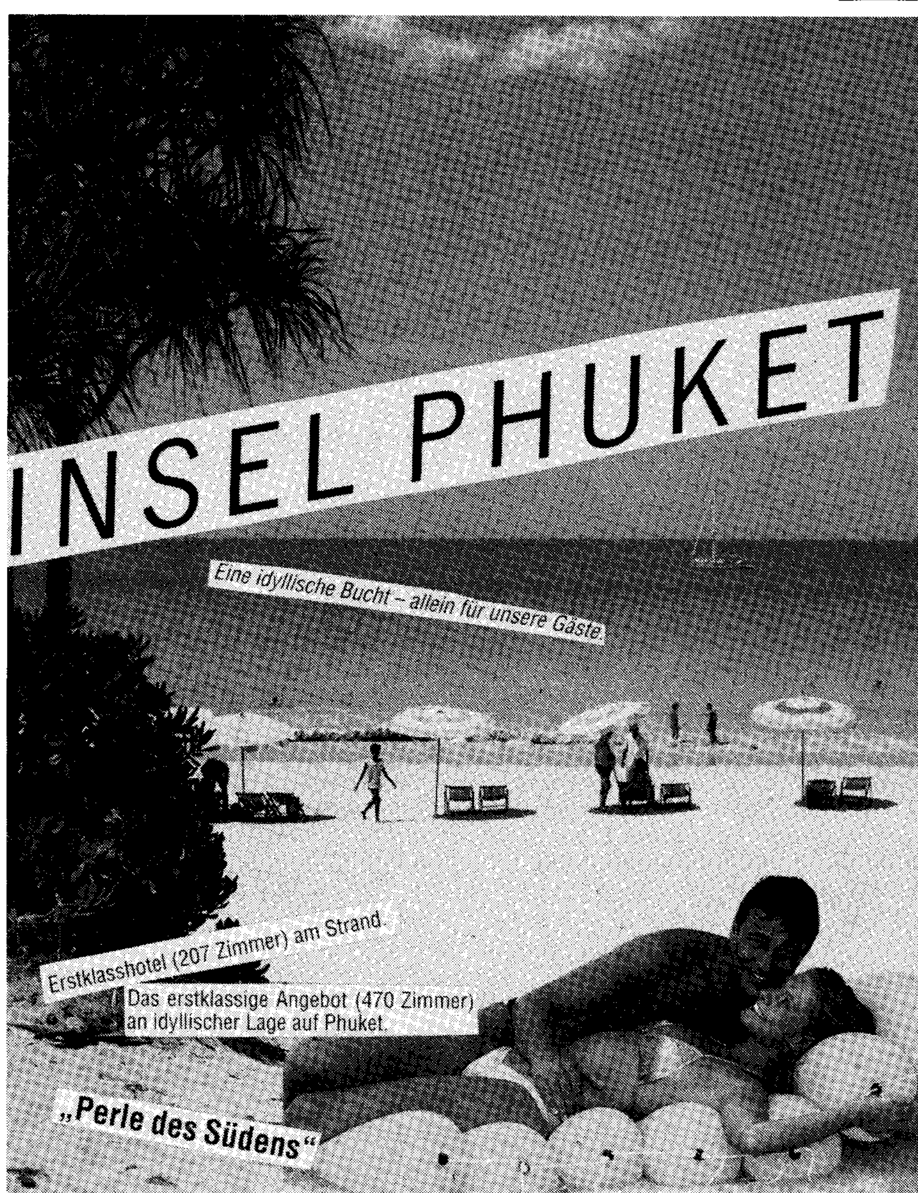
Die thailändische Regierung fördert die Tourismusindustrie als den großen Devisenbringer. "Industrie ohne Schlote", wird dieser Wirtschaftszweig auch etwa genannt. Keine Schlote, dafür Kloaken, ungeklärte Abwasser aus den Hotels, Abfallberge, Erosion und Wassermangel sind die Kehrseite der Medaille. Doch weder die Touristen selbst noch die Funktionäre der Tourismusbehörden, noch die Investoren sind davon betroffen. Ing Ks Film führt den Zuschauerinnen und Zuschauern den ökologischen Preis des Tourismusbooms deutlich vor Augen: Die Hügel im Innern der Insel werden abgetragen, da die Erde in Strandnähe zum Aufschütten als Fundament für Hotelbauten benötigt wird. Lagunen und Flüsse, einst Wasserspender für die Bevölkerung, sind heute verschmutzt und verschlammt. Die in Ferienprospekten nie fehlenden Swimmingpools belasten den Wasserhaushalt auf Kosten der einheimischen Bevölkerung.

Ing K berichtet, daß die Einheimischen



Reispflanzer vergangenen Sommer auf die Bewässerung für die zweite Reisernte verzichten mußten, damit die Wasserversorgung für die Hotels einschließlich deren Golfplätze gewährleistet blieb.

Das Schicksal Phukets als internationales Urlaubsziel wurde 1985 mit dem Einzug von Club Med besiegelt. Bereits damals stieß die Entwicklung jedoch auf Widerstand der einheimischen Bevölkerung. Das Unternehmen wolle die Hauptverkehrsstraße entlang des Strandes stillegen und in einen Hotelpark umwandeln, befürchtete die Phuketer Bevölkerung, die mit Erfolg gegen dieses Vorgehen protestierte. Ing K rollt in "Thailand for sale" diese Geschichte wieder auf und gibt Richard Segalowitch, Direktor von Club Med in Thailand, die Gelgenheit, Stellung zu nehmen: "Wir haben diesen Strand für unser Projekt beantragt und vertraglich festgehalten, daß diese Straße in einen Fußweg umgewandelt wird. Wir hatten aber nie die Absicht, eine Privatstraße daraus zu machen. Wir wollten lediglich die Autos und Motorräder weghaben. Viele Familien mit Kindern verbringen hier die Ferien. Da wäre die Straße für die Kinder einfach zu gefährlich." Szenenwechsel im Film: Schwere Lastwagen, die am Pausenplatz einer Schule vorbeidonnern. Auf Wunsch von Club Med wurde das alte Schulhaus abgebrochen und das neue hier an die Straße gebaut. Dazu der Filmkommentar: "Nun müssen die einheimischen Kinder auf dem Weg zur Schule diese Straße überqueren." Auf dem ruhigeren Gelände des alten Schulhauses befindet sich heute der Tennisplatz des Club Med.



Phuket for sale!

Gigantismus auf Kosten der Bevölkerung

Inzwischen hat sich auf Phuket der Widerstand gegen den Tourismus organisiert. Ing K stellt den Zuschauern zwei junge Thailänderinnen vor: Kanokpohn Yommana und Supha Chiraphatphimol. Sie sind Gründungsmitglieder der einheimischen Umweltorganisation "Phuket Environmental Protection Association" (PEP). Die beiden Frauen erzählen, wie sie Phuket erlebten, bevor sie für ihr Studium nach Bangkok zogen: "Früher waren die Gefängnisse leer. Das zeigt, wie friedlich wir hier zusammenlebten. Heute ist alles kommerzialisiert und wir müssen mit dem leben, was uns andere zurücklassen". Hauptziel der Umweltschutzgruppe ist es, in der Bevölkerung Bewußtsein für die Umwelt zu schaffen. Sie sammeln Informationen über die sozio-ökonomischen und ökologischen Veränderungen auf Phuket und führen Informationsveranstaltungen z.B. in Schulen durch. Ihr Kampf gegen ein Mammutprojekt des Schweizer Inter-Maritime Unternehmens machte PEP 1990 weit über die thailändischen Grenzen hinaus bekannt.

Auf Anregung des ehemaligen thailändischen Premierministers Chatichai Choonhavan ließ der Chef der Inter-Maritime Firmengruppe mit Sitz in Genf, Bruce Rappaport, das "North Phuket Resort" planen. In der Gegend des Nationalparks Tha Chatchai hätte auf einer Fläche von 450 ha, am letzten noch unverbauten Strand der Insel, ein Touristenkomplex mit Einkaufszentrum, Luxus-Klinik, Büros, einem Golfplatz, Jachthafen und einem Vergnügungspark entstehen sollen. Die im Dorf Tha Chatchai lebenden rund 300 Fischer- und Kokospflanzerfamilien waren den Projektplanern im Weg. Mangrovenwälder hätten abgeholzt werden müssen, und mit straßenbaulichen Maßnahmen wäre die lokale Bevölkerung faktisch vom Zugang zum Mai Khao-Strand abgeschnitten worden.

Kurz nach Bekanntwerden des über 600 Millionen Mark Projektes regte sich lauter Widerstand in der thailändischen Bevölkerung. Die Naturkatastrophen der letzten Jahre - Wirbelstürme, Überschwemmungen und Erdrutsche zogen Distrikte im Süden Thailands arg in Mitleidenschaft - haben weite Bevölkerungskreise für Umweltthemen sensibilisert. Vermehrt fragten auch die Medien nach dem Zusammenhang zwischen der Abholzung für Plantagen oder Hotelbauten und den Klimaveränderungen.

Zudem störten sich die Intellektuellen am vorgesehenen langjährigen Pachtvertrag mit dem Unternehmer Rappaport, und selbst innerhalb der Regierung stieß das Projekt auf Opposition. Die Vorstellung Rappaports, multinationale Firmen (z.B. Hotelketten) am Projekt zu beteiligen, mißfiel wiederum der thailändischen Tourismusbranche und schließlich stieß sich die Bevölkerung an den offensichtlich engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem ausländischen Geschäftsmann und dem thailändischen Premier. Diese Faktoren gemeinsam führten nach langen Verhandlungen sowie PR-Kampagnen seitens der Inter-Maritime und der Regierung zum definitiven Nein der thailändischen Behörden. Premierminister Chatichai äußerte sich öffentlich zu diesem Entscheid: So lange er Ministerpräsident sei, werde das



"North Phuket Resort"-Projekt nicht realisiert, versprach er am 4. Juni 1990. Doch wie man damals schon spekulierte blieb Chatichai nicht mehr lange im Amt, und sein Versprechen wurde damit wirkungslos.

Doppelmoral der neuen Regierung

Am 23. Februar 1991 putschten in Thailand die Militärs. Zunächst stießen sie auf keine starke Opposition. Große Bevölkerungsteile hießen den Putsch sogar gut, weil die Putschisten auch angekündigt hatten, gegen die Korruption anzugehen. In den letzten Monaten ist die öffentliche Meinung umgeschlagen und am 19. November 1991 nahmen schätzungsweise 100.000 Menschen an einer gegen die Militärs gerichteten Massenkundgebung teil.

Ungewohnte Töne waren von der neuen Regierung anfangs auch in der Tourismuspolitik zu hören. Da erklärte der neue Tourismusminister Mechai Virvaidhya: "Der Tourismus muß sich endlich an den Umweltschutz halten" oder weiter: "man muß den Ruf der Thailänderinnen besser schützen und die Kriminalität der Vergnügungsindustrie bekämpfen". Mit tatkräftiger Unterstützung der Generäle geht die Regierung nun auch erstmals gegen die blühende Sexindustrie vor, da AIDS heute die ganze Gesellschaft bedroht. Mechai Virvaidhyas Rezept für den Wandel des Thailandimages lautet "Women´s Visit Thailand Year". Mit einer Kampagne sollen 1992 vor allem Frauen aus "Sexbesucherländern" angesprochen werden, erläutert der Minister seine Strategie: "damit sie die überwiegende Mehrheit der ehrbaren Thailänderinnen kennenlernen."

Die Vermarktung der Natur geht auch unter der neuen Regierung ungebremst weiter: Selbst Land in Nationalparks, bisher gesetzlich vor Bebauung geschützt, fällt vermehrt der Gewinnsucht Einzelner zum Opfer. Und die neue Regierung fördert den Luxustourismus in Nationalparks. Bereits früher hatten es clevere Geschäftsleute geschafft, die Bestimmungen zu umgehen. Seit letztem Jahr wirbt ein Hotel auf Phuket mit dem Slogan "Thailands einziges Resort in einem Nationalpark bietet Urlaubsaktivitäten auf dem Land und zu Wasser, eine Vielzahl von Sportmöglichkeiten, vom Bootsfahren bis hin zum Windsurfen und Tauchen, Reiten, Fahrrad fahren, Pitch & Putt Golf, Spielplätze und einem Swimmingpool."

Von Völkerverständigung kann keine Rede sein

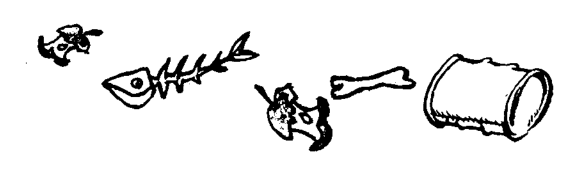
Doch nicht nur die Schönheiten der Landschaft sind in Thailand käuflich geworden. Die Kommerzialisierung hat längst auch auf die Bevölkerung übergegriffen. Nochmals Szenen aus Ing Ks Film: Jeden Tag ab 9 Uhr früh treffen Touristenbusse im Dorf am Rawaii Beach ein. Die "sea-gypsies", die einst stolzen Ureinwohner dieser Insel, werden von den Reisegruppen besichtigt. Kinder lassen sich für wenige Münzen fotografieren. "Noch vor drei Jahren haben diese Kinder nicht gebettelt", so der Filmkommentar, "doch die Touristen gaben ihnen ohnehin Geld und die Kinder haben schnell gelernt". Auch hätten noch vor fünf Jahren weniger Leute in diesem Dorf gelebt. Andere "sea-gypsies" von umliegenden Inseln seien dazugestoßen, da sie ihr Land - seit Generationen in ihrem Besitz, aber ohne Besitzurkunde - an den Tourismus verloren hätten.

"Früher", sagt ein Restaurantbesitzer auf Phuket in "Thailand for sale", "früher kamen Touristen hierher und wir plauderten und scherzten. Das war noch ein Vergnügen. Heute, ja da geht´s nur noch ums Geschäft". Und weil es so hart ums Geschäft geht, ist auch der Kampf gegen die ökologische und soziale Zerstörung mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Mitglieder der Umweltschutzgruppe PEP werden von vielen Thailändern als "Störenfriede" betrachtet. So standen sich in der Kontroverse um das "North Phuket Resort"-Projekt zwei Demonstrationszüge gegenüber: Jene, die sich gegen einen weiteren touristischen Ausbau wehren und jene, die sich davon einen Profit versprechen oder sich für die Interessen anderer einspannen lassen. Doch die Umweltschützerinnen und Umweltschützer bei PEP sind nicht generell gegen den Tourismus. Ihnen geht es vielmehr um eine Tourismusform, die Verständigung zwischen Menschen ermöglicht. Das sei heute in Phuket nicht der Fall, meinen zum Schluß des Films die beiden Aktivistinnen Kanokphon Yommana und Supha Chiraphatphimol.

In einem Interview des Thailändischen Programms von BBC nimmt die Chefin des thailändischen Pressebüros, Khun Suntree Srisomwongse, Stellung zu dem Film: Die Informationen seinen interessant, aber sie denke doch, der Film müsse eher in Thailand selbst gezeigt werden. "Die Touristen haben ein Recht auf Entspannung." Es sei daher nicht angebracht, diesen Film im Ausland zu zeigen. " Es ist unser eigenes Problem, und wir sollten es unter uns lösen", meint die Vertreterin der thailändischen Regierung.

Ing K wäre gern bereit, Ihren Film im thailändischen Fernsehen zu zeigen. Nur war ihr bisher dabei wenig Erfolg beschieden.

Maya Krell



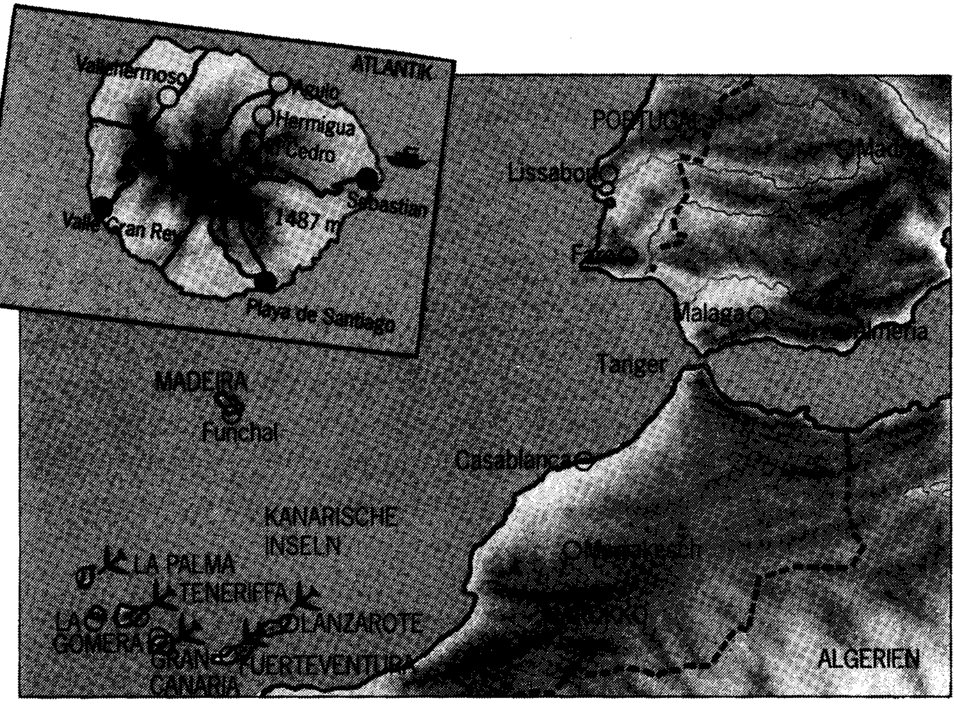




Ende des Dornröschenschlafs

EG finanziert Massentourismus auf Gomera

Es ist ein Stück mit ungewissem Ausgang - ein Paradebeispiel und Bumerang zugleich. Denn was derzeit auf der Insel La Gomera in Szene gesetzt wird, könnte aus einem mittlerweile veralteten "Handbuch für touristische Erschließungen" stammen; aus einer wirtschaftspolitischen Regieanweisung, deren Denkmuster die kanarischen Inseln zu einem betonierten Manifest der Reisebranche geraten ließen.



Doch nun, so steht es zu befürchten, schwappt der Erschließungsbazillus auch auf die derzeit nur per Schiff erreichbare Nachbarinsel von Teneriffa über. Am 27. März 1990 hatten die Inselbehörden den POI-Plan (Programma Operativo Intergrado) zur radikalen Modernisierung Gomeras beschlossen und verkündet. Der Plan, dessen Investitionsvolumen umgerechnet 166 Millionen Mark ausmacht, wird zur Hälfte aus dem EG-Fond zur Entwicklung strukturschwacher Gebiete finanziert.

Die Zukunft des bisher eher vom Typus des Individualreisenden besuchten La Gomera gilt nur dann als abgesichert, wenn man dort endlich eine neuzeitliche Infrastruktur schafft - so glauben unisono der Bürgermeister der Insel, die Regierung der Kanaren und das Wirtschaftsministerium in Madrid, die Initiatoren des vermeintlichen Strukturhilfeprogramms.

In erster Linie zählt dazu der Bau eines rund 50 Mio. Mark verschlingenden Flughafens unterhalb des Ortes Alajero, im Süden der Insel. (Weil es auf Gomera keine nennenswerten Ebenen gibt, müssen Bergrücken abgesprengt und Täler für den Bau des Flughafens aufgefüllt werden.) Zu den infrastrukturellen Verbesserungen zählen ebenso der Ausbau des Straßennetzes - der seit Herbst 1990 voll im Gange ist - sowie der Bau eines Yachthafens in Santiago, die Erneuerung des Bewässerungssystems und die Anlage von künstlichen Sandstränden.

Dies alles kann auf der Insel geschehen, weil bis heute für La Gomera noch kein Inselplan besteht, der die einzelnen Nutzungszonen festschreibt. In anderen europäischen Ländern - beispielsweise Deutschland - wäre ein solcher Eingriff in die Struktur einer Region kaum möglich, da gesetzliche Bestimmungen bestehen, denen zu folge die Art der Flächennutzung im voraus in Pläne festgelegt werden muß und außerdem für bestimmte Zonen eines Gebietes bestimmte Auflagen zu beachten sind (Flächennutzungspläne).

Türöffner zu Bau- und Bodenspekulation

Kein Wunder also, daß Pedro A. Medina Calero, Sozialwissenschaftler und Sprecher der Kultur- und Naturschutzgruppe "Guarapo", gravierende Fehlentwicklungen auf seine Heimat zukommen sieht. In einer Stellungnahme zum Sinn und Zweck des POI schreibt er unter anderem: "Die erwähnten Aktivitäten zielen einzig darauf ab, sich mit der für den Massentourismus notwendigen Infrastruktur auszustatten. Tatsächlich sind 68% der gesamten Investitionen allein für tourismusfördernde Maßnahmen vorgesehen, während nur 15% unter dem Stichwort "Landwirtschaft" verplant sind und noch weniger, knapp unter 10% (ca. 15 Mio. Mark), für "Proteccion del Medio". Was schlimmstenfalls bedeuten kann- "Umweltschutz" läßt sich ja unterschiedlich definieren - daß darunter das Pflanzen von Geranien zu verstehen ist.

Die Befürchtungen der Gruppe Guarapo, die sich nicht gegen die EG-Unterstützung schlechthin, sondern nur gegen ihre Verwendung wendet, treffen in praktisch allen Belangen zu. Was rein äußerlich wie eine Hilfsmaßnahme zum Abwanderungsstopp der sich seit Jahren entvölkernden Insel (Einwohnerzahlreduktion von 1940 = 28600 auf 1986 = 16700) anmutet, entpuppt sich im Detail betrachtet als Vorstufe zum "harten" Tourismus; als Türöffner der nach oben offenen Bau und Bodenspekulation.

So wurde eigens ein "Küstenplan" entwickelt, der vier gewaltige Wellenbre-



cher ins Meer hinauszubauen vorsieht. Dies nur, damit man den mit 850 Metern längsten Strand im Westen der Insel dem "Valle Gran Rey", in zwei Becken aufteilen kann, in denen das Wasser dann nunmehr sachte dümpelt [1]. Das Tal des großen Königs" hat das Pech, der einzige Flecken Gomeras zu sein, der für normaltouristische Zwecke überhaupt Sinn macht: Regenarm durch den Passatschatten der Berge im Inselinnern und zudem mit den einzigen Sandstrandstücken des Eilandes ausgestattet, die jetzt noch verbreitert werden sollen. Die Straße dorthin wird derzeit auf neun Meter verbreitert - auf Kosten des bambusgesäumten Flußufers unten im Tal. In Strandnähe selbst wird das Asphaltband auch gleich auf "städtische" 15 Meter Breite zu einer Straße ausgebaut, die den Hafen des Tals mit dem Hauptdorf La Calera verbindet. Wozu das alles gut sein soll, dafür gibt es im spanischen ein äußerst präzises Wort: "Urbanizacion", was den Gomeros angepriesen wird, wie der Himmel auf Erden.

Der einheimische Fluggast ist ein Verlust

Als Pesetengrab sondergleichen könnte sich auch der Flughafenbau erweisen. Was bei der Vertragsunterzeichnung von Miguel Zerolo, dem Transport- und Tourismusminister der Kanarischen Inseln, noch als "das Ende der historischen Benachteiligung der Insel La Gomera" verkauft wird, könnte sich als gigantische betriebswirtschaftliche und ökologische Bruchlandung erweisen. Die geplante Piste zeigt die Widersprüche am deutlichsten. Der Bau wird Unsummen verschlingen und Unmengen Land kosten. Ohnehin wird man nur einen Miniflughafen für kleine Propellermaschinen bauen können. Außerdem wird jeder Urlauber auf Teneriffa erst umsteigen müssen (wahrscheinlich mit Flughafenwechsel, was mindestens drei Stunden kostet) und in der Zwischenzeit ist der Igel per Taxi und Schnellboot längst vor dem fliegenden Hasen am Ziel.

Scheinheilig führen die Befürworter den Nutzen für die Einheimischen über die bessere Verbindung zu den anderen Inseln oder im akuten Krankheitsfall an - aber dann hätte man den Flughafen nicht im Niemandsland, sondern nahe der Hauptstadt projektieren müssen. Außerdem wurde eine Amortisationsrechnung präsentiert, die den Rückfluß der Investitionen in 10 Jahren prophezeit. Allerdings dürfte dann kein einziger Gomero jemals einen Sitzplatz in den Maschinen belegen, denn dieser würde die Einnahmen der Insel, um den Betrag schmälern den ein Tourist (ca. 200 Mark pro Tag und Tourist) ausgeben würde, wäre er statt des Einheimischen geflogen. Auf dieser merkwürdigen Rechnung basieren jedoch jene fünf Millionen DM, die man pro Jahr über den "Aeropuerto" zu erwirtschaften hofft.

Er bedeutet, so Frederico Aguilera Klink vom Institut für angewandte Ökonomie der Universität Teneriffa, daß bei einer 30sitzigen Maschine und täglich zwei Flügen, alle Flüge an 365 Tagen des Jahres ausgebucht sein müssen und jeder Besucher der Insel ca. 200 Mark auszugeben hat. So gesehen ist der einheimische Fluggast ein Verlust von 200 Mark, wenn er das annehmen wollte, was das POI ihm verspricht, nämlich eine zeitsparende und günstigere Verbindung zu den Nachbarinseln.

Das bisher einzige Hotel der Insel liegt im südlichen Santiago und wird von Deutschlands größtem Reiseveranstalter Touristik Union International (TUI) unter Vertrag gehalten. Ganz so als hätte man bei diesem Veranstalter dazugelernt, fällt eine Stellungnahme des Pressereferenten Michael Friedrichs zu den Vorgängen auf der Insel sehr skeptisch aus: "ob's das alles bringt. Wir haben La Gomera noch eher als Geheimtip im Programm" und so kann er sich auch "kaum Kunden vorstellen" für die eine Flugverbindung " ein entscheidender Faktor ist." Unterschwellig spielt bei Friedrichs wohl eine gewisse Sorge um die Exklusivität des TUI-Angebotes mit, denn sonst hätte er nicht sofort nachgerechnet: "Wer täglich 60 Fluggäste hat, muß zusätzliche Bettenkapazitäten schaffen . . . sonst lohnt sich der Flughafen nicht", und der Wachstumskreisel beginnt sich zu drehen.

Der Traum vom Reichtum

Bisher allerdings kann man von Glück sprechen, daß sich der Baubeginn des Flughafens, der auf den 1. April 1991 festgelegt war, immer wieder verschoben hat. Vielleicht werden die verschiedenen Gegenkräfte doch noch erfolgreicher sein, als die Befürworter des offensichtlichen Verlustprojektes. Allerdings sind andere Maßnahmen, wie Straßenbau und Veränderung des gesamten Ambientes der Insel bereits in vollem Gange. So deutet alles darauf hin, daß das POI ein Programm ist, mit dem die Gomeros eher in die touristische Abhängigkeit entwickelt werden, als daß es ihnen eine eigenständige Zukunft garantiert. Dem will sich die Gruppe Guarapo aber keineswegs beugen, sondern fordert stattdessen, mit dem Geld der EG sinnvoller umzugehen. Dazu gehört, solange kein Inselplan existiert, daß die Verfügung über die bereits gezahlten EG-Gelder mit sofortiger Wirkung versagt wird. Danach müsse Schritt für Schritt ein neues Konzept erarbeitet werden, das bei allen Vorhaben auf die Umwelt Rücksicht nimmt. So würde es nach Meinung von Guarapo auch durchaus genügen, einen Helikopter-Landeplatz statt des geplanten Flughafens zu bauen, um damit in erster Linie der Bevölkerung eine bessere medizinische Versorgung gewährleisten zu können. Gelder, die dadurch eingespart würden, sollten zur Lösung von Sanitär- und Abfallbeseitigungsproblemen eingesetzt werden, damit der Müll nicht länger in die Barrancos (Schluchten) verfüllt wird. Statt den Massentourismus zu fördern, sollte auf dem aufgebaut werden, was bereits vorhanden ist. Denn mit Ausnahme des TUI-Vertragshotels, überwiegen bisher die privat vermieteten Zimmer und Appartments. Guarapo's Bemühungen zielen auf einen "turismo rural", einen "ländichen Tourismus", weil er beides bewirkt: Einerseits die Arbeit mit und in der Landwirtschaft fortzusetzen, andererseits aber zusätzliche Nebeneinkünfte durch die Zimmervermietung zu erzielen. In Deutschland wird so etwas als das 'Ökomodell von Hindelang'[2] gefeiert, in La Gomera könnte es nach dem gleichen Rezept praktiziert werden.

Ob allerdings auf Gomera dasselbe Bewußtsein vorherrscht wie in Hindelang ist sehr fraglich. Denn die meisten Leute der Insel glauben dem Bürgermeister, der sich in seinen Wahlreden gegen den Massentourismus ausspricht und vom Einklang von Urlaubern und Natur redet. Gleichzeitig werden Gelder zweckentfremdet und so manchem sein Land für den Straßenbau unter Drohungen zu Niedrigstpreisen abgekauft, nur damit sehr schnell Fakten geschaffen werden. Der Bürgermeister prophezeit für alle den Profit am Urlauberboom, aber es wird sein wie überall: Einige wenige sahnen ab, und für viele andere bleiben nur kleine Bröckchen oder die Krümel übrig.

Daß sich jeder Bewohner der Insel bereits in kühnen Träumen vorstellt, in welchem Maße er von den Veränderungen profitieren könnte, macht sich bei der Akzeptanz der Gruppe Guarapo bemerkbar. Der Sprecher der Gruppe beklagt sich über das fehlende Umweltbewußtsein der Inselbewohner und über das kurzfristige Denken in Gewinnmargen.

Claudia Brözel

Anmerkungen
1) Stefan Michel in SWF 3
2) In Hindelang wurde ein sanfter, angepaßter Tourismus zusammen mit der Bevölkerung durchgesetzt. Es wurde u.a. darauf geachtet, daß die Einnahmen in der Bevölkerung bleiben und kein weiterer Ausbau stattfindet.



Die Alternative wäre Schuheputzen

Kellner in der Dominikanischen Republik

Die Dominikanische Republik ist zum beliebtesten Reiseland in der Karibik aufgestiegen. Vom Tourismusboom profitieren jedoch nur wenige, vor allem Ausländer. Für die Einheimischen bleiben meist nur die schlecht bezahlten Arbeiten in der Tourismusbranche, wie das Beispiel Antonios zeigt - Kellner in Sosua.



Sein Monatslohn reicht einem Touristen knapp zwei Tage

Einer der bekanntesten Touristenorte der Dominikanischen Republik ist Sosua an der Nordküste, unweit von einem anderen bekannten Urlaubsort, Puerto Plata. Sosua besteht aus dem reinen Touristenstadtteil El Batey und dem etwa zwei Kilometer entfernten, von Einheimischen bewohnten Charamico. Die Restaurants und Hotels gehören, wie auch die meisten anderen touristischen Dienstleistungen, fast zu hundert Prozent Ausländern, vor allem Kanadiern, US-Amerikanern, Holländern, Italienern, Deutschen und Franzosen.

Während El Batey sehr ruhig und gepflegt wirkt, pulsiert in Charamico das Leben: in den Cafeterias und Restaurants wird ohrenbetäubende Merengue-Musik bis in die Morgenstunden gespielt, es wimmelt von Menschen und Motorrädern. Das Leben spielt sich weitgehend auf der Straße ab - die Wohnungen sind wohl zu klein, um sich darin aufhalten zu können.

Nur einige wenige Touristen verirren sich in die einheimischen Restaurants, obwohl die Preise um einiges niedriger sind als in El Batey und hier das herrscht, was man klischeehaft als "karibischen Lebensstil" bezeichnet. Dem touristischen Blick verborgen bleibt allerdings das eigentliche Wohngebiet der Sosuaner hinter der Hauptstraße: armselige Holzhäuser und -hütten entlang unasphaltierter Straßen, die sich bei Regen in schlammige Flüsse verwandeln. Hier sieht man keine gut angezogenen Menschen, sondern nackte Kinder mit aufgeblähten Bäuchen, die mit herumlaufenden Hunden und Schweinen spielen, Männer, die keine Arbeit haben und ihre Zeit schwatzend vertreiben, Frauen, die damit beschäftigt sind, irgendwie ihre vielköpfige Familie zu ernähren. Es gibt keine Müllabfuhr und keine Kanalisation, Abwasser und Abfall werden direkt vor dem Haus auf die Straße geschüttet. Der Kontrast zu den benachbarten Touristensiedlungen könnte kaum größer sein.

Neben fliegenden HändlerInnen, Souvenir- und KunstverkäuferInnen (von naiver Kunst aus dem benachbarten Haiti), männlichen und weiblichen Prostituierten, den "Sangi-Pangis" (junge Dominikaner, die von der Gesellschaft ausländischer Touristinnen leben) und Haarflechterinnen (meistens Haitianerinnen) gibt es einige Menschen, die Arbeit in den Hotels und Restaurants gefunden haben. Daß die Arbeits- und Lebensbedingungen der in der Tourismusindustrie Beschäftigten miserabel sind und der Nutzen des Tourismus in Frage gestellt werden muß, zeigt das folgende Beispiel eines Kellners in Sosua.

Antonio ist 33 Jahre alt, stammt aus der Hauptstadt Santo Domingo und arbeitet seit 10 Jahren als Kellner in Sosua. Nach dem Abitur hat er eine Hotelfachschule besucht und drei Semester Englisch an der Universität studiert. Da es in der Hotel- und Restaurantbranche unter den Beschäftigten eine große Fluktuation gibt, hat auch Antonio bereits bei vielen verschiedenen Arbeitgebern gearbeitet. Zur Zeit arbeitet er in einem Restaurant, das einem Kanadier gehört.

Antonio verdient etwa 1.400 dominikanische Pesos (RD$) netto im Monat, das sind ca. 196 DM.[1] Der Lohn setzt sich zusammen aus dem gesetzlichen Mindestlohn (1.120 RD$) sowie aus den zehn Prozent "servicio", die der Kunde zusätzlich zahlen muß. Allerdings behält der Besitzer nach Antonios Angaben einen Teil von diesem Bedienungsgeld für sich.

Von den 1.400 Pesos sind bereits die Steuern und Abgaben zur Renten- und Sozialversicherung abgezogen, vorausgesetzt, daß der Arbeitgeber sie korrekt abgeführt hat. Da der Lohn - zweiwöchentlich - bar gezahlt wird und es keine schriftliche Lohnabrechnung gibt, kann Antonio keine exakten Angaben über seinen Lohn und die Abzüge machen. Ebensowenig kann er kontrollieren, ob sein Lohn richtig berechnet wird.

Die Arbeitszeit beträgt offiziell acht Stunden am Tag bei einer Sechs-Tage-Woche, aber der Arbeitgeber entscheidet, wieviel täglich gearbeitet wird, was in der Praxis zwischen sieben und 17 Stunden bedeuten kann. Die Bezahlung für die Mehrarbeit liegt im Ermessen des Arbeitgebers.

Theoretisch stehen den Beschäftigten 15 Arbeitstage Urlaub zu, aber die meisten Beschäftigten nehmen ihn nicht in Anspruch, sondern arbeiten weiter und



lassen sich das Urlaubsgeld - falls es ihnen zusteht - auszahlen. Es gibt weder schriftliche Arbeitsverträge noch Kündigungsfristen, so daß der Arbeitgeber fristlos kündigen kann.

Bei Streitigkeiten, wenn es z.B. um unkorrekte Lohnzahlungen geht oder wenn der Arbeitgeber sich weigert, den Lohn auszuzahlen, haben die Beschäftigten keine Beschwerdemöglichkeit, da sie in Sosua weder gewerkschaftlich organisiert sind noch eine andere Interessenvertretung haben. Außerdem werden ihre Möglichkeiten, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, auch dadurch begrenzt, daß es unzählige Arbeitssuchende gibt, die täglich in den Restaurants und Hotels nachfragen. So herrscht das uneingeschränkte Recht des "Patrons", der die Arbeitsbedingungen und Löhne willkürlich zu seinen eigenen Gunsten gestalten kann (zum Beispiel müssen die Kellner zerbrochenes Geschirr aus eigener Tasche zahlen!). Die existierenden Arbeitsgesetze, deren Einhaltung ohnehin lasch kontrolliert wird, können die "Patrones" leicht durch Bestechung der zuständigen Behördenvertreter umgehen.

Im Vergleich zu Antonio ist jeder ausländische Tourist reich, obwohl Antonio zu den privilegierten Dominikanern zählt, da er zumindest über einen Arbeitsplatz und ein geregeltes Einkommen verfügt. Sein Lohn reicht jedoch gerade zum Überleben. Von seinem monatlichen Nettolohn (1.400 Pesos) muß er allein 260 Pesos für die Fahrt zum Arbeitsplatz ausgeben. Im Restaurant kann er zwar die Mahlzeiten zum halben Preis einnehmen, was aber immer noch immens teuer ist, da es sich um ein Touristenrestaurant handelt.

Leistet er sich täglich ein bescheidenes Frühstück und Mittagessen, so kostet ihn dies gut 1.000 Pesos im Monat. Bleiben noch 100 Pesos für Abendessen, Kleidung, Wohnen und Freizeit. Um leben zu können, muß er folglich beim Essen sparen - sprich hungern. Da er von seinem Lohn weder Wohnung noch Zimmer bezahlen kann, teilt er sich mit einem anderen jungen Mann einen Schlafplatz in einem Zimmer. Dort hat er keine Möglichkeit zu kochen oder Wäsche zu waschen, geschweige denn sich zurückzuziehen. Und da die Dominikanische Republik nur ein **Billiglohn**-Land ist, sind für ihn Anschaffungen wie ein T-Shirt, ein paar neue Schuhe oder eine Hose erst nach längerem Sparen und vielen Einschränkungen möglich. Für den Durchschnittstouristen würde Antonios Monatslohn kaum zwei Tage reichen! Trotz seines kärglichen Lebens denkt Antonio, daß der Tourismus seinem Land Nutzen bringt. Aus seiner Sicht hat er Recht, denn die Alternative wäre Schuheputzen oder Zeitungen verkaufen.

Raili Salmela

Anmerkung:
1) Die Gehalts- und Preisangaben beziehen sich auf den Stand vom Januar 1991



Die "reichhaltige karibische Küche" können sich nur AusländerInnen leisten

IWF saniert die Dominikanische Republik

In der Dominikanischen Republik ist die Förderung der Tourismusentwicklung Teil der IWF-Sanierungspolitik. Seit gut zwei Jahren ist die Insel - unter anderem als Sextourismusdestination bekannt - zum Ferienland Nummer eins der Karibik geworden. Die Mitte der 80er Jahre begonnenen Umschuldungsverhandlungen zwischen der Dominikanischen Republik und dem IWF wurden im April 1985 mit einem Beistandsabkommen abgeschlossen, das die Gewährung von Überbrückungskrediten in Höhe von 78,5 Mio. US-Dollar vorsah. Unter den bekannten IWF-Strukturanpassungsmaßnahmen - Abwertung, Schaffung von Industriezonen usw. - hatte der IWF besonders auch die verstärkte Förderung des Tourismus im Auge. In der Folge wurde mit Hilfe von ausländischem Kapital, unter anderem mit Krediten der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) der Ausbau touristischer Anlagen massiv vorangetrieben. Innerhalb von drei Jahren - von 1986 bis 1989 - hat sich die Anzahl Zimmer von 8000 auf 18 500 erhöht, das heißt mehr als verdoppelt. Die TouristInnenzahlen sind seit Beginn der 80er Jahre von 556 400 auf 1,2 Mio 1989 angestiegen, und die Deviseneinnahmen beliefen sich 1989 auf 700 Mio. US-Dollar, was einer knappen Verdoppelung seit 1985 gleichkommt.

Auf den ersten Blick drücken diese Zahlen eine durchwegs positive wirtschaftliche Entwicklung aus, haben doch durch den Tourismus die fehlenden Devisen erwirtschaftet werden können. Doch dieser erste Eindruck verkehrt sich ins Gegenteil, wenn die Fremdenverkehrsstatistik nicht mehr isoliert, sondern im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung betrachtet wird. Hier fällt zunächst auf, daß die direkte Wirkung des IWF-Diktats 1987 zu einer Steigerung des Bruttoinlandprodukts von 5 % führte, wobei 40 % auf den florierenden Bausektor zurückzuführen sind; mit anderen Worten auf den zu dieser Zeit mit allen Mitteln vorangetriebenen Ausbau touristischer Anlagen. Dieser aber hat einen Anstieg der Importe zur Folge und ist damit eine wesentliche Ursache für die seit 1987 negative Handelsbilanz. Zum Anstieg der Importe trug auch der forcierte Ausbau des Tourismussektors bei. Hotelneubauten und Infrastruktur werden überwiegend mit importierten Materialien und Geräten ausgestattet. Für die laufende Versorgung der Touristen müssen Nahrungsmittel und Getränke eingeführt werden. Die Regierung gibt an, daß rund 40 % der Deviseneinnahmen aus dem Tourismus für Importe dieses Sektors aufgewendet werden müssen. Es kann davon ausgegangen werden, daß der prozentuale Anteil der direkt wieder ins Ausland zurückfließenden Devisen noch größer ist als von der Regierung angegeben, da oft nur ein Bruchteil der notwendigen Infrastrukturbauten für den Tourismus in die Rechnungen miteinbezogen werden. Es bleibt also nur ein geringer Teil der so dringend benötigten Devisen im Land.

Marianne Gujer und Gaby Fierz
aus:
Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt, September 3/91



Ein Sieg ist noch kein Grund zum Jubeln

Goa im 'Visit India Year'



Warum in Köln am Hintern frieren? - Karneval in Goa

1987 sorgte im indischen Tourismuszentrum Goa erstmals eine Bürgerbewegung international für Schlagzeilen, als sie deutschen Chartertouristen mit Transparenten und Flugblättern unmißverständlich klarmachte, daß sie in Goa nicht willkommen sind. Mittlerweile mehren sich in Indien kritische Stimmen und Proteste gegen die aggressive Tourismuspolitik der Regierung, die 1991 in der weltweiten Werbekampagne "Visit India Year" gipfelte. Die Protestbewegungen sorgen zwar für einigen Aufruhr in der Tourismusbranche, müssen aber klar vor dem Hintergrund gesehen werden, daß Indien verstärkt auf den Tourismus setzt, der das Land aus seiner wirtschaftlichen Krise herausführen soll.

Im Einklang mit der internationalen Tourismusindustrie erarbeitete die indische Regierung über die letzten Jahre ein ehrgeiziges Förderungsprogramm, das einen massiven Ausbau des touristischen Angebots vorsieht. Die Zahl der Auslandsgäste soll bis 1995 nahezu verdoppelt, von 1,3 Millionen auf 2,5 Millionen gesteigert werden. Als Kernstück der Ausbaupläne wurde das Jahr 1991 zum "Visit India Year" erkoren und dafür mit rund 10 Millionen US-Dollar im Ausland die Werbetrommel gerührt. Die Werbekampagne war allerdings nicht gerade von Erfolg gekrönt: in den ersten sechs Monaten des Jahres gingen laut Schätzungen der "Times of India"[1] die internationalen Touristenankünfte um runde 40 Prozent zurück.

Bei der Regierung brach Katzenjammer über den Ausfall der erhofften und dringend benötigten Devisen aus. Die Schuld für den Flop wurde kurzerhand unvorhersehbaren politischen Ereignissen, dem Golfkrieg oder der Ermordung Rajiv Gandhis im Vorfeld der Wahlen zugeschoben. Und die Tourismuslobby forderte lautstark neue Werbeanstrengungen. Niemand schien sich indessen in diesen Kreisen grundsätzlich Gedanken zu machen über die Förderungspolitik dieses Wirtschaftszweiges, der sich als unzuverlässig und problematisch erweist.

Tourismusförderung um jeden Preis

Hatte man doch alles so schön geplant: ausländische Investoren für Luxusanlagen wurden mit einer seit Jahren kontinuierlich ausgebauten Palette von finanziellen Anreizen, Steuererleichterungen sowie Garantien für den freien Rücktransfer von Gewinnen ins Land gelockt. Für das "Visit India Year" bemühte sich die Regierung speziell um die - wie es in der Amtssprache so schön heißt - Verbesserung der Rahmenbedingungen für den freien Reiseverkehr. Visabestimmungen wurden gelockert, für Reisende gesperrte Regionen wieder zugänglich gemacht und bislang von Touristenströmen weitgehend verschonte Gebiete zur touristischen Erschließung freigegeben - z.B. Naturparks, Wildreservate, abgelegene Inselgruppen wie die der Westküste vorgelagerten Lakkadiven oder die von bedrohten Naturvölkern bewohnten Andamanen und Nikobaren in der Andamanen See.

Hauptattraktion des "Visit India Year" bildete der umfangreiche Festkalender, der ausländischen BesucherInnen die Kultur einzelner Regionen näher bringen sollte. Dabei wurde auf traditionelle Werte der Bevölkerung wenig Rücksicht genommen, was bezeichnend ist für die offizielle Tourismuspolitik. Feste, die nicht in die Tourismussaison fielen, wurden zum Teil einfach verschoben. Wo die Planung allzu mager auszufallen drohte, wurden neue Kultur-Happenings wie "Food Festivals" oder pittoreske Ochsenkarrenrennen geschaffen und sogar Autorallyes oder Heli-Skiing im Himalaya als Kulturanlässe vermarktet.

Wachsender Widerstand

Auch von der Durchführung der "Camel Trophy" versprachen sich die Tourismuspromotoren eine hohe Werbewirkung für Extremsportarten und Abenteuertourismus. Massive Proteste von Umweltgruppen trugen jedoch dazu bei, daß die für Mai 1991 in Indien geplante Rallye von den Veranstaltern kurzfristig nach Tanzania-Burundi verlegt wurde[2].

Denn der Ausverkauf von Natur und Kultur, der schonungslose Umgang mit Ressourcen und die Vermarktung traditioneller Werte stößt zunehmend auf Widerstand bei den BewohnerInnen betroffener Gebiete. Lokale Gruppen in verschiedenen Bundesstaaten und nationale Organisationen wie "INTACH" (Indian

National Trust for Arts, Culture and Heritage) setzen sich aktiv zur Wehr gegen die Tourismuspolitik, die ihnen, entgegen den Versprechungen der Regierung, keine nachhaltige Entwicklung bringt, sondern ihre Existenzgrundlagen gefährdet[3].

In Goa propagierte der offizielle "Visit India Year"-Festkalender ausgerechnet den Karneval als typisch goanisches Spektakel, dessen Durchführung von der Bürgerbewegung seit einigen Jahren erfolgreich verhindert werden konnte. Die in der ehemals portugiesischen Kolonie noch lebendige Tradition des Karnevals war längst zu einer puren Touristenattraktion verkommen und wird von vielen BewohnerInnen als Verhöhnung ihrer Kultur empfunden. So löste das Vorhaben der Behörden heftige Proteste von seiten der Bürgerverbände, Frauenorganisationen und Kirchen aus. Mit Erfolg, denn der Karneval wurde auch im "Visit India Year" nicht durchgeführt.

Unermüdlich greift die seit 1987 aktive Bürgerbewegung, die mittlerweile von einer Vielzahl von Organisationen mitgetragen wird und die auf breite Unterstützung in der Bevölkerung zählen kann, die Probleme auf, welche die massive Tourismusentwicklung produziert: Wassernutzungskonflikte, Landenteignungen, Drogenmißbrauch und -handel, Korruption in der Verwaltung, Prostitution und Aids (s. Kasten,[4]).

Der Ausbau des Luxustourismus, wie er von der lokalen Regierung zusammen mit den nationalen Tourismusbehörden, internationalen Beratungsfirmen und der Welttourismusorganisation (WTO) intensiv gefördert wird, verursacht bei den EinwohnerInnen berechtigte Existenzängste. Ihr Lebensraum, ihre Rechte und Interessen werden der Logik der Förderungspolitik geopfert, während ausländische Investoren und internationale Hotelketten eifrigst umworben und mit Investitionsanreizen und anderen Vergünstigungen richtiggehend subventioniert werden.

Hotellerie auf Abbruchkurs

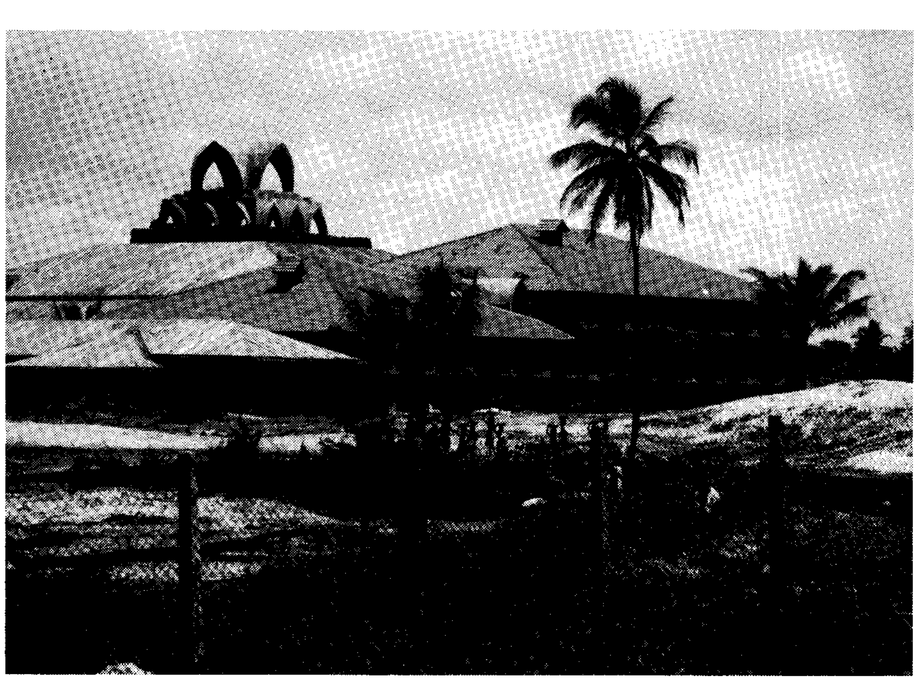
Die Wachsamkeit der Bürgerbewegung in Goa richtet sich denn auch besonders auf den Bau der Luxusanlagen und Hotelkomplexe, die in den letzten Jahren unter sträflicher Mißachtung sämtlicher Umweltgesetze entlang Goas Stränden erstellt worden waren. Umweltverbände hatten bislang ziemlich erfolglos gegen die permanenten Verstöße gegen Bauvorschriften und bestehende Gesetze prozessiert.

Doch unversehens - quasi als Auftakt des "Visit India Year" - erhielt der Rechtsstreit neuen Auftrieb, als Ende 1990 der von Regierungskrisen gebeutelte Bundesstaat Goa vorübergehend der Zentralverwaltung in Delhi unterstellt wurde. Auf Druck des staatlichen Umweltministeriums machten lokale und regionale Planungsämter plötzlich ernst mit der Durchsetzung von Gerichtsurteilen, die längst gegen Hotels gefällt worden waren. Keineswegs zur Freude der Hotelbetriebe, die ohnehin schon schwer unter der vom Golfkrieg strapazierten Tourismuskonjunktur litten.

Ein harter Schlag traf das mit der schweizerischen Hotelkette Kempinski und Lufthansa liierte Leela Beach Hotel, dem am 5. Januar den Strom abgeschaltet wurde, weil seine illegal erstellten Anlagen nicht innerhalb der gesetzten Frist abgebrochen worden waren. Die Entstehungsgeschichte dieses Hotels - wie sie von Claude Alvares, dem engagierten Mitstreiter der Umweltorganisation "Goa Foundation" aufgezeichnet wurde[5] - liest sich in der Tat wie ein Fort-setzungs-Krimi. Seit Beginn der Bauarbeiten am Leela Beach Hotel hatte die "Goa Foundation" eine Klage nach der anderen wegen fortgesetzter Verletzungen von Umweltvorschriften bei den zuständigen Behörden eingereicht. So wurden verschiedene Bauten innerhalb der 200 Meter breiten Strandschutzzone erstellt, Sand abgetragen, ein künstlicher See ausgehoben und Brunnen gebohrt, was unabsehbare Folgen für den Süßwasserhaushalt und das ökologische Gleichgewicht des Hinterlandes haben kann. Zudem wurde die Anlage auch im öffentlichen Strandbereich mit Stacheldraht eingezäunt.

Mit einem solchen Sündenregister steht das Leela Beach nicht allein da. Die meisten Luxushotels - darunter wohlklingende Namen internationaler Hotelketten wie Ramada, Radisson etc. - und verschiedene Mittelklassehäuser wurden aufgrund ähnlich massiver Verstöße gegen die Umweltgesetze verurteilt. Die Hoteleigentümer fanden bislang aber, im Einvernehmen mit den von ihnen gehätschelten Regierungsverantwortlichen, immer Mittel und Wege, von Behörden verordnete Baustopps und gerichtlich verfügte Abbruchverordnungen zu umgehen.

Die Unterbrechung der Strohmzufuhr für das Leela Beach Hotel, obwohl vom Gesetz als Druckmittel für solche Fälle vorgesehen, traf die Tourismuslobby unvorbereitet. Diese unkonventionelle Maßnahme war anscheinend auf die erst kurz zuvor erfolgte Wiedereinsetzung von Maneka Gandhi im staatlichen Umweltministerium zurückzuführen. Diese engagierte Politikerin hatte sich bereits früher verschiedentlich mit ihrer harten Gangart gegen Umweltsünder in Tourismuskreisen unbeliebt gemacht. Das Druckmittel verfehlte seine Wirkung nicht, denn Leela Beach und andere Hotels begannen in den darauffolgenden Tagen mit dem Abbruch einiger der illegalen Anlagen.


Bauarbeiten am Leela Beach Hotel **Foto: H.R.Müller**

Ein bißchen Abbruch löst die Probleme nicht

Mit der Einsetzung der neuen Lokalregierung Ende Januar kamen jedoch die Abbruchverfahren schnell zum Erlahmen. Was effektiv abgebrochen wurde, blieb weit hinter den gerichtlichen Forderungen und den Erwartungen der Umweltverbände zurück. Außerdem - so der nüchterne Kommenar von Roland Martins, dem Sekretär des "Jagrut Goenkaranchi Fouz" (JGF), der "Bewegung der Wachsamen Goaner" - könne auch der Abbruch einiger illegaler Bauten das Problem nicht lösen, daß Goas Tourismus von multinationalen Firmen kontrolliert werde.

In den vergangenen Monaten wurden erneut für 15 Luxushotels Baubewilli-

Dr. Freddy's "Waisenhaus

Mit Bestürzung und Empörung mußte Goas Bevölkerung im vergangenen April erfahren, daß die andernorts bekannten üblen Begleiterscheinungen des Tourismus, nämlich Sexgeschäft und Kinderprostitution, auch vor Goas Türen nicht Halt machen. Der staatenlose "Alt-Hippie", der sich als Dr. Freddy ausgab, betrieb seit Jahren in Goa ein "Waisenhaus", das sich als Drehscheibe für Kinderprostitution, Produktionsstätte für Kinderpornos und Kinderhandel im großen Stil entpuppte. Auf Anzeige zweier geschädigter Jungen fand die Polizei bei ihrer Hausdurchsuchung Tausende von einschlägigen Fotos und klare Hinweise darauf, daß die sogenannten Waisenkinder regelmäßig an Pädophile und Sextouristen verschachert und zum Teil ins Ausland, unter anderem in die Bundesrepublik, versandt wurden. Die Bürgerbewegung verlangte umgehend eine sorgfältige internationale Untersuchung, denn sie befürchtet, dieser Fall könnte bloß die Spitze des Eisbergs sein. Polizei und Behörden reagierten allerdings völlig hilflos. Dr. Freddy wurde zwar inhaftiert, kurze Zeit später aber gegen Kaution wieder freigelassen. Er kann so sein Unwesen unbestraft anderswo und allenfalls unter neuem Namen weitertreiben.



gungen erteilt, ohne ihre Umweltverträglichkeit zu prüfen, geschweige denn ihre sozialen Folgen in Betracht zu ziehen. "Entweder ist unsere Regierung so naiv, daß sie glaubt, die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Kosten einer solchen Entwicklung blieben Goa erspart. Oder aber sie nimmt die Zerstörung von Goas Bevölkerung und Kultur bewußt und billigend in Kauf", schreibt JGF in ihrer Pressemeldung vom Juni 1991. Deshalb will JGF als eine der aktivsten Gruppen der Widerstandsbewegung auch in der laufenden Saison verstärkt die Aufmerksamkeit auf die Empfehlungen der WTO lenken, die in ihrem 1989 veröffentlichten Masterplan einen gigantischen Ausbau des Tourismus in Goa - beispielsweise die Invasion von 16.000 TouristInnen täglich - vorsieht.

Sicherlich waren die Abbruchskandale den Werbeaktivitäten rund um das "Visit India Year" nicht gerade förderlich. Insbesondere Goas Hotellerie kamen sie teuer zu stehen, mußte sie doch nicht nur die aufwendigen, technisch zum Teil sehr schwierigen Abbruchverfahren bezahlen, sondern auch noch tief in die Tasche greifen, um ihr angeschlagenes Image wieder aufzupolieren. Dazu ließ sie sich einiges einfallen: goanische Folkloregruppen wurden auf Werbetournee in englische Warenhäuser geschickt. Mit Billigangeboten und Spezialprogrammen versuchte sie auch während der Monsunzeit Kundschaft anzulocken; zum Beispiel Schriftsteller aus Europa und Japan, in der Erwartung, daß diese das reizvolle touristische Angebot preisen. Neue Wassersportanlagen, Golfplätze und Vergnügungsparks sollen Goas Aktivität auf dem Tourismusmarkt erhöhen.

Noch attraktiver wurden auch die Investitionsbedingungen für ausländische Geldgeber nicht nur in Goa, sondern in ganz Indien. Der multinationalen Tourismuslobby kam die Verschuldungskrise zu Hilfe, die sich in Indien im vergangenen Sommer drastisch zuspitzte und die Regierung zwang, im Vorfeld eines neuen Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds nun auch Mehrheitsbeteiligungen ausländischer Investoren an indischen Projekten - zum Beispiel Hotels - zuzulassen[6].

Die intensivierten Förderungsmaßnahmen scheinen Früchte zu tragen. Laut Aussagen des Indischen Fremdenverkehrsamtes Frankfurt hat sich das Tourismusaufkommen zum Jahresende weitgehend normalisiert. Condorflüge nach Goa sind über die Feiertage ausgebucht; Reiseveranstalter wie TUI oder ESCO in der Schweiz rühren mit Sonderangeboten und bunt aufgemachten Extraprospekten mehr denn je die Werbetrommel für Goa. Sogar der Studienreiseveranstalter Klingenstein, der angesichts der Protestbewegung werbewirksam auf Reisen nach Goa verzichtet hatte, bietet nun in seinem neuesten Katalog Goa wieder an.

Das Tourismusbusiness zeigt Nerven

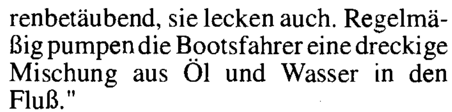
Erfolge von Protestaktionen der Bewegungen, die sich für die Rechte der breiten Bevölkerung in Tourismusgebieten einsetzen, scheinen laufend gefährdet. Daß die Tourismuswelt jedoch durch die Widerstandsbewegungen an einer empfindlichen Stelle getroffen wird, zeigt die Tatsache, daß sie äußerst gereizt auf Kritik reagiert und KritikerInnen systematisch zu diskreditieren versucht. So werden einzelne Gruppen und Persönlichkeiten der Bürgerbewegung in Goa immer wieder von lokalen und internationalen Tourismuskreisen beschuldigt, sie seien fremdgesteuert und würden finanzielle Unterstützung aus dem Ausland für ihre "Extremistenaktivitäten" erhalten.

Wer den Forderungen der Bürgerbewegung hier Gehör verschafft und über das Vorgehen hiesiger Reiseveranstalter und Hotelketten in Goa berichtet, darf damit rechnen, von den entsprechenden Tourismusvertretern der verleumderischen Fehlinformation und böswilligen Unterstellung bezichtigt zu werden. Wenn aber das internationale Tourismusbusiness Nerven zeigt - wenn renommierte Vertreter der Branche wie ESCO-Geschäftsleiter Peter Waldner oder Leela Beach-Manager Roel J. Schallig sich unversehens in der Fachzeitschrift "Travel Inside"[7] zu Wort melden, um zu betonen, wie umweltfreundlich sie seien und wie bemüht um das Wohlergehen der gastgebenden Bevölkerung in Goa, so offenbart dies tiefsitzende Ängste und Befürchtungen seitens der Tourismusindustrie.

Christine Plüss
(Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung Basel)

Anmerkungen:

(1) Times of India, 20.6.91
(2) Yörn Kreib: Tourismus in/nach Indien - Grundlagen für die Kleine Anfrage des Abgeordneten Konrad Weiss und der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen an den Bundestag (10.7.91). Die Anfrage kam auf Anregung des Indienbüros (Luitpoldstr. 20, D-8036 Herrsching) zustande, wo mittlerweile auch die Antwort des Bundestages vorliegt.
(3) Paul Gonsalves: Visit India Year - A critique. Stellungnahme der entwicklungspolitischen Organisation EQUATIONS, Bangalore, Indien, Oktober 1991
(4) vgl. Mechtild Maurer: "Kommen Sie nicht nach Goa", blätter des iz3w, Februar 1990
(5) Claude Alvares: A Ministry that works, The illustrated weekly of India, 9./10.2.91
(6) Visit India Year falls flat, Far Eastern Economic Review, 15.8.91
(7) Travel Inside 22.5., 10.7., 13.11.91



'Sanfter Tourismus' in der Türkei

Die TouristInnen reagieren zunehmend sensibler auf Umweltschäden an ihrem Urlaubsort. Verschmutzung der Strände, des Wassers, die Küstenbebauung oder die verschiedenen Abfallprobleme beeinflussen immer öfter die Entscheidung, wo der nächste Urlaub verbracht wird. Bei einer kleinen Befragung im türkischen Küstenstädtchen Kas zeigten sich die UrlauberInnen sehr umweltbewußt: Über 26 Prozent der Befragten hielten die touristische Bebauung für "katastrophal" und fast 28 Prozent für "teilweise verfehlt"; nur etwa 6 Prozent empfanden sie als "gut gelungen". Die fehlende Integrierung in das Orts- und Landschaftsbild wurde genauso bemängelt wie die billigen und schnell hochgezogenen touristischen Anlagen (vgl. Ruhland 1991, 154ff). Die Tourismusunternehmen haben die Zielgruppe der 'Sanften TouristInnen' als profitablen Markt längst entdeckt, wie die folgenden Beispiele aus der Türkei zeigen.

Kein Wunder, daß ein "sanfter" Anbieter mit einem "integrativen Tourismus- und Umweltschutzkonzept" wie STRELO (Soft Tourism Responsibility for Earth and Life Organisation) ein erhebliches Echo in der Fachpresse und auf den Urlaubsseiten der Zeitungen gefunden hat: "Mit einem in seiner Art einmaligen Konzept wird derzeit im türkischen Badeort Dalyan versucht, ein Projekt für Sanften Tourismus zu verwirklichen", war in der touristischen Fachpresse zu lesen. Die Idee, die hinter dem wohlklingenden Namen steckt, ist denkbar einfach: Die Gäste buchen mit ihrer Reise ein Programm, das sie vom berühmten Dalyaner Schildkrötenstrand fernhalten soll. Vorgestellt wird dieses Konzept unter anderem in einer Presse-Information mit dem klangvollen Untertitel "Tourismus mit Ethik", nichtssagende graphische Darstellungen lassen die Handschrift des Ingenieurs und STRELO-Gründers Thomas Pawlik erkennen. Von der "Ersten internationalen Touristik-, Umwelt- und Kulturwoche", zu der STRELO in das selbsternannte "Zentrum für neue Wege im Tourismus" nach Dalyan einlud, kamen zumindest einige der eingeladenen ReisejournalistInnen desillusioniert zurück. So berichtet Ulf Böhringer in der "Sonntag Aktuell" vom 1.12.91, daß Thomas Pawlik mit dem Verhalten "seiner" Gäste sehr zufrieden sei, da sie in zwei Urlaubswochen nur dreimal den Strand besuchten und ansonsten am Programm, wie Küsten-Bootstouren, Wanderungen und anderen Aktivitäten teilgenommen hätten. Pawlik meint, "daß Dalyan nur dann nicht dem üblichen Massentourismus zum Opfer fällt, wenn die STRELO-Idee sich durchsetzt". Dazu sei es aber nötig, "daß ganz Dalyan ein Hotel wird." Ein STRELO-Hotel natürlich, Pawlik versucht deshalb, möglichst viele Hoteliers mit Verträgen an sich zu binden.

Bei einer Versammlung vor Ort mußte Pawlik aufgrund der hartnäckigen Fragen der Einheimischen und der Pressevertreter Farbe bekennen: "Wir machen keinen Sanften Tourismus. Wir werben mit attraktiven Begriffen, wie andere Reiseveranstalter das auch tun." Er mußte zugeben, daß dies alles mit Umwelt- und Naturschutz nichts zu tun hat.

Die Reisejournalistin Gerlinde Geffers über ihre Erfahrungen nach einer Woche STRELO-Programm:

"MitarbeiterInnen einer türkischen Naturschutzorganisation werfen ihm Etikettenschwindel mit dem Wort Naturschutz vor und haben STRELO untersagt weiterhin mit ihrem Namen zu werben. Daß auch längst nicht jeder Urlaubsgroschen in die Taschen der örtlichen Geschäftsleute fließt, wird schließlich auf der Versammlung im Rathaus offenkundig. STRELO-Mitarbeiter knöpfen den Barbesitzern unberührt von ihren eigenen Tourismus-mit-Ethik Parolen 15 Prozent Provision ab, wenn sie Gäste bringen." Es scheint wahrhaftig keine Alternative, die Touristen zum Beispiel mit Bootsfahrten vom Schildkrötenstrand fernzuhalten, wenn man den Eindruck einer Bootsfahrt von Gerlinde Geffers liest: "Die Vögel bleiben im Schilf, heißt es, sich vor den über 250 Motorbooten zu verstecken, die hier im Sommer tagtäglich verkehren. Deren alte Motoren knattern nicht nur ohrenbetäubend, sie lecken auch. Regelmäßig pumpen die Bootsfahrer eine dreckige Mischung aus Öl und Wasser in den Fluß."

STRELO wird zu Recht vorgeworfen mit dem Deckmäntelchen 'Sanftes Reisen' schnelles Geld machen zu wollen: Reinigungsaktionen, die angekündigt wurden, sind nicht durchgeführt worden, genausowenig wie der Bau von Kläranlagen, die STRELO versprochen hatte. Die "bevorzugte wirtschaftliche Unterstützung der Einheimischen", wie sie aus der Presse-Information der 'STRELO Informations-Zentrale' hochtrabend versprochen wird, scheint eher ein in- die- eigene-Tasche-Wirtschaften zu sein.

Die Explosion der Touristenzahlen in Dalyan hat dagegen mit dem deutschen Unternehmen nichts zu tun. Ihr Ursprung liegt in der breitangelegten Berichterstattung über ein Hotelprojekt, das in der Nähe des Strandes, an dem die unechte Meeresschildkröte ihre Eier ablegt, geplant war. Das Hotel wird wegen des internationalen Protests von UmweltschützerInnen nicht gebaut. Aber durch die Berühmtheit von Dalyan kommen die Natur-Schaulustigen. Deshalb klagt der Schweizer Kuno Steuben, der schon viele Jahre in Dalyan lebt, im Magazin "Stern": "Nichts Schlimmeres konnte uns passieren, als die Schildkrötendebatte."

Kohle machen wir mit Flugtickets

Aber Dalyan ist nicht der einzige Versuch, sanften Tourismus in der Türkei anzubieten. Max-Reisen wirbt mit einer auf Umweltpapier gedruckten Loseblattsammlung: das Half Moon Hotel in Bodrum wird angeboten, Ferienhäuser von privat, sowie Segeltörns. "Eine Traumfahrt durch die mittlerweile unter Naturschutz stehenden Buchten zwischen Bodrum und Fethiye", kündigt der Prospekt an. Der Macher von Max-Reisen, Manfred Schiedeck, ist mittlerweile auch Geschäftsführer der Interessengemeinschaft "Sanftes Reisen", in der sich Reisebüros und Unternehmen mit "Sanften" Ansätzen im Frühjahr 1991 zusammengeschlossen haben. Bei einem Telefonat erklärte er, daß das Geld für die Unterkunft und die Verpflegung bei den Besitzern der Mittelklassehotels in der Türkei bliebe -



entsprechend den Kriterien eines sozialverträglichen Tourismus. Das Geld würde dort ordentlich versteuert und mehr als ein paar tausend Mark im Jahr blieben da sowieso nicht übrig und davon müßten die ReiseleiterInnen vor Ort bezahlt werden. "Die Türkei ist ein Verlustgeschäft - unsere 'Kohle' machen wir mit dem Verkauf von Flügen hier im Reisebüro. Das bringt 2,5 Mio. DM Umsatz im Jahr," erklärt Schiedeck bereitwillig und klärt gleich weiter auf: "Die Billigflieger sind die größten Umweltverschmutzer; das sind die alten Jets, die mit uralten, lauten und kerosinfressenden Triebwerken fliegen. Der neue Airbus etwa ist wesentlich umweltfreundlicher, dafür sind die Flüge mit ihm entsprechend teurer." Ein "Sanfter-Tourismus-Unternehmer", der in der Türkei kein Hotel ins Programm aufnimmt, das nicht mit dualem Abfallsystem (Trennung von Müll und Kompost) ausgestattet ist und sich zu Recht über die türkische Müllentsorgung entsetzt: "Die Müllabfuhr dort ist umsonst, der Hotelier hat somit keine Kosten, warum sollte er Müll einsparen?" Aber der Gegensatz ist schon bemerkenswert: In der Türkei als Saubermann auftreten und in Deutschland die Haupteinnahmen mit dem umweltschädlichsten Verkehrsmittel überhaupt machen.

Trotz eines stetig wachsenden Kundenstammes sind auch an Max-Reisen die Einbrüche wegen des Golfkrieges nicht spurlos vorübergegangen: Er habe notgedrungen die Kanarischen Inseln verkauft, erzählt Schiedeck. Auf das Thema Menschenrechte in der Türkei angesprochen, wiegelt er ab: "Als Reiseanbieter muß man da taub, stumm und blind sein; politisch können wir leider nicht tätig werden, aber ich habe damals die Werbung eingestellt... Wenn es in der Türkei weiter unsicher geblieben wäre, hätten wir nicht weiter auf sie setzen können. Die Konsequenz hätte auch heißen können, nach Mecklenburg (Ostdeutschland) zu gehen und dort Tunesien zu verkaufen." Eine Antwort, die auch ein Manager der die führenden Unternehmen der Branche hätte geben können. Die "Großen", wie Manfred Schiedeck die TUI und NUR nennt, die sich jetzt auch ein Stück Marktanteil am "Sanften-Tourismus-Kuchen" herausschneiden wollen.

Den UrlauberInnen überläßt er selbst die Anreise in die Türkei: umweltfreundlich mit der Bahn oder weniger umweltgerecht mit dem Auto oder umweltschädlich mit einem bei ihm gebuchten Flug. Er stattet sie aber vor der Reise mit Informationsmaterial vom „World Wildlife Fund“ und von der „Gesellschaft für Umwelterziehung“ aus. Die Gesellschaft für Umwelterziehung verleiht die"Blaue Flagge", ein in der Tourismusszene umstrittenes Gütesiegel, das aber von Schiedeck favorisiert wird. (Mit der Blauen Flagge werden Orte ausgezeichnet, deren Strand und Meer der Wasserqualität der EG-Norm entsprechen und die andere Auflagen erfüllen. Andere Kriterien für ein umweltverträgliches Reisen bleiben weitgehend unberücksichtigt. Das Schweizer Reiseunternehmen "Hotelplan" hat die "Blaue Flagge-Strände" bereits in seinen Prospekt aufgenommen).

Vorbereitungsseminare bietet Manfred Schiedeck seinen Kunden nicht an: "Der Kunde ist mit sowas überfordert." Dafür gibt er ihnen aber eine "Zehn Gebote des Sanften Tourismus" mit auf die Reise. In ihnen werden die Kunden aufgefordert kein "Fast Food" zu essen, "nicht in Häusern aus Stahl und Beton zu wohnen", "nicht in verseuchtem Wasser zu baden und aus vergifteten Brunnen zu trinken" und, zum Beispiel, in Gebot 9, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren: "Du sollst Dein Auto in der Garage lassen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln in den Urlaub fahren." Vielleicht sollte Manfred Schiedeck durch ein Gebot auf seine Inkonsequenz hingewiesen werden: "Du sollst Deinen Kunden keine Flugtickets verkaufen, da sie mit dem Flugzeug das umweltschädlichste Verkehrsmittel gewählt haben."

Bahnfahrten sind nicht gefragt

Dr. Koch Reisen, der den Club Natura Oliva nahe der Ägäisküste betreibt, versendete Anfang März 1991 einen Brief an seine KundInnen mit dem Hinweis, daß sich die Türkei heute als äußerst sicheres Reiseland darstelle. Und um die Gästezahlen zu erhöhen, wurden besondere Angebote offeriert. Bei Dr. Koch, scheint es nicht den Grundsatz "taub, stumm, blind" zu geben. Zumindest mit caritativen Maßnahmen wollte sich das Reiseunternehmen von den Mitanbietern abheben und teilte in einem Rundbrief mit, daß eine Reiseleiterin eine Hilfsaktion für die kurdischen Flüchtlinge an der irakischen Grenze durchgeführt habe: 6,5 Tonnen Hilfsgüter seien an die Menschen direkt verteilt worden. Bei den angebotenen Reisen stehen die Tier- und Pflanzenbeobachtungen im Vordergrund, dabei wird laut Katalog das umweltgerechte Reisen nicht erst seit kurzer Zeit, sondern schon seit mehr als 15 Jahren betrieben. In den Anfangszeiten des Dr. Koch-Ablegers "Club Natura Oliva", 1984 und 1985, bot der Veranstalter sogar eine umweltfreundliche Anreise mit der Bahn in die Türkei an. Allerdings gab es größere organisatorische Probleme mit der Bahn und von der Kundschaft wurde das Angebot nicht angenommen, wie der Mitarbeiter Max Kasparek anmerkt. Dafür, so versichert er, würden die meisten türkischen MitarbeiterInnen im Club Natura ganzjährig angestellt, um ihnen ein gesichertes Einkommen zu garantieren. In den Clubs macht man sich seit einigen Jahren Gedanken über die Wasserversorgung, die in der Türkei mancherorts problematisch ist: So wurde eine eigene Quelle am Bafa-See, dem Standort des Club Natura Oliva, für das Trinkwasser angezapft und aus Wasserersparnisgründen das Brauchwasser separat aus dem See gezapft. Selbstverständlich, erklärt Kasparek, haben die Clubanlagen ein durchdachtes Abfallkonzept. Zur Vorbereitung bekommen die KundInnen umfassende Informationsmaterialien über das Zielgebiet inklusive einem Sympathie-Magazin "Türkei verstehen" zugesandt. Vorbereitungsseminare für die KundInnen und ReiseleiterInnenschulungen werden keine durchgeführt, dafür wird jährlich ein Treffen abgehalten, bei dem sich KundInnen und ReiseleiterInnen austauschen können.

Keines der "Sanften-Tourismus"-Angebote kann so richtig überzeugen: Die saubere Umwelt und die sanften Hotels sind gute Verkaufsargumente. Bei der Anreise ziehen die Veranstalter und die Reisenden jedoch meist das Flugzeug den umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln vor. Bei Dr. Koch Reisen, die zumindest das Angebot mit dem Zug ihren Kunden offeriert hatten, fehlen trotzdem wichtige Voraussetzungen, damit auch hier von einem sanften Tourismus gesprochen werden könnte, der auch sozialverantwortlichen Kriterien genügt. Da z.B. Dr. Koch und seiner Frau die Clubs in der Türkei gehören, bleibt bei diesen Pauschalangeboten, die Flug, Unterkunft und Verpflegung umfassen, der größte Teil der Reisekosten in Deutschland und kommt nicht den Bereisten zugute. Außerdem hat die lokale Bevölkerung sicherlich kein Mitspracherecht beim Ausbau der Clubs und Gestaltung dieser Reiseangebote.

Aber wie sagte die profilierte Tourismusprofessorin Felizitas Romeiß-Stracke in ihrer Generalabrechnung mit dem Sanften Tourismus: "Jeder Mensch, jeder Urlauber hat eine Seele. Auch die Seele der fußkranken Hausfrau aus Böblingen, selbst wenn sie in Massen auftritt, will fliegen." Bei den reichen MitteleuropäerInnen ist es eben gerade "in" im umweltgerechten Hotel Urlaub zu machen. Die TouristInnen können es sich leisten, in "Sanften Hotelanlagen" zu wohnen, während sich die türkischen UrlauberInnen in häßlichen Appartementhäusern drängen.

Jürgen Hammelehle

Quellen:

"Die Zeit" vom 23.03.90
Fremdenverkehrswirtschaft International (fvw) Nr. 3/91;7/91
Merhaba, Zeitschrift des Vereins Informationsstelle Türkei Nr. 3/89, Basel
Riegler, Elfie: "Von Natur aus höfliche und gutmütige Einheimische" in "Die Weltwoche" Nr. 46, 15.11.90
Romeiß-Stracke, Felizitas: "Künftige Entwicklungen der Nachfragestrukturen im Tourismus", Vortrag auf der DRV-Jahrestagung in Innsbruck, 1991
Sonntag Aktuell vom 1.12.91
Touristik R.E.P.O.R.T. vom 27.11.90 "Zwischen Anspruch und Wirklichkeit"
Ruhland, Michael: Strukturwandel der Kleinstadt Kas an der türkischen Südküste durch den Fremdenverkehr, Marburg 1991

**Vorabdruck mit freundlicher Genehmigung aus:
Gaby Fierz u.a. (Hrsg.):
Türkei: Ferienland - Fluchtland,
Rotpunktverlag Zürich
Erscheinungstermin: April 1992**

Literatur zum Thema Tourismus

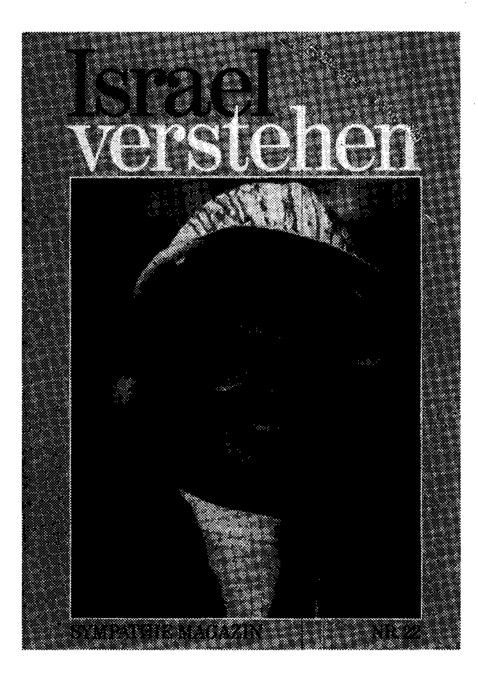
"Israel verstehen"

Daß der Durchschnittstourist sich vor Antritt seiner Reise selten ausreichend über Kultur und Gesellschaft seines Reiselandes informiert, daß er daher im Umgang mit der Bevölkerung vor Ort in der Regel alles falsch macht und keine Peinlichkeit ausläßt, das ist bekannt und nicht sehr erfreulich.

Vor diesem Hintergrund sind zunächst alle Versuche zu begrüßen, dem Reiseentschlossenen leicht verständliche und schnell zugängliche Hintergrundinformationen über sein Reiseland an die Hand zu geben. Auch die Bemühungen des Starnberger Studienkreises für Tourismus, der eine kleine Reihe ("Sympathie-Magazin") herausgibt, deren Einzeltitel dem Leser jeweils ein Land nahebringen sollen: "Kenya verstehen", "Ägypten verstehen", "Thailand verstehen" usw. heißen die einzelnen Ausgaben. Etwa 25 Länder sind es bislang, die von Reiseinteressierten dank den Bemühungen des Starnberger Kreises nun besser verstanden werden können. Seit Frühjahr 1991 gehört zu diesen Ländern auch Israel.

Das Vorwort des Herausgebers verspricht eine solide informierende Broschüre: Neben dem Alltag der Menschen in Israel, der in unserer Medienberichterstattung zu kurz komme, so der Herausgeber, soll auch der Konflikt um die besetzten Gebiete thematisch einen wichtigen Platz in der Broschüre erhalten: "Israel und die Israelis besser zu verstehen, bedeutet freilich auch die Notwendigkeit, die "andere Seite" der Barrikade zu verstehen - solange jedenfalls, wie das zentrale Problem der besetzten Gebiete und der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung nicht gelöst ist...".

Aber wie ist die Umsetzung des schönen Vorhabens gelungen? Die Broschüre umfaßt 38 Kurz-, zum Teil Kleinstbeiträge auf insgesamt 51 Seiten. Alle relevanten Themen werden irgendwo auf diesen 51 Seiten zumindest einmal kurz gestreift, einige davon auch etwas tiefschürfender behandelt. Aber thematische Vielfalt und versuchte Vollständigkeit machen noch keine gute Broschüre. Ins Auge springt zunächst der Verzicht auf einen irgendwie gearteten Aufbau. Die



Kurzbeiträge sind in geradezu wilder Folge aneinandergereiht, die niveauvolleren und auch die in die Geschichte zurückgehenden Beiträge konzentrieren sich eher im hinteren Teil des Bändchens.

Aber warum? Warum muß am Anfang ein informationsarmer Beitrag über Jerusalem plaziert sein, der allenfalls ein touristisches Interesse für die Sehenswürdigkeiten der Stadt zu wecken vermag?

Und an zweiter Stelle ein schlechter Beitrag über die Geschichte der Besiedlung Palästinas und der Einwanderung nach der Staatsgründung, der die mit der Einwanderung verbundenen Konflikte schlicht ausspart? Kein Wort verliert der Autor dieses Artikels über die Diskriminierung der aus den orientalischen Ländern stammenden jüdischen Neueinwanderer, kein Wort über die Politik, die derzeit mit den Neueinwanderern aus der Sowjetunion gemacht wird. Und das stärkste Stück gemessen am Anspruch des Vorworts, auch die Palästinenser zu verstehen: ihre Existenz wird in diesem Artikel mit keinem Wort erwähnt.

Der achte Beitrag ist der erste, der sie in seinem Titel führt, genauer ihren Aufstand, die Intifada. Für das "Verstehen" der Intifada allerdings reichen die paar Zeilen, die der Autor ihr widmet, längst nicht aus. Zumal er auch Informationen zu ihrer Vorgeschichte, der israelischen Besetzung der Westbank und des Gazastreifens und zur folgenden Besatzungspolitik einfach wegläßt.

Erst der 22. Beitrag des Heftes (S.30) greift das Thema besetzte Gebiete und Besatzungspolitik auf. Zwar nicht sonderlich tiefschürfend und auch nicht sehr kritisch und längst nicht so ausführlich, wie es dem Vorwort zufolge (s.o.) eigentlich hätte geschehen müssen. Eine Kostprobe: *"Es hat Fälle gegeben, in denen Soldaten Kinder verprügelt haben, dann wurden die Soldaten belangt. Es gibt auch Kommandeure, die übernervös und hart reagieren, wenn Intifada-Aktivisten und vor allem Jugendliche Proben ihres Mutes gegen die 'Besatzer' geben wollen. Arabische Siedlungen und Lager wurden abgesperrt, Eltern bestraft, Häuser gesprengt. Oberstleutnant Rosenthal weiß: Hartes Durchgreifen bewirkt wenig. Meist sind schlimmere Gewalttaten die Folge. Was das bedeutet, wird vor allem im Gazastreifen offenbar. Kritische Soldaten - auch hohe Offiziere - warnen davor, die Armee könne 'verrohen', ja sogar eine 'faschistoide' Haltung einnehmen. Für Oberstleutnant Rosenthal ist das 'überall vorstellbar, nicht aber im Staate Israel'. Doch zeigt es sich, daß nicht die Armee das eigentliche Problem darstellt."* Das eigentliche Problem sind die Siedler, wie der sich anschließende Abschnitt suggeriert. Die Schuldigen sind benannt - und die für die Besatzungspolitik verantwortlichen israelischen Politiker aus dem Schneider. Fertig. So weit und nicht weiter wagt sich das Heftchen also in Sachen "die israelische Besatzungspolitik verstehen" vor.

Aber leider nicht nur bei diesem Thema schrecken die Herausgeber vor einer kritischen Auseinandersetzung zurück. Auch die Beiträge zur Struktur und den Institutionen der israelischen Gesellschaft sind ausgesprochen konfliktscheu. Zum Beispiel der über die israelische Bildungspolitik. Da soll die LeserIn zu-



nächst einmal erfahren, daß in Israel im Weltmaßstab pro Kopf der Bevölkerung am meisten Bücher veröffentlicht und gelesen werden und daß "der Bücherbestand an den sieben Universitäten"..."gewaltig ist"(S.24). Es folgen einige Daten zum Schulsystem, zur Schulpflicht, zur Vorschulbildung und schließlich fällt die Information, daß in Israel eine vergleichsweise hohe Zahl an jungen Menschen studiert. Aber was soll eine solche Information, zumal wenn sie deratig isoliert im Raume steht? Ist es für das "Verstehen der israelischen Gesellschaft" nicht viel wichtiger zu erwähnen, daß für junge Israelis je nach Herkunft die Chancen, bis zum Studium zu gelangen, sehr ungleich verteilt sind? Daß z.B. die Bevölkerungsgruppen der Sephardim (orientalische Juden spanischer Herkunft) und der Orientalen im engeren Sinne - in israelischen Statistiken die A/A-Gruppe (Afrika/Asien) genannt - an den Hochschulen immer noch unterrepräsentiert sind? Und noch mehr die nicht-jüdischen Staatsbürger Israels, die Araber?

Daß für einen Deutschen die Zusammenstellung einer Broschüre zu Israel eine gewisse Sensibilität verlangt, ist keine Frage. Wenn aber an die Stelle von Sensibilität ein selbstauferlegtes Kritikverbot tritt, dann kann einfach nichts Sinnvolles herauskommen. Jedenfalls haben die Herausgeber der Broschüre mit ihrer verkürzten Darstellung einiger Dinge und mit ihrer Aussparung der heiklen Themen sich einen Bärendienst erwiesen. Einem besseren "Verstehen" der israelischen Gesellschaft dient die Broschüre wohl nur in Maßen.

Erfreulicherweise sind jedoch nicht ausnahmslos alle Beiträge aus demselben Holz geschnitzt. Gerade im hinteren Teil der Broschüre stößt man vereinzelt auf Artikelchen, die etwas solider informieren, wiewohl auch sie durchweg zu knapp sind. Da ist zum Beispiel der Beitrag über die israelische Gegenwartsliteratur. Und gleich ihm nebenangestellt ein längerer Auszug aus David Grossmanns 1982 geschriebenen Roman "Das Lächeln des Lammes" (deutsche Erstausgabe 1988). Der Abdruck dieses Originaltextes - es handelt sich um den Romananfang - war eine der wirklich guten Ideen der Herausgeber. Sollte sich nämlich der eine oder andere Leser entschließen, das Buch zu kaufen und zu lesen, dann hat die Broschüre dem Verstehen Israels doch einen Dienst erwiesen. Nach der Lektüre des Romans, der die psychologische Dimension der Besatzungspolitik offenlegt, hat der Interessierte garantiert mehr vom gegenwärtigen Israel verstanden als nach ausgiebiger Zeitungslektüre. **isar**

Israel verstehen
Sympathie Magazin Nr. 22
Starnberg, 1991
Bezug: Studienkreis für Tourismus e.V., Dampfschiffstr. 2, 8130 Starnberg

Monika Jäggi, Beat Stauffer: Grün und Integriert - Wie in Tunesien Naturlandschaften für den Luxustourismus zerstört werden.

Das Tunesische Tourismuskonzept für die 90er Jahre setzt neben Diversifikation des touristischen Angebotes vor allem auf einen "integrierten Tourismus". Daß es sich bei diesem Begriff lediglich um schwammige Rhetorik handelt, wird beim Lesen dieses Buches deutlich. Analysiert werden vor allem die ökologischen Auswirkungen des Tourismus anhand von zwei Fallbeispielen in klimatisch und kulturlandschaftlich unterschiedlichen Gebieten. So wird zunächst der ökologisch besonders empfindliche Raum einer Wüstenoase am Beispiel von Douz untersucht. Im Vordergrund steht hier die Frage, wie sich der Tourismusausbau auf die Nutzung der Ressource Wasser und auf die daraus entstehenden Konflikte auswirkt. Im zweiten Teil geht es um die Küstenstadt Tabarka und die vielfältigen Umwelteingriffe, die hier durch den Tourismus verursacht werden.

Rotpunktverlag, Zürich, 1990; 154 Seiten, DM 15.-

Klaus Euler (Hrsg.): "Eingeborene" - ausgebucht. Ökologische Zerstörung durch Tourismus

In einer Vielzahl von Artikeln werden ökologische und soziokulturelle Auswirkungen verschiedenster Tourismusformen analysiert. Die AutorInnen schreiben über "Ethno-Tourismus" zu möglichst fremdartigen Kulturen und die Auswirkungen derartiger interkultureller Kurzkontakte, über Trekkingtourismus in Nepal, Prostitutionstourismus u.s.w. Aber auch der Tourismus in Industrieländern wird behandelt. In der Lüneburger Heide soll gegen den Widerstand der dort lebenden Menschen ein Freizeitpark entstehen, in den Alpen schreitet die Umweltzerstörung durch den Skitourismus trotz vieler Erkenntnisse und einiger Bemühungen ungebremst fort. Zum Schluß werden die Konzepte verschiedener Reiseveranstalter, die sich um einen umweltverträglichen Tourismus bemühen, vorgestellt und kritisiert.

Focus Verlag, Gießen, 1989; 202 Seiten, DM 29.80

Klemens Ludwig, Michael Has, Martina Neuer: Der neue Tourismus - Rücksicht auf Land und Leute

In ihrem 1990 erschienenen Buch zeigen die Herausgeber neue Tendenzen vorwiegend im Dritte-Welt-Tourismus auf. Zwar ist der Untertitel etwas irreführend, weil Rücksicht auf Land und Leute Kennzeichen eines neuen Tourismus sein sollte, aber es noch nicht ist, wenn man das Fazit der meisten der AutorInnen von "Der neue Tourismus" ernst nimmt. Umfassend werden in den einzelnen Beiträgen, die in vieler Hinsicht negativen Auswirkungen auch von angeblich sanften Formen des "neuen Tourismus" herausgearbeitet. Das Buch gliedert sich in zwei Teile. Zunächst werden allgemeine Motive für Reisen, Dimensionen und Expansion des Tourismus sowie Probleme des Ferntourismus dargestellt. Der zweite Teil besteht aus Fallbeispielen. Z.B. bewegt sich Klemens Ludwig "auf den Spuren der 'letzten Wilden'", um die massiven Auswirkungen einer kleinen Klientel, der Abenteuertouristen, zu beschreiben. Die meisten der Artikel enthalten Länderbeispiele aus dem Dritte-Welt-Tourismus (Goa/Indien, Senegal, Bhutan, Tibet, Hawaii und Südafrika). Ein immer noch aktuelles Buch.

Verlag C.H.Beck, München 1990, 170 Seiten, DM 19,80

Gaby Fierz u.a. (Hrsg.)
Türkei: Ferienland - Fluchtland

Die Türkei ist Reiseparadies und Ferientraum für die einen und bedeutet politische Verfolgung und Foltertrauma für die anderen.

Seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 sahen sich Tausende gezwungen, in den westlichen Industriestaaten um Asyl nachzusuchen. Trotz Rückkehr zu einer zivilen Regierung 1983 gehören Folter und Menschenrechtsverletzungen zur Tagesordnung. Trotz "Wirtschaftswunder" hat sich die ökonomische Situation der türkischen und kurdischen Bevölkerung drastisch verschlechtert. Die Antwort des Westens ist eine Verschärfung der Asyl- und Flüchtlingspolitik - bis zur vollständigen Aushöhlung des Asylrechts. Die Verantwortlichen begründen diese Maßnahmen mit dem zunehmenden Fremdenhaß und Rassismus.

Im gleichen Zeitraum, ebenfalls seit Beginn der 80er Jahre hat die Zahl der in umgekehrter Richtung Reisenden auf Geheiß des IWF boomartig zugenommen.

Wie hängen diese beiden vordergründig getrennt verlaufenden Entwicklungen zusammen?

Damit befassen sich die Beiträge des vorliegenden Buches. Es wird der Frage nach der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Tourismus nachgegangen. Ein anderer Beitrag skizziert die Rolle der Türkei als Frontstaat innerhalb der sogenannten Neuen Weltordnung und mögliche innen- und wirtschaftspolitische Konsequenzen. In welchem Ausmaß sind schweizerische und bundesdeutsche Gelder und Know How an der Tourismusentwicklung beteiligt? Wie sehen die Arbeitsbedingungen und die gewerkschaftliche Organisation in den touristischen Beschäftigungsverhältnissen aus? Welchen Einfluß haben der Tourismus im allgemeinen und insbesondere die Reisen nach Türkisch-Kurdistan auf die Politik der türkischen Regierung gegenüber Kurdistan? - sind die Fragen weiterer Aufsätze. **Rotpunktverlag Zürich, Erscheinungstermin: April 1992, 150 Seiten, DM/Sfr. 15,-**

bücher + materialien 92 informationszentrum dritte welt

postfach 5328 7800 Freiburg tel 07 61 / 7 40 03



Tourismus contra Menschenrechte
Dokumentation der Veranstaltung am 5.3.91 im ICC Berlin

Enthält alle Beiträge der Podiumsdiskussion, zusätzliche Länderbeispiele und grundsätzliche Stellungnahmen zur Frage eines sozialverträglichen Tourismus. In einem Anhang werden verschiedene Boykottaufrufe, Menschenrechtserklärungen und Resolutionen zum Thema dokumentiert.

Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz (Hg.)
1991, 60S. A5
Einzelpreis 5.- DM
ab fünf Exemplare 4.- DM
ab zehn Exemplare 3.- DM und portofrei

Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz
Tourismus Prostitution Aids
Dokumentation der Veranstaltung am 6.3.90 auf der ITB in Berlin
1990, 40 S. A5 Unkostenbeitrag DM 3,50

"Klar, schön war's, aber..."
Tourismus in die Dritte Welt
URLAUB: Wir hungern nach Sonne und Sorglosigkeit. Wir reisen, doch es reisen die Satten. Wir suchen Erholung in fremden Ländern, Entspannung und Abenteuer. Wir suchen Linderung für die Wunden der Industriegesellschaft und produzieren eine neue gesellschaftliche Krankheit: TOURISMUS. Kulturen und Konsumgewohnheiten prallen unverstanden aufeinander. Auch wer reist, um Probleme zu begreifen, greift unausweichlich in die traditionellen Lebensgewohnheiten fremder Gesellschaften ein.
Dieses Buch wendet sich an alle, die reisen. Es will aufklären über den Selbstbetrug des Einzelnen, der für die verhängnisvollen Folgen des Massentourismus die Verantwortung nur außerhalb seines Glashauses sucht.
Zweite, überarbeitete Auflage 1986, 208 S. DM 12,80

Mechtild Maurer:
Tourismus Prostitution Aids
Strukturen und Hintergründe der Prostitution - Sextourismus und Aids - Situation der im Sexbusiness tätigen Frauen und Kinder - Die Sextouristen - Das Geschäft der Reisebranche mit dem Sex.
Rotpunktverlag 1991, 150 S. DM/sfr. 15.-

Merhaba Nr.3 (Zeitschrift über die Emigration aus der Türkei)
Schwerpunkt Türkei-Tourismus
1990, 32 S. A4 DM 4,80

Einige Adressen Tourismuskritischer Gruppen

ARA
AntiRassistischer Arbeitskreis
c/o Ludmilla Tüting
Mittenwalder Straße 7
D-1000 Berlin 61
Tel. 030/6916885

arbeitskreis tourismus und entwicklung
Missionsstraße 21
4003 Basel
Tel. 061/254742

BUND
Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.
Im Rheingarten 7
5300 Bonn-Beul
Tel.: 0228/40097-0



"Sonne, Sand und etwas mehr"
Ausstellung über die Folgen des Fernreisens am Beispiel Goa, Indien. (aktualisiert 12/91)

Unter diesem Titel wurde von der Arbeitsgemeinschaft INKOMBE (Interkulturelle Kommunikation und Beratung/Hohenheim) in Zusammenarbeit mit ZEB (Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung/Stuttgart) eine Wanderausstellung erstellt, die die negativen Auswirkungen des Tourismus in die sogenannte Dritte Welt anhand eines Beispiels aufzeigt.
Warum gerade Goa als Beispiel? In Goa wurde das inzwischen schon fast geflügelte Wort "des Aufstandes der Bereisten" geprägt. Hier organisierte sich die Bevölkerung in der "Armee der erwachten Goaner" (Jagrut Goenkarachi Fouz, JGF), die sich gegen die ökologische, sozioökonomische und kulturelle Zerstörung ihres Landes durch den Ausbau des Luxus- und Chartertourismus wehrt.
Information und Ausleihmöglichkeit:
AG INKOMBE
A. Kümmel, L. Callenius, Reicheneckerstr. 33
7410 Reutlingen-Sondefingen



Ecumenical Coalition on Third World Tourism (ECTWT)
55/173-174 Muban Saranrom 2
Soi Nuanchan, Sukhaphiban 1 Road Klong Gum, Bangkapi
Bangkok 10230, Thailand
Tel. 510-7287
Postadresse: P.O.Box 24, Chorakhebua,
Bangkok 10230, Thailand

FIF
Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus
Universität Bern
Monbijoustraße 29
CH-3011 Bern
Tel. 031/653711

Gesellschaft für bedrohte Völker
Groner Straße 40
3400 Göttingen
Tel. 0531/55822/23

GRUPPE NEUES REISEN e.V.
c/o Marion Nowakowski
Postfach 1322
Hauptstraße 259
5340 Bad Honnef

NFI/IAN/IFN
Generalsekretariat
Diefenbachgasse 36
A-1150 Wien
Tel. 0222/859751/52

ÖIE
Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik
Tuchlauben 8/16
A-1010 Wien
Tel. 0222/633755-0

Studienkreis für Tourismus e.V.
Dampfschiffstr. 2
8130 Starnberg
Tel. 08151/3089

TEN
Third World Tourism European Ecomenical Network
c/o Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung
Postfach 100340
7022 Leinfelden-Echterdingen

ZEB
Fachstelle Ferntourismus
Nikolaus-Otto-Str. 13
Postfach 100340
7022 Leinfelden-Echterdingen
Tel. 0711/7008-281/282/283

Eine Broschüre mit Selbstdarstellungen der einzelnen Tourismuskritischen Gruppen kann gegen 3,- DM in Briefmarken bei der Aktion Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg, bestellt werden.

Als die Touristen einflogen...

Der Finanzminister sprach
"Die Wirtschaft wird angekurbelt
die Dollars werden fließen."

Der Innenminister sprach
"Das heißt vielfältige
Beschäftigungen für
alle Eingeborenen."

Der Kultusminister sprach
"Das wird unser Leben bereichern.
der Kontakt mit anderen Kulturen
verbessert sicherlich
die Lebensqualität."

Der Hilton-Manager sprach
"Wir werden für Euch
ein zweites Paradies erschaffen;
Für Euch ist das der Morgen
eines ruhmreichen Neubeginns!"

Als die Touristen kamen
verwandelte sich unser Inselvolk
in einen grotesken Narrenzug
- ein zweiwöchiges Vorprogramm

Als die Touristen kamen
legten unsere Männer
ihre Fischernetze weg,
um zu Kellnern zu werden
unsere Frauen zu Huren

Als die Touristen kamen
flog unsere alte Kultur
zum Fenster hinaus und
wir tauschten unsere Bräuche
gegen Sonnenbrillen und Pop
aus heiligen Zeremonien
wurden billige Peep-Shows
gemacht

Als die Touristen kamen
verknappte sich unser Essen
gingen die Preise hoch
gegenüber den niedrigen Löhnen

Als die Touristen kamen
konnten wir nicht mehr hinunter
an unsere Strände gehen
der Hoteldirektor sagte
"Wilde verschandeln den Strand"

Als die Touristen kamen
wurden Hunger und Elend
bewahrt als bedrohtes
historisches Bild
- ein schicker Schandfleck! -
für die klickenden Kameras

Als die Touristen kamen
wurden wir aufgefordert
"Bürgersteig-Botschafter" zu sein
stets lächelnd und höflich
ihn immer zu führen
den "verirrten" Gast...
Teufel, könnten wir ihnen nur
sagen,
wohin wir sie wirklich wünschen!

Aus: Cecil Rajendra, Zerbrochene Träume, Horlemann Verlag, Bad Honnef. "Als die Touristen einflogen" ist die Neufassung seines bekannten Gedichtes "Als die Touristen kamen."

Tourismus und Menschenrechte

Vorläufiges Rahmenprogramm der AG Tourismus mit Einsicht auf der Internationalen Tourismus Börse in Berlin, Messegelände
Stand: 9.1.92

Samstag 7.3.92, 11.00 Uhr Am Stand 6, Halle 2: **Pressekonferenz der AG Tourismus mit Einsicht, danach Eröffnung der Ausstellung mit u. von M. Friedel.**

Sonntag 8.3.92, 14.00 bis 16.00 Uhr, Palais am Funkturm: **Eine Geschichte vom touristischen Ausbau und dessen Auswirkungen auf einen Delphin. Mit anschließender Diskussion.**

Montag 9.3.92, 10.00 bis 12.00 Uhr, Palais am Funkturm: **Sonderveranstaltung des Bund für Umwelt und Naturschutz: Umweltengagement im Hotelwesen**

14.00 bis 16.00 Uhr, Palais am Funkturm: **Tourismus und Menschenrechte. Kein Thema für die Branche**

Mittwoch, 11.3.92, 10.30 Uhr, Am Stand 6, Halle 2: **Journalisten-Rundgang**

14.00 bis 16.00 Uhr, Palais am Funkturm: **Sonderveranstaltung der AG Tourismus mit Einsicht: Das Ende des Sanften Tourismus. Ein Streitgespräch zwischen Prof. Dr. Felizitas Romeiß-Stracke und Prof. Dr. Jost Krippendorf**

Mittwoch, 11.3.92, 14.00 bis 16.00 Uhr, Palais Am Funkturm: **Jenseits von Hula-Hula und exotischen Stränden. Augenzeugen berichten über Auswirkungen des Tourismus am Beispiel von Hawaii (Caleo Patterson) und Malaysia (Cecil Rajendra).**

Donnerstag 12.3.92, 19.30 Uhr, Haus der Kulturen der Welt, Berlin:
Veranstaltung mit Cecil Rajendra (Malaysia; Gedichte und Lesung.

Alle Veranstaltungen sind öffentlich.

Jemens Weg in die Vereinigung

Im Juni 1990 schlossen sich die Arabische Republik Jemen (Nordjemen) und die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) zur Republik Jemen zusammen. Diese Vereinigung entsprach zweifelsohne dem Wunsch breiter Bevölkerungskreise in beiden Ländern. Für viele Beobachter kam der Zusammenschluß dennoch überraschend, denn die Gesellschaftssysteme in beiden Jemen waren diametral entgegengesetzt: Dem traditionellen System im Nordjemen stand das marxistische Experiment im Südjemen gegenüber, das mit der Vereinigung als gescheitert betrachtet werden muß. Im folgenden sollen die Hintergründe dieses Scheiterns, der Weg beider Jemen zur Vereinigung und die vielfältigen Probleme, vor denen der vereinigte Jemen heute steht, untersucht werden, wobei ein Blick in die Geschichte des Jemen das Verständnis für die heutigen Probleme erleichtern soll.



Mocha am Roten Meer, einst eine blühende Stadt (Stich aus dem 17. Jhd., Antwerpen)
aus: Jemen, Hg.v. W.Daum, Pinguin und Umschauverlag, 1987

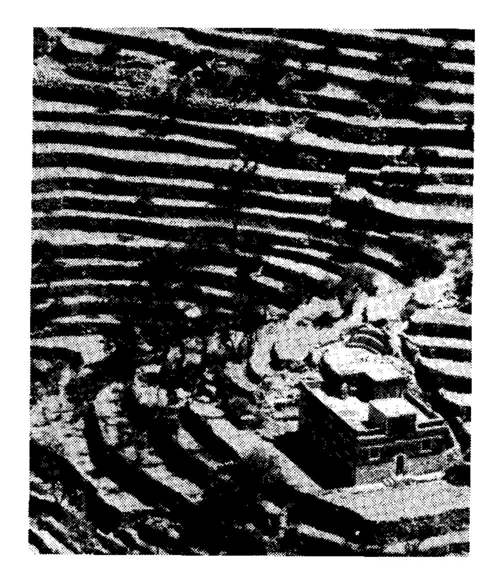
Der Südwesten der Arabischen Halbinsel - das Gebiet des heutigen Jemen - trug bei den antiken römischen Autoren den Namen Arabia felix: das glückliche Arabien. Dies sicher nicht zu Unrecht, denn vor allem mit dem Export von Weihrauch in die gesamte damals bekannte Welt gelangten die antiken südarabischen Reiche zu großem Reichtum. Zugleich sorgte ein ausgeklügeltes Bewässerungssystem mit monumentalen Dammbauten für reiche Ernten. Wenn dennoch der Jemen heute zu den ärmsten Ländern der Erde zählt, stellt sich die Frage nach den Gründen für diesen Niedergang.

Zwei entscheidende Gründe sind zu nennen:

1. Südarabiens Wohlergehen war stets aufs engste mit dem Fernhandel verknüpft. Der Jemen war einerseits das Herkunftsland des Weihrauchs und in späterer Zeit dann des Kaffees, andererseits waren seine am indischen Ozean gelegenen Häfen wichtige Umschlagplätze zwischen Afrika, Asien und dem Mittelmeer. Im 14. Jahrhundert berichtete der arabische Weltreisende Ibn Battuta über die Hafenstadt Aden: "Es leben dort indische genauso wie ägyptische Händler. Seine Einwohner sind entweder Händler, Frachtträger oder Fischer. Einige der Händler sind immens reich..."[1] Doch dieser Reichtum hing stets davon ab, wie sich die Haupthandelsströme zwischen Afrika, Asien und Europa verschoben und welches Interesse an den im Jemen selbst erzeugten Waren bestand.

Weihrauch war in der antiken Welt ein unentbehrliches Beiwerk religiöser Zeremonien, verlor aber im Laufe der Jahrhunderte immer mehr an Bedeutung. Eine ähnlich bedeutsame Einnahmequelle ergab sich jedoch aus dem Verkauf von Kaffeebohnen, die sich zunächst im Osmanischen Reich, später dann auch in Europa wachsender Beliebtheit erfreuten. Doch die Kaffeepflanze, zunächst nur im Jemen und in Äthiopien heimisch, wurde von europäischen Kolonialherren in Afrika und Südamerika in großen Plantagen angebaut, gegen die die jemenitische Kaffeeproduktion nicht konkurrenzfähig war.

Ähnliches gilt für Aden, den wichtigsten jemenitischen Hafen. Die Entwicklung der Schiffahrtstechnik und die zunehmende Dominanz Europas auf dem Weltmarkt ließen diesen Hafen zunächst an Bedeutung verlieren. Dies änderte sich, als 1869 der Suezkanal eröffnet wurde, denn nunmehr war Aden, das Großbritannien sich 1839 als Kolonie einverleibt hatte, eine willkommene Zwischenstation für Schiffe auf dem Weg nach Indien und Ostafrika. Doch mit der abnehmen-



den Bedeutung dieser Handelswege für Europa und der Entdeckung von Erdöl in anderen Ländern der Region verlor Aden wieder an Attraktivität.

2. Entsprechend der Dynamik des Fernhandels erlebte auch die Binnenökonomie Südarabiens sehr unterschiedliche Phasen. Die altsüdarabischen Reiche (Saba, Ma'in, Qataban u.a.), die im ersten Jahrtausend v.Chr. ihre große Blütezeit durch den Handel mit Weihrauch und Myrrhe erlebten, müssen wir uns als blühende Agrarlandschaften vorstellen. Weite Teile der Region, die heute vom Sand der Rub-al-Khali-Wüste bedeckt sind, waren damals dank künstlicher Bewässerung fruchtbar. Doch ungünstige Klimaveränderungen und Faktoren wie eine zunehmende Erosion in den Gebirgstälern durch massiven Holzeinschlag ließen das der Natur abgerungene ökologische Gleichgewicht labil werden. Mehrfach berichten antike Quellen von Staudammbrüchen (so auch der Koran in Sure 34,15f). Solange es starke und zentralisiert geführte Reiche in der Region gab, die ihren Wohlstand und ihre Stabilität auf einen prosperierenden Fernhandel stützen konnten, war ein Dammbruch zwar jeweils eine Katastrophe, doch ließen sich die Schäden beheben. Mit dem Niedergang des Fernhandels gegen Ende der vorislamischen Zeit, ergab sich jedoch eine neue Situation: "Der Bau derartiger Großanlagen überstieg das Vermögen einzelner Sippen, er bedurfte einer straffen, zentral gelenkten staatlichen Organisation, die im Notfall - wie das Beispiel Ma'rib von 449 n.Chr. zeigt, 20 000 Mann zur Reparatur aufrufen und befehligen konnte. Diese übergeordnete Macht fehlte in der feingliedrigen Stammesstruktur der gesamten islamischen Periode, so daß keine großräumige Bewässerung mehr betrieben werden konnte..."[2]

Mit dem Ende der großräumigen Bewässerung ergab sich auch eine grundlegende Verschiebung der Wirtschaftsgebiete innerhalb des Jemen: Die weitausladenden Bewässerungsgebiete im Osten des jemenitischen Gebirges versandeten; statt dessen wurde am steilen Westabhang des Gebirges hinunter bis ans Rote Meer ein kleinräumiges Terrassenbewirtschaftungssystem der Natur abgerungen, auf dem insbesondere auch der Kaffeeanbau betrieben wurde, bis auch dieser unter dem Konkurrenzdruck der großen Kaffeeplantagen Afrikas und Südamerikas an Bedeutung verlor.

Die Vorgeschichte des modernen Jemen

Den Zusammenschluß der beiden Jemen im Juni 1990 als Wiedervereinigung zu bezeichen, ist problematisch. Zwar gab es seit langem ein weitverbreitetes Zusammengehörigkeitsgefühl der Jemeniten, doch erst mit dem jüngsten Zusammenschluß entstand zum ersten Mal in der Geschichte dieser Region ein einheitlicher jemenitischer Staat. In vorislamischer Zeit gab es stets heftig konkurrierende, straff organisierte Reiche, in islamischer Zeit eine lange fortwährende Zersplitterung entlang tribaler Strukturen.

Die Wurzeln der Zweiteilung in einen nördlichen und einen südlichen Jemen liegen einerseits in der zweimaligen Eroberung von Teilen Südarabiens durch das Osmanische Reich (1538-1635 und 1872-1919) begründet, andererseits führte die Islamisierung Südarabiens zu einer religiösen Zweiteilung: Während die Stämme des Nordens Anhänger des zaiditischen Islam (einer Form der Schia) wurden, die im zaiditischen Imam ein gemeinsames und einigendes weltliches und religiöses Oberhaupt hatten, bekannten sich die Bewohner des Südens zur shafiitischen Rechtsschule der Sunna. Im Gegensatz zur einigenden Kraft des nördlichen Imamats zersplitterte sich der Süden in eine Vielzahl von Sultanaten und Emiraten, die sich häufig befehdeten und bekämpften.

Im Jahr 1839 dann gerieten die Sultanate und Emirate unter das Protektorat Großbritanniens; die Hafenstadt Aden wurde britische Kolonie. Die neue Kolonialmacht machte sich die verschiedenen Emirate und Sultanate nach der Maxime des 'Teile und Herrsche' gefügig und legte damit den Grundstein für die Zweiteilung des Jemen. Zementiert wurde diese Zweiteilung, als 1872 das Osmanische Reich zum zweiten Mal den nördlichen Jemen eroberte.

Mit dem Untergang des Osmanischen Reiches im Zuge des Ersten Weltkrieges begann für den Nordjemen eine Phase der Abschottung, während im Süden die britische Kolonialherrschaft einerseits neue Ideen ins Land brachte, andererseits tradierte und überlebte Strukturen aus machtpolitischen Interessen zementierte.

Dennoch war es zunächst der Norden, der von der Aufbruchbewegung in Arabien erfaßt wurde, die durch Nassers Umsturz in Ägypten und dem Sieg Algeriens im Befreiungskampf gegen Frankreich (1962) geprägt war. 1962 wurde der Imam gestürzt, und ein achtjähriger, blutiger Bürgerkrieg zwischen Anhängern des Imamats und seinen republikanischen Gegnern entbrannte. Der Bürgerkrieg endete mit einem Patt, das sich auch in der Verfassung von 1970 niederschlug: einerseits legte sie den Grundstein für eine vorsichtige Offnung des Nordjemen zur westlichen Welt, andererseits schrieb sie fest, daß das islamische Recht Grundlage aller Gesetze zu sein habe. Außerdem enthielt die Verfassung eine Verpflichtung, die Vereinigung beider Jemen anzustreben.

Zunächst einmal stand einer Einlösung dieser Verpflichtung entscheidend entgegen, daß die politische Entwicklung in Südjemen sich diametral von jener des Nordens unterschied, denn im Süden war 1967 mit der Unabhängigkeit die 'Nationale Befreiungsfront' (NLF) an die Macht gelangt. Es war die Dynamik und letztlich das Scheitern des von der NLF durchgeführten einzigen 'marxistischen Experiments' in der arabischen Welt, das den Fortgang der beiderseitigen Einigungsbestrebungen bestimmte. Während sich im Norden auf der politischen Ebene im Zeitraum 1970-1990 nichts Umwälzendes tat, wurde der Süden grundlegend umgestaltet und erlebte ein Wechselbad von Machtkämpfen bis hin zum blutigen Bürgerkrieg 1986. Deshalb soll im folgenden diese Entwicklung und ihre Hintergründe genauer beschrieben werden.

Südjemens marxistisches Experiment

Bereits einige Jahre vor der Unabhängigkeit des Südjemen (1967) hatte die britische Kolonialmacht den Entschluß gefaßt, auf längere Sicht den Südjemen in die Unabhängigkeit zu entlassen. Ansprechpartner für Verhandlungen über



einen geordneten Rückzug Großbritanniens war insbesondere die FLOSY (Front of the Liberation of the South Yemen), die in Aden die führende politische Kraft auf jemenitischer Seite war und ihrerseits ebenfalls auf eine Verhandlungslösung setzte. Diese Verhandlungsbereitschaft unterschied die FLOSY von der NLF, die - vor allem im ländlichen Hinterland operierend - sich für den bewaffneten Kampf gegen die Kolonialmacht entschieden hatte. Ganz im Gegensatz zu den britischen Erwartungen war es nicht die FLOSY, sondern die NLF, die mit der Unabhängigkeit an die Macht gelangte. Mit ihr übernahm eine Befreiungsbewegung die Führung des Landes, die seit ihrer Gründung 1963 gerade vier Jahre Zeit gehabt hatte, sich ein auf Erfahrungen gestütztes Selbstverständnis und eine klare Zielsetzung zu geben. Zwar gab es beim Machtantritt der NLF deren 'Nationalcharta' von 1965, doch schrieb diese nur einen Minimalkonsens fest, der darin bestand, daß durch den bewaffneten Kampf die Unabhängigkeit des Landes erreicht werden sollte. Zugleich legte sich die Nationalcharta weder auf einen kapitalistischen, noch auf einen ausdrücklich sozialistischen Weg der weiteren Entwicklung nach der Unabhängigkeit fest. "Damit hatte eine Befreiungsbewegung die Macht errungen, ohne daß Einigkeit darüber bestanden hätte, mit welcher Zielsetzung diese Macht zu gebrauchen sei."[3]

Wie drastisch sich aus dieser Unerfahrenheit der NLF-Elite Probleme ergeben konnten, sei hier an einem eher formalen Aspekt illustriert, nämlich der Altersstruktur innerhalb der NLF-Elite. Mit der Machtübernahme wurde Qahtan as-Sa'bi, einer der moderateren NLF-Führer, zum Staatspräsidenten ernannt. Grund für die Ernennung as Sa'bis war jedoch keineswegs eine allgemein anerkannte Führungskompetenz, sondern der simple Umstand, daß er in der NLF-Elite als einziger über 40 Jahre alt war, und man der internationalen Öffentlichkeit eine 'gesetzte Persönlichkeit' als Staatspräsident präsentieren wollte.

Als im ersten großen Machtkampf innerhalb der Führungselite 1969 die linke Fraktion siegte, gelangten zwei ganz junge Politiker ins Kabinett: Der neue Innenminister war 25 Jahre, der Chef des Justizdepartements gerade 22 Jahre alt.

Die ökonomischen Probleme

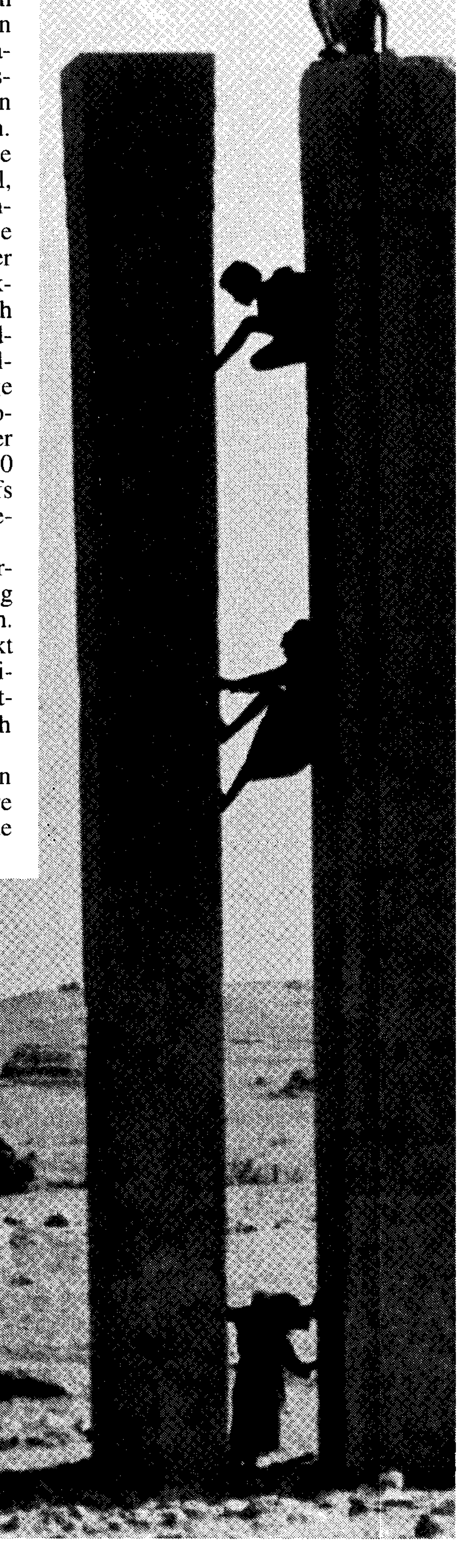
So reich einst das antike Arabia felix war, so groß sind heute die wirtschaftlichen Probleme der Region. Sowohl die Ressourcen, über die der Südjemen verfügt, wie auch die Startbedingungen nach der Unabhängigkeit waren denkbar ungünstig. Als Großbritannien mit der FLOSY über die Entlassung des Südjemen in die Unabhängigkeit verhandelt hatte, war die Kolonialmacht bereit, auch nach der Unabhängigkeit zunächst noch weitere Unterstützungszahlungen zu leisten. Doch als die NLF wider Erwarten die Macht übernahm, fühlte sich Großbritannien an diese Zusagen nicht mehr gebunden. Hinzu kam einige Monate nach der Unabhängigkeit die Schließung des Suez-Kanals als Folge des israelisch-arabischen Krieges. War bislang die prosperierende Ökonomie Adens das wirtschaftliche Rückgrat des Südjemen gewesen, gingen damit auch die Einnahmen aus dem Hafenbetrieb drastisch zurück. Angesichts dieser schlechten Startbedingungen glich es fast der Quadratur des Kreises, die vorhandenen Ressourcen zu einer sich selbst tragenden ökonomischen Dynamik zu mobilisieren.

Zwar war der Südjemen der drittgrößte Flächenstaat der arabischen Halbinsel, doch waren damals weder Rohölvorkommen im Land bekannt, noch besaß er eine nennenswerte Industrie. Einzig von der Landwirtschaft hätten damals Entwicklungsimpulse ausgehen können. Doch gerade 0,3 Prozent des Landes sind landwirtschaftlich nutzbar, und in vielen Fällen nur dann, wenn durch aufwendige Bewässerungsprojekte fruchtbarer Boden kultiviert wird. Vor wie nach der Unabhängigkeit mußte der Südjemen 60 Prozent seines Nahrungsmittelbedarfs (selbst Grundnahrungsmittel) importieren.

Angesichts dieser Entwicklungsvoraussetzungen wird deutlich, daß ein Weg der autozentrierten Entwicklung, d.h. eine eigenständige und vom Weltmarkt abgekoppelte Entwicklung, keine realistische Zielvorgabe war. "Für jede Entwicklung muß dieses Land grundsätzlich auf ausländische Hilfe zurückgreifen."[4]

Das Problem der südjemenitischen Elite bestand nun gerade darin, daß ihre auf strenge Unabhängigkeit bedachte Ideologie den wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes diametral entgegenstand. Auf längere Sicht gab es dementsprechend nur zwei Möglichkeiten, mit diesem Widerspruch umzugehen.

1. Da der Südjemen mit seiner marxistischen Orientierung sowohl im arabischen Lager wie auch im Hinblick auf den



westlich dominierten Weltmarkt isoliert war, bot es sich an, Hilfeleistungen von der Sowjetunion und den anderen Ländern des RGW in Anspruch zu nehmen. Dies aber mußte bedeuten, daß die südjemenitische Elite, deren ideologische Sympathie eher dem chinesischen Sozialismusverständnis galt, insofern sich pragmatisch umorientieren mußte, als die Sowjetunion der eindeutig zahlungskräftigere unter den möglichen Partnern war.

2. Dieser Zwang zur Pragmatisierung der Politik ging jedoch noch deutlich weiter. Zwar bot die Sowjetunion finanzielle Hilfe an und sorgte mit einem Heer sowjetischer Berater für konkrete Hilfestellung in vielen Fällen, doch muß realistisch gesehen werden, daß der ressourcenarme Südjemen von Seiten der Sowjetunion weniger als Modell für einen arabischen Sozialismus gesehen wurde, dem man aus Gründen des Internationalismus Hilfe zukommen läßt, sondern vor allem als Brückenkopf der UdSSR in einer Region, in der die USA und die Sowjetunion um Einfluß und Vorherrschaft konkurrierten. Die sowjetischen Hilfeleistungen waren deshalb häufig militärischer Natur, während die wirtschaftlichen Probleme deutlich an zweiter Stelle rangierten. War die Orientierung an der Sowjetunion bereits eine pragmatische Wende, die jedoch nur bedingt die großen ökonomischen Probleme zu lösen vermochte, so mußte in der Folgezeit die Pragmatisierung der Politik unter dem harten Druck der realen Probleme noch weiter gehen. Dies bedeutet konkret eine Preisgabe des autozentrierten Entwicklungsmodells zugunsten einer Öffnung einerseits hin zu den traditionellen, aber durch ihren Erdölreichtum wohlhabenden arabischen Ländern, andererseits hin zum westlich dominierten Weltmarkt. Wie diese Entwicklung ablief, zeigt sich exemplarisch an der Haltung des Südjemen zum Problem der Arbeitsmigranten.



"So reich einst das antike Arabia Felix war, so groß sind heute die wirtschaftlichen Probleme". Tempel des Gottes Il muqah in Marib (sog. Thron der Königin von Saba).
Foto aus W.Daum, Jemen, s.o.

Die Rolle der Arbeitsmigranten

Unter den großen Erdölproduzenten am arabischen Golf ist allein der Irak ein Land, das eine große Bevölkerung besitzt. Erdölländer wie Saudi Arabien, Kuwait oder die Vereinigten Arabischen Emirate wären nicht in der Lage, ihre Erdölökonomien aufrecht zu erhalten, gäbe es nicht in ärmeren Ländern wie Ägypten, Pakistan und dem Jemen eine große Zahl von Arbeitsmigranten, die aufgrund der Not in ihren Herkunftsländern bereit sind, sich in den Erdölländern zu verdingen. Für den Nord- wie für den Südjemen waren die Einkünfte und Überweisungen der Arbeitsmigranten in den letzten Jahrzehnten eine wichtige Einnahmequelle von Devisen.

Exporte, Importe und Migrantenüberweisungen 1987 in $

	Nordjemen	Südjemen
Export	19 Mill.	409 Mill.
Import	1311 Mill.	1450 Mill.
Überweisungen	600 Mill.	435 Mill.

Die Handelsbilanz beider Jemen ist extrem unausgeglichen: der Südjemen konnte 1987 nur 28 Prozent der für die Importe notwendigen Devisen durch Exporte erwirtschaften; beim Nordjemen sind es gerade 1,5 Prozent! In beiden Fällen ist die wichtigste Deviseneinnahmequelle nicht der Export, sondern die Überweisungen von Arbeitsmigranten. Doch auch Überweisungen und Exporte zusammengenommen ließen in den letzten Jahren jeweils eine große Lücke im Vergleich zu den Importen klaffen, so daß die beiden Jemen in hohem Maße einerseits auf ausländische Hilfszahlungen angewiesen waren, andererseits sich an den internationalen Kreditmärkten immer höher verschulden mußten. Die Schuldenlast des vereinigten Jemen beläuft sich derzeit auf über 10 Milliarden $.

Angesichts dieser Entwicklung wird deutlich, welche Bedeutung in den vergangenen Jahren die Arbeitsmigranten spielten. Während der Nordjemen jedoch von Anfang an die Arbeitsmigration förderte, wurde diese im Südjemen nach der Unabhängigkeit aufgrund der herrschenden Staatsideologie als Ärgernis empfunden. Insbesondere wurde argumentiert, daß die Fortexistenz einer massiven Arbeitsmigration zu einer Zweiteilung der Gesellschaft führe. Ein Teil der Familien habe dank eines im Ausland arbeitenden Familienmitglieds erheblich günstigere Lebensumstände als solche Familien, die keine Unterstützung von außen erfahren.

Zugleich aber stand der durchaus begründeten Staatsideologie, die die Arbeitsmigration unterbinden wollte, der ökonomische Sachzwang gegenüber, daß ohne die Unterstützung der Arbeitsmigration die Zahlungsbilanz sich beständig verschlechterte und die zwangsläufig ansteigende Verschuldung das Land nicht nur in Abhängigkeit von ausländischen Kreditgebern brachte, sondern auch seine internationale Kreditwürdigkeit untergrub. So war vorgezeichnet, welchen Weg der Südjemen gehen mußte. Die Sachzwänge führten zu einer Pragmatisierung der Politik. Im Bereich der Arbeitsmigration bedeutete dies, daß sie nach anfänglicher Ablehnung zunächst stillschweigend geduldet, später dann wohlwollend unterstützt wurde.

Die Aufweichung der Staatsideologie

Damit sind zwei zentrale Punkte benannt, die die weitere Entwicklung hin zur Vereinigung der beiden so gegensätzlichen Jemen beeinflußten: Einerseits die Unerfahrenheit und fehlende Übereinstimmung über die Grundlinien der politischen Zielsetzung innerhalb der Staatselite, andererseits die Tatsache, daß die Mitglieder des Politbüros der Staatspartei und der Regierung, die unterschiedliche politische Vorstellungen hatten, sich vor massive Sachzwänge gestellt sahen, die kaum Freiheitsgrade für Experimente ließen. Beides zusammen führte zu einer Situation, in der es innerhalb der Elite immer wieder zu einer Polarisierung zwischen politisch-ideologischer Linientreue einerseits und pragmatischer Aufweichung des bislang eingeschlagenen politischen Kurses andererseits kommen mußte. Diese Auseinandersetzungen fan-

den ihren blutigen Höhepunkt im Bürgerkrieg von 1986, der über 10 000 Menschenleben forderte. Nach 1986 schritt die weitere Aufweichung der Staatsideologie aufgrund eines äußeren Faktors drastisch voran. Die neue Politik der Sowjetunion unter Gorbatschow führte zu einem Rückzug der RGW-Staaten aus ihrem bisherigen außenpolitischen Engagement. Der Südjemen, der sich durch den Bürgerkrieg ohnehin als verläßlicher Partner diskreditiert hatte, war von dieser Entwicklung besonders betroffen. Auf der ökonomischen Ebene, denn ein Großteil der bisherigen Hilfszahlungen aus den RGW-Staaten blieb aus, aber auch durch den Verlust an ideologisch-politischen Vorbildern. Der Südjemen mußte sich damit, wollte er nicht in den ökonomischen Ruin schlittern, nach neuen Partnern umsehen.

In dieser Situation kam begünstigend hinzu, daß in den letzten Jahren auch im Südwesten der Arabischen Halbinsel Erdöl gefunden worden war. Das einzige Problem bestand darin, daß die interessantesten Ölfelder in der Grenzregion zwischen Nord- und Südjemen lagen. Sollten sich internationale Ölkonzerne für diese Felder ernsthaft interessieren, so war die Voraussetzung dafür jedoch ein jemenitischer Vertragspartner, der garantieren konnte, daß nicht Gezänk oder gar kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Nord- und Südjemen die Exploration behindern oder gar verunmöglichen würde.

Die Vereinigung beider Jemen war hierfür die glaubwürdigste Garantie. Die Vereinigung der beiden Jemen wurde folgerichtig im Dezember 1989 vom nordjemenitischen Präsidenten und dem südjemenitischen Parteichef beschlossen. Im Januar 1990 wurden die Grenzen zwischen beiden Staaten geöffnet; am 22.5.1990 die Vereinigung ausgerufen. Doch bevor es soweit war, mußte zunächst der Prozeß der Aufweichung der südjementischen Staatsideologie und damit die politische Angleichung der beiden Systeme sein Ende finden. Einige Tage vor der Proklamation der Vereinigung beschloß das südjemenitische Parlament, sich vom Marxismus loszusagen und auf die Linie eines kapitalistischen Mehrparteiensystems einzuschwenken. Zu dieser Abkehr von der alten Staatsideologie gehörte insbesondere, die gleich nach der Unabhängigkeit vorgenommenen Verstaatlichungen und Enteignungen rückgängig zu machen. Dies war das Ende des einzigen 'marxistischen Experiments' in der arabischen Welt und die Voraussetzung für den recht reibungslosen Übergang zur Vereinigung der beiden Jemen.

Zugleich jedoch wurde nach dieser Abkehr der südjemenitischen Führung vom Marxismus die Vereinigung im Hinblick auf die Staatselite durchaus paritätisch durchgeführt: In der neuen Regierung sollten Nord- und Südjemen jeweils gleichberechtigt vertreten sein. Jeder Ministerposten, den ein Nordjemenite innehat, wurde durch einen südjemenitischen Vizeminister aufgewogen und umgekehrt. Dementsprechend umfaßt das erste Kabinett des vereinigten Jemen nicht weniger als 39 Minister, fast doppelt so viele, wie zuvor in Aden bzw. Sana' existierten. Hat unter dem Aspekt der Staatsideologie ganz eindeutig Nordjemen den gescheiterten Südjemen vereinnahmt, so ist im Hinblick auf die Staatselite festzustellen, daß die nunmehr gleichgesinnten beiden Staatseliten sich des Problems der Kompetenzverteilung durch eine drastische Aufblähung des Staatsapparates entledigt haben. Auf Dauer ist dies sicherlich kein sinnvolles Konzept, und die weitere Entwicklung muß zeigen, welchen Weg zur Entschlackung der Staatsbürokratie der Jemen finden wird.

Jemen und der Golfkrieg

Die Vereinigung der beiden Jemen hat zwei extrem arme Entwicklungsländer zusammengeführt, die aber immerhin für die Zukunft auf gewisse Einkommen aus den in jüngster Zeit erschlossenen Erdölfeldern rechnen können, auch wenn die Größe der Felder und die Förderbedingungen keineswegs erwarten lassen, daß der Jemen ein typisches Erdölland werden wird.

Doch zunächst gab es einen Rückschlag: Wenige Monate nach dem Zusammenschluß beider Jemen überfiel der Irak Kuwait und der Golfkrieg brach über die arabische Welt herein. Für den Jemen war der Golfkrieg ein Verhängnis, gerade weil man versuchte, allen Seiten gerecht zu werden und sich damit zwischen alle Stühle setzte. Einerseits trug der Jemen all jene UN-Resolutionen mit, die den Überfall des Irak auf Kuwait verurteilten, andererseits setzte man auf eine innerarabische Konfliktlösung und sprach sich folglich gegen den internationalen Truppenaufmarsch in Saudi-Arabien aus. Das zuvor schon belastete Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und dem Jemen verschlechterte sich drastisch; die saudischen Hilfszahlungen (zuletzt 600 Millionen $ pro Jahr) wurden eingestellt und die jemenitischen Arbeitsmigranten aus Saudi-Arabien ausgewiesen. Der Irak und Kuwait, die bislang zusammen 50 000 Barrel Rohöl pro Tag in der Raffinerie in Aden verarbeiten hatten lassen, konnten aufgrund des Überfalls bzw. des internationalen Boykotts kein Rohöl mehr exportieren, und auch die Arbeitsmigranten in beiden Ländern wurden zurückgeschickt. Bisher geleistete Hilfszahlungen wurden eingestellt.

Unter dem Strich ergibt sich folgende Bilanz: Die Einnahmeverluste des Jemen durch den Golfkrieg werden bislang auf 3 Milliarden $ geschätzt (dies ist über ein Drittel des gesamten Bruttosozialproduktes!). Über 900.000 Arbeitsmigranten waren gezwungen, in den Jemen zurückzukehren, wobei die meisten in Jemen keine Arbeit finden. Die Arbeitslosenrate verdoppelte sich daraufhin auf 30 Prozent. Auch die Inflationsrate stieg an und beträgt nun 45 Prozent.

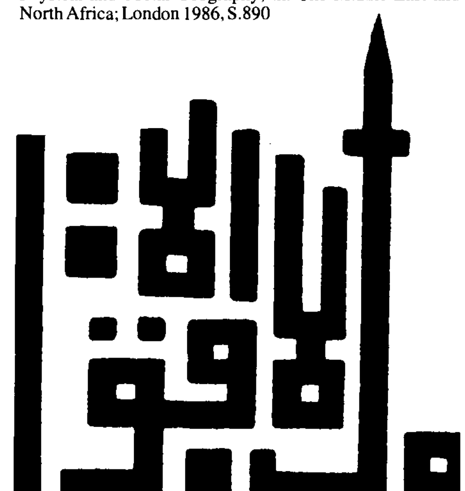
Diese ökonomische Misere wirkt sich natürlich auch auf das politische Klima aus. Mit der Vereinigung verbunden war der Übergang zu einem Mehrparteiensystem, und die aufbrechenden politischen Widersprüche drücken sich unter anderem darin aus, daß mittlerweile 33 neue Parteien gegründet wurden. Verschiedene Berichte über Demonstrationen zeigen, daß eine Polarisierung stattgefunden hat: Während in Sana' islamistische Gruppierungen dagegen demonstrieren, daß in der neuen Verfassung das islamische Recht nur als eine Quelle und nicht als die Quelle der staatlichen Ordnung benannt wird, sind es in Aden insbesondere Frauen, die gegen die Beschneidung ihrer Rechte durch die wachsende Bedeutung des Islam in der neuen Verfassung demonstrieren.

Wie wird es nach diesem wirtschaftlichen und sozialen Desaster im Jemen weitergehen? Es ist zu vermuten, daß die Ölländer am arabischen Golf auf Dauer nicht auf eingelernte und erfahrene Arbeitsmigranten verzichten werden. Auch bei den arabischen und internationalen Hilfezahlungen scheint eine Trendwende zur Wiederaufnahme der Zahlungen in Sicht. Und sicherlich kann auch eine gesteigerte jemenitische Erdölförderung die Probleme lindern. Doch all dies ist eine Frage von Jahren. So bleibt nur die Hoffnung, daß ein Land, dessen Menschen in einer Jahrtausende alten Kulturtradition mit schwierigsten Problemen fertig wurden, auch heute nicht vor drängenden Problemen kapitulieren wird.

Rainer Werle

Anmerkungen:

1) Ibn Battuta: Travels in Asia and Africa 1325-1354; London 1983, S.110
2) Brunner, Ueli: Antike Bewässerungsgebiete im Jemen; in: Jemen-Report 1/1991, S.12
3) vgl.: Werle, Rainer: Marxismus contra Tribalismus; in: Blätter des iz3w Nr. 133
4) Fisher, W.B.: People's Democratic Republic of Yemen - Physical and Social Geography; in: The Middle East and North Africa; London 1986, S.890



Schutz für politisch Verfolgte nicht preisgeben

Wer für Diskussionen zur Flüchtlingsfrage und zum Schutz Asylsuchender Argumente sucht, kann bei zwei Institutionen nachfragen, die sich seit längerem mit dem Schicksal von Flüchtlingen beschäftigen. Dabei handelt es sich um 'amnesty international' (ai) und um 'pro Asyl'. Pro Asyl hat seine Argumentationshilfe 'Fluchtursachen bekämpfen - Flüchtlinge schützen' betitelt (ihr könnt das vierseitige Flugblatt gegen Einsendung von 1.- DM in Briefmarken bei uns bestellen). amnesty veröffentlichte im Oktober 1991 sein Argumentationspapier, das wir gekürzt und aktualisiert dokumentieren (Red.).

Die Asyldiskussion 1991 war dadurch gekennzeichnet, daß die Zahl der Asylsuchenden weiter stieg. Während 1990 193.000 Asylanträge gestellt wurden, waren es 1991 256.112 Asylantragsteller. Hinzu kommt, daß 1990 über 400.000 Aussiedler in die Bundesrepublik kamen und 1991 über 200.000 Aussiedler erwartet wurden.

Dieser Zugang hat dazu geführt, daß die Kommunen in der Frage der Unterbringung von Aussiedlern und Asylsuchenden tatsächlich vor große Probleme gestellt waren. Diese Probleme haben wesentlich zu der aktuellen Asyldiskussion beigetragen. Bedenklich stimmt allerdings, wenn Unterkünfte, die für Aussiedler reserviert, zur Zeit aber nicht benötigt werden, nicht Asylsuchenden zur Verfügung gestellt werden. Hier drängt sich der Verdacht auf, daß nicht alle Möglichkeiten der Unterbringung ausgeschöpft und die Unterbringungsprobleme nicht ernsthaft angegangen werden. Somit wird die 'richtige' Stimmung für eine Änderung des Asylrechts mitgeschaffen.

Da es für Zuwanderer, insbesondere aus Osteuropa, keine andere Möglichkeit gibt, um vorübergehend in der Bundesrepublik bleiben zu können, beschreiten sie den Asylrechtsweg, selbst wenn sie auch im weitesten Sinne keine Flüchtlinge nach dem deutschen Asylrecht oder der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) sind und ihnen auch keine Gefahr für Leib und Leben droht. Der Begriff des Asylrechts ist daher in letzter Zeit unklarer geworden. Wenn über Asyl gesprochen wird, werden zumeist nur diese Zuwanderer genannt. Ein markantes Beispiel sind die vor dem Bürgerkrieg fliehenden Jugoslawen. Statt ihnen ein temporäres Bleiberecht zu gewähren, das mit der Situation in Jugoslawien korrespondiert, müssen sie Asyl beantragen.

Es kommen aber nach wie vor sehr viele Menschen in die Bundesrepublik, die sich auf politische Verfolgung, Gefahren für Leib und Leben und andere schwere Menschenrechtsverletzungen berufen können. Amnesty international weist in diesem Zusammenhang die vom ehemaligen Bundesinnenminister Schäuble aufgestellte Behauptung zurück, daß politische Verfolgung bei den Asylsuchenden nur 'marginale' Bedeutung habe. Im Gegenteil: Zehntausende von Asylsuchenden u.a. aus Iran, Irak, Sri Lanka, Somalia, Afghanistan, Libanon, Türkei und auch Jugoslawien sind lebende Beweise dafür, daß schwere Menschenrechtsverletzungen oder andere Gefahren für Leib und Leben nach wie vor Hauptgrund für die Flucht von Asylsuchenden sind.

Gerede vom Asylmißbrauch

Immer stärker wird die Forderung nach einer Änderung des in Artikel 16 Grundgesetz verankerten Asylgrundrechts erhoben. Zwar wird beschönigend nur von einer Ergänzung des Asylgrundrechts gesprochen. Aber auch die bisher gemachten Vorschläge zur Ergänzung des Grundgesetzes laufen auf eine Abschaffung des bisher bestehenden Individualanspruchs eines Asylsuchenden auf inhaltliche Überprüfung seines Asylbegehrens hinaus.

Die Befürworter einer solchen Auffassung oder Ergänzung des Asylgrundrechts behaupten, daß das Asylrecht massenhaft mißbraucht werde und eine Änderung den Verfolgten zugute käme. Sie ziehen dabei die geringen Anerkennungszahlen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf heran. Diese lagen 1990 bei fünf Prozent, zur Zeit liegen sie bei knapp acht Prozent. Von daher wird gefolgert, daß rund 90% der Asylsuchenden das Asylrecht mißbrauchen würden. Tatsache ist aber, daß die Anerkennungszahlen kein Maßstab für eine Verfolgungsgefahr in den Herkunftsländern darstellen.

Zunächst ist festzuhalten, daß die Anerkennungen nur die Zahlen der Verwaltungsinstanz, des Zirndorfer Bundesamtes, repräsentieren. Nimmt man die Anerkennungen durch die Gerichte hinzu, dann verdoppelt sich die Anerkennungsquote. Unberücksichtigt bleibt bei diesen Statistiken, daß aufgrund des eingeschränkten Asylbegriffs in der Bundesrepublik auch Menschen, die Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention sind, nicht in allen Fällen als Asylberechtigte anerkannt werden. Weiterhin von der Asylanerkennung ausgeschlossen bleiben in der Regel Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen staatlicher Organe fliehen, wenn das Herkunftsland, wie zum Beispiel Sri Lanka, als Bürgerkriegsland angesehen wird. Dann werden diese Menschenrechtsverletzungen nach unserer Rechtsprechung nicht als politische Verfolgung, sondern als Maßnahmen gegen den Bürgerkriegsgegner angesehen, auch wenn es sich um nicht am Kriegsgeschehen beteiligte Zivilpersonen handelt. So liegt die Anerkennungsquote bei Asylsuchenden aus Sri Lanka bei unter einem Prozent, während sie vor der Einschränkung des Asylbegriffs durch das Bundesverwaltungsgericht im Jahre 1985 noch bei 70% lag.

Daß von der geringen Anerkennungszahl beim Bundesamt nicht auf einen Mißbrauch des Asylrechts geschlossen werden kann, macht auch eine Untersuchung einer Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz vom April 1988 deutlich.

Danach können knapp 60% der abgelehnten Asylsuchenden aus politischen, rechtlichen und humanitären Gründen nicht abgeschoben werden. Dabei ist davon auszugehen, daß rund 30% der abgelehnten Asylsuchenden wegen der Gefahr für Leib und Leben oder anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen vor einer Abschiebung geschützt werden.

Liste verfolgungsfreier Länder

Der Versuch, eine Liste 'verfolgungsfreier' Länder zu erstellen, ist zum Scheitern verurteilt. Im Jahr 1990 hat Oskar Lafontaine Jugoslawien ein 'verfolgungsfreies' Land genannt. Damals war die Entwicklung zur Bürgerkriegssituation noch nicht absehbar, aber bereits 1990 kam es zu massiven Verfolgungen von Albanern aus dem Kosovo wegen ihres gewaltfreien Eintretens für die Rechte ihrer Volksgruppe. Der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth, hat Sri Lanka als ein Land bezeichnet, in dem keine Verfolgung stattfindet, mit der Folge, daß Asylsuchende aus Sri Lanka sofort an der Grenze zurückgewiesen werden sollten. Kriterium für diese Einstufung als 'verfolgungsfrei' ist die geringe Anerkennungsquote des Bundesamtes. Zur Zeit wird Rumänien als 'verfolgungsfrei' bezeichnet. Das Bundesamt in Zirndorf hat im ersten Halbjahr 1991 aber immerhin 56 Asylbewerber aus Rumänien als Asylberechtigte anerkannt.

Diese Beispiele zeigen, daß durch die Aufstellung von Listen 'verfolgungsfreier' Länder mit der Folge der Zurückweisung an der Grenze auch politisch Verfolgte und Opfer von Menschenrechtsverletzungen getroffen würden.

Verfahrensbeschleunigung

Die Vorschläge, Asylverfahren innerhalb einer Frist von sechs Wochen abzuschließen, bergen die erhebliche Gefahr in sich, daß aufgrund des vorgegebenen Zeitdrucks es nicht mehr zu einer angemessenen Überprüfung des Asylbegehrens kommen kann. Die Sachverhalte im Asylverfahren stellen sich nicht so einfach dar, daß ohne weitere Nachprüfung und Einholung von Auskünften sachkundiger Stellen entschieden werden kann.

Amnesty international regt an, andere Maßnahmen zu einer Beschleunigung der Asylverfahren ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Nach dem Ausländergesetz ist vorgesehen, daß die Ausländerbehörden über das Vorliegen von Abschiebungshindernissen wie Folter, Todesstrafe und konkrete Gefahr für Leib und Leben entscheiden. Hierbei handelt es sich um Sachverhalte, die eine genaue Kenntnis der Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern erfordern. Die Ausländerämter sind hierzu von ihrer Funktion und von der Ausbildung ihrer Mitarbeiter nicht in der Lage.

Die Erfahrung zeigt, daß sie sowohl nach dem alten Ausländergesetz als auch nach dem neuen Ausländergesetz die ihnen zugestandenen sachlichen Kompetenzen nicht erfüllen (können). Von daher wäre zu überprüfen, ob die Entscheidung über die auf die Menschenrechtssituation im Herkunftsland begründeten Abschiebehindernisse beim Bundesamt gebündelt und Ausländerämtern nur noch die Entscheidung über in der Bundesrepublik liegende Abschiebungshindernisse (sozial-humanitäre Gründe) übertragen werden sollte.

Europäische Harmonisierung

In der Asyldiskussion der letzten Wochen ist auch gefordert worden, das Asylrecht so zu ändern, daß Asylsuchende, deren Antrag bereits in einem anderen europäischen Land abgelehnt worden ist, direkt an der Grenze ohne Überprüfung des Antrags zurückgewiesen werden zu können. Dieser Vorschlag läßt außer Acht, daß auf europäischer Ebene noch keine Schritte in Richtung auf eine inhaltliche Harmonisierung gemacht worden sind.

Die Anerkennungskriterien und der Rechtsschutz weichen in den einzelnen europäischen Ländern noch erheblich voneinander ab. So wurden 1989 zum Beispiel in Frankreich 60% der Asylsuchenden aus Sri Lanka als Asylberechtigte anerkannt, in der Bundesrepublik lag die Anerkennungsquote im gleichen Zeitraum bei 0,5%. In einigen Ländern gibt es die Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung der Verwaltungsbehörden, in anderen europäischen Ländern findet die Überprüfung lediglich durch die Innen- bzw. Justizminister statt.

Solange die Anerkennungskriterien und der Rechtsschutz nicht angeglichen werden und eine rechtliche Überprüfung auf europäischer Ebene nicht vorgesehen ist, kann eine Entscheidung eines anderen europäischen Landes allenfalls als Indiz für die Frage des Vorliegens einer Verfolgung herangezogen werden. Eine Zurückweisung an der Grenze ohne nochmalige Überprüfung ist jedoch nicht statthaft.

Weitere Informationen:
amnesty international (ai)
Postfach 17 02 29
5300 Bonn 1
Tel: 0228/65 09 81

Pro Asyl
Neue Schlesingergasse 22
6000 Frankfurt/M 1
Tel: 069/29 31 60

Buchprojekt zu MigrantInnen und Flüchtlingen

Die Arbeitsgruppe Oberkircher Lehrmittel (AOL) will ein neues Buch über Projektarbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen herausgeben (Schwerpunkt Sekundarstufe I). Sie suchen für dieses Buch kurze Projektberichte (vier bis sechs Schreibmaschinenseiten), insbesondere Projektbeispiele, bei denen das Sprachlernen einen großen Anteil hat bzw. im Vordergrund steht.
AOL-Mutter
z.Hd. Manfred Huth
Itzehoer Weg 3
2000 Hamburg 20

Fluchtursachen bekämpfen

Angesichts der Debatte um das Asylrecht fordert der Dachverband entwicklungspolitischer Ak-tionsgruppen Baden-Württemberg (DEAB) eine veränderte Politik im Umgang mit den Ländern der 'Dritten Welt'. Durch ihr wirtschaftliches und politisches Verhalten trägt die Bundesregierung bis heute ursächlich zur Flucht vieler Menschen bei.
Mit folgenden Maßnahmen könnte die Lage für viele Betroffene in der Dritten Welt verbessert werden.
Schuldenerlaß für die Dritte Welt: Jährlich fließt mehr Kapital vom Süden in die Industriestaaten als umgekehrt. Damit ist den Ländern und Völkern der Dritten Welt jede Chance genommen, eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.
Aufhebung des Protektionismus: Nach Weltbankberechnungen gehen den Dritte-Welt-Volkswirtschaften jährlich etwa 100 Milliarden Dollar verloren, weil Industrieländer wie die Bundesrepublik oder die Europäische Gemeinschaft Handelshemmnisse aufgebaut haben.
Stopp von Rüstungsexporten: Waffenlieferungen und -käufe verschärfen in vielen Ländern die innenpolitische Lage und tragen zur Instabilität dieser Staaten bei. Dadurch sehen sich viele Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.
Keine Unterstützung von Regierungen, die Menschenrechtsverletzungen begehen und höhere Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte aus der Dritten Welt.

Die Erstgeborenen

Der etwas andere Abenteuerroman

Sand rieselt in den Hufabdruck. Das Streifengnu muß ganz in der Nähe sein. Hagao prägt sich die Fährte ein, versetzt sich in das schiefergraue, büffelähnliche Tier und folgt seiner Spur. In einer Kalkpfanne erkennt er das Gnu schemenhaft, riecht den scharfen, ranzigen Wildgeruch. Seine Hände zittern unmerklich, als er das Gnu anvisiert, der Giftpfeil von der Sehne schwirrt und in die Flanke des Tieres eindringt. Das Gnu stürmt davon. Hagao und sein Vater haben keine Eile. Sie lassen sich unter einem Baum nieder, warten bis der Bock erlahmt und das Gift zu wirken beginnt. Wenn es Zeit ist, werden sie die Fährte wieder aufnehmen und den Bock töten, sein Blut trinken und dem Tier insgeheim danken, daß es ihnen zum Weiterleben verhilft.

Baas Eckstein kennt nur eine Leidenschaft . Er ist auf der Suche nach dem Berg, wo es theoretisch keinen Berg geben dürfte, im Länderdreieck von Südwestafrika, Betschuanaland und der Union Südafrika. In seinem Inneren vermutet er genügend Wasser für sein Vieh, vor allem aber die kostbarsten, aus reinem Kohlenstoff bestehenden Steine der Welt: Diamanten. Doch der Berg, von dessen Existenz er von einer Gwi-Buschfrau erfahren hatte, bleibt unauffindbar. Als dann der Wasserspiegel im Bohrloch rapide sinkt, er notgedrungen Vieh verkaufen muß und seine Frau ihn nur noch mit Vorwürfen überhäuft, macht er sich auf, Buschmenschen einzufangen. Von ihnen will er das Geheimnis erpressen.

Giselher Hoffmann erzählt eine spannende, in den 50er und 60er Jahren dieses Jahrhunderts angelegte Geschichte, in der die Sippe der Gwi, die Erstgeborenen, unweigerlich mit den weißen Eindringlingen zusammenstoßen. Anders als in den meisten klassischen Abenteuerromanen, in denen die weiße Kultur als die alleinig seligmachende einer schwarzen, tumben Unkultur gegenübergestellt wird, stellt Hoffmann beide in ihren jeweiligen Vorstellungen und Zwängen für die beteiligten Personen dar.

Für Katuma, den Bruder von Hagao, ist die Begegnung Anfang der Gefangenschaft. Er wird aus seiner Sippe herausgerissen, verprügelt und gekettet, ist den Launen Ecksteins ausgeliefert. Und er kommt in Berührung mit dem Leben der Weißen: Er kann essen, ohne zu jagen, Wasser gibt es in riesigen Mengen. Er lernt die fahrende Schildkröte (Autos), den duftenden Stein (Seife) und den Feuervogel (Flugzeug) kennen. Gerade aus dem Blickwinkel der Erstgeborenen hält Hoffmann den Weißen und ihrem Tun den Spiegel vor, das im Gegensatz zu deren Leben so zerstörerisch mit der Umwelt umgeht, sich die Kalahari untertänig macht, sie vergewaltigt. "Du drischst mit der Bohrmaschine auf sie ein, fesselst sie mit deinen Zäunen, errichtest Häuser und Tränken, reißt die Erde mit dem Pflug auf ...", sagt Baas Eckstein zu seinem Sohn, um darin dennoch den Fortschritt zu sehen.

Gleichzeitig schildert Hoffmann das Leben der Gwi, der Buschmenschen aus der Kalahari sehr eindringlich. Sie sind es, die in der Wüste überleben können; aber ihr Leben ist hart, gnadenlos. Allein überlebt in der Kalahari keiner, nur die Sippe als Ganzes. Die Suche nach Wasser, nach Knollen und Früchten und die Jagd bestimmen das Leben, eingebettet in den Glauben an Nodima, den guten, und Gawama, den törichten und ungeschickten Gott. Hoffmann gibt einen Einblick in das Leben der Buschvölker. Er beschreibt die Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann, den Alten und Jungen, wann geliebt und wie getrauert wird und läßt die Gwi über ihre Religion erzählen. Giselher Hoffmann kann die Sitten und Gebräuche der Buschmenschen so genau beschreiben, weil er als Berufsjäger zwei Jahre mit einem Buschmann als Jagdgefährten und Lehrer unterwegs war. Dieser führte ihn in die Geheimnisse der Wildnis ein und gewährte einen tiefen Einblick in seine Welt. So ist sein Abenteuerroman auch ein völkerkundliches Werk; mit allen Vorzügen der ersten Gattung.

Wohltuend ist auch, daß er weder die Gwis unkritisch erhöht, noch die Kategorien von "Gut" und "Böse" einfach umgedreht hat. Die Gwis streiten sich, neiden einander den Erfolg, und Angst ist ihnen ebensowenig fremd. Und sie sind in ihrem Leben der Natur weitaus schutzloser ausgeliefert.

Letztlich ist es gerade der Fortschritt der weißen Gesellschaft, das bequeme Leben, das die Buschvölker bedroht. Katuma, der Protagonist in Hoffmanns Roman, kehrt nicht mehr zurück, weil er durch die Berührung mit der weißen Lebensweise nicht mehr im Busch überleben zu können glaubt. "Wir haben den Erstgeborenen unsere Zivilisation aufgezwungen. Und nun setzt es uns in Erstaunen, daß sie an unserer so bequemen Welt zerbrechen, wo sie doch in einer viel härteren überlebt haben."

Michael Netzhammer

Giselher W. Hoffmann:
Die Erstgeborenen
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1991, 438 Seiten, 46,- DM.

Widerstandsliteratur oder Agit Prop?

"Etwas in Matigaris Stimme ließ sie aufhorchen. Traurigkeit lag darin, aber auch Hoffnung und Mut. Seine Worte schienen sie an lange Vergessenes zu erinnern, versetzten sie in Träume zurück, die sie vor langer Zeit einmal geträumt hatten."

Der Roman des Kenianers Ngugi wa Thiong'o erschien 1986 im Original in Gikuyu unter dem Titel "Matigari Ma Njiruungi", das bedeutet wörtlich "Patrioten, die die Kugeln überleben". Er erzählt die Geschichte des Freiheitskämpfers Matigari, der lange Jahre in den Wäldern gegen einen weißen Kolonialisten und seinen schwarzen Handlanger gekämpft hat - Kenia während der fünfziger Jahre, als die britische Macht durch den sog. Mau-Mau-Aufstand erschüttert wurde. Als er endlich nach Hause zurückkehrt, muß er jedoch entdecken, daß auch nach der Unabhängigkeit die Strukturen die alten geblieben sind. Auf den Stühlen der besiegten Väter sitzen heute deren Söhne. Matigaris Kampf an der Seite der Entrechteten und Unterdrückten geht weiter. "Ich werde keine Nahrung beschaffen, damit Er-der-erntet-wo-er-nie-gesät-hat sich satt essen kann und ich mit leerem Bauch schlafen gehe. Ich werde kein Haus bauen, damit Er-der-erntet-wo-er-nie-gesät-hat darin schlafen kann und ich mich draußen niederlegen muß." Seine Reden wecken Hoffnung. "Zuviel Angst brütet Elend im Land." Matigari wird zur Legende, seine Taten ins Mythische überhöht: Überall verbreitet sich das Gerücht von der Einkehr des "Messias", der umhergeht auf der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit. Als ihm der staatliche Repressionsapparat an den Kragen will, stirbt dieser schwarze Messias jedoch nicht den Opfertod, sondern greift zu den Waffen. "Nur ein geschärfter Speer schafft Gerechtigkeit für die Unterdrückten."

Mit europäischen Kategorien läßt sich der Roman von Ngugi wa Thiong'o schwer erfassen, wirken Thema und Botschaft ein wenig abgegriffen. Die Geschichte um Matigari, John Boy und Settler Williams ist nichts anderes als die Geschichte von Kolonialismus, Kollaboration, Befreiungskampf und neu beginnendem Widerstand gegen die neokoloniale Fortschreibung der alten Ausbeutungsstrukturen. Auch von der Form her mag die recht eindimensional gehaltene Geschichte mit ihren überschaubaren Figuren etwas simpel wirken. Ihre besondere politische und literarische Kraft liegt jedoch auf anderen Ebenen, die eng mit Ngugis politischer Entwicklung verknüpft sind. Nachdem er sich mit einigen auf Englisch verfaßten Romanen bereits einen Namen gemacht hatte, schreibt er seit 1978 seine Werke nur noch in seiner Muttersprache Gikuyu und versucht, eine Synthese zwischen moderner Literatur und traditioneller afrikanischer Oralliteratur zu schaffen.

Ein erster Schritt in Richtung einer neuen Wertschätzung afrikanischer Sprachen war bereits 1970 erfolgt: Er legt seinen christlichen Vornamen James ab und nimmt einen Gikuyu-Namen an. 1977 schreibt er sein erstes Stück in Gikuyu: Ngaahika Ndeenda" (englisch: I Marry when I Want), das von der unmäßigen Bereicherung der neuen kenianischen Oberschicht handelt. Am Kultur- und Bildungszentrum von Kamirithu, einem kleinen Ort in der Nähe von Nairobi, bearbeitet er es mit Bauern und Arbeitern. Immer mehr begreift er die Gestaltung von Literatur als gemeinschaftlichen Akt, der ihn dem Volk, den Menschen wieder näher bringt. Damals heißt es, die Aufführung des Stückes sei geeignet, den Klassenkampf zu schüren. Wenige Monate später wird Ngugi verhaftet und im Hochsicherheitstrakt in Nairobi fast ein Jahr ohne Angabe von Gründen eingesperrt. Das Stück fällt der Zensur zum Opfer.

In dieser Zeit trifft er den Entschluß, seine literarischen Werke nur noch in Gikuyu zu schreiben: "Wenn unser Publikum aus Bauern und Arbeitern besteht, dann scheint mir, müssen wir in der Sprache der Bauern und Arbeiter schreiben." Jahre später resümiert er: "Solange ich Romane schrieb, die in Europa veröffentlicht wurden und nur von den wenigsten Kenianern überhaupt zur Kenntnis genommen wurden, konnte ich mir literarisch so ziemlich jede Radikalität erlauben..." Im Gefängnis entsteht 1978 der Roman "Caitaaini Mutherabaini", mit dem er nach der Freilassung seine Theaterarbeit im Kamiriithu fortsetzt. Tausende kommen zu den Aufführungen, bis die Regierung auch dieses Stück verbietet. 1982 geht Ngugi ins Exil.

Das ist der Hintergrund für "Matigari" und neben "Caitaani Mutherabini" der bislang konsequenteste Versuch, moderne Literatur in die Tradition mündlicher Dichtung zu integrieren. Eine mündlich überlieferte Gikuyu-Erzählung von einem Mann, der sich auf der Suche nach Heilung von seiner Krankheit befindet, bildet das Gerüst der Geschichte. Auch in den vielen Gleichnissen und Symbolen zeigt sich die Verbundenheit mit Oralliteratur. Häufige Wiederholungen von Bildern und Metaphern, wie die Nachrichten des persiflierten staatlichen Radiosenders "Stimme der Wahrheit", die rhythmische Sprache und ihr dialogischer Charakter prägen sich unweigerlich ins Gedächtnis ein.

Mit diesen sprachkünstlerischen Mitteln schafft es Ngugi, nicht nur LeserInnen, sondern auch ZuhörerInnen zu erreichen. Moderne Literatur rückt damit wieder in die Nähe der Möglichkeiten der Oralliteratur, die einen großen Kreis von Interessierten - auch Leseunkundige - erreicht. Und das ist Ngugis Ziel.

Tatsächlich verbreitete sich das Buch in Kenia zu weiten Teilen durch Vorlesen und Erzählen in der Öffentlichkeit: beim Warten auf den Bus, in den Arbeitspausen, in Kneipen und Bars. Und es ist kein Gerücht, daß die kenianischen Behörden kurz nach dem Erscheinen des Romans einen Haftbefehl gegen einen Volksaufhetzer namens Matigari erließen. Als sie ihren Irrtum bemerkten, ordneten sie die sofortige Beschlagnahme "Matigari ma Njiruungis" an.

sw

Ngugi wa Thiong'o, Matigari. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1991, 206 Seiten, 28.-DM

Zur Jahreswende ist ein weiteres Buch von Ngugi wa Thiong'o auf deutsch erschienen: Kaltgestellt (Gikuyu: 1981). Dieses Gefängnistagebuch entstand offensichtlich erst nach seiner Haftentlassung und ist somit nicht als "authentisches" Zeugnis seiner individuellen Gefangenschaft zu verstehen. In viel geringerem Maße als bei vergleichbaren Büchern aus dem Gefängnis, wie etwa bei Wole Soyinkas "Der Mann ist Tod", macht Ngugi die existenzielle Erfahrung der Isolationshaft zum Thema existenzialistischer Reflexionen. Nicht sein persönliches Schicksal steht im Vor-

dergrund, sondern "Festnahme und Haft" werden "als ein politisches und soziales Phänomen" behandelt.

So hat Ngugi "Kaltgestellt" als politisches Geschichtsbuch konzipiert. Erzählt wird die Geschichte kenianischen Widerstands gegen koloniale und neokoloniale Herrschaft, erinnert wird an die vielen Widerstandskämpfer, die anders als er, der weltweit anerkannte Literat, nicht "nur" kaltgestellt, sondern "kaltgemacht" wurden.

Gerade der Versuch, das eigene Schicksal in einen größeren politischen und historischen Zusammenhang zu setzen, der Versuch der Entindividualisierung der Gefägniserfahrungen, läßt die Person Ngugi wa Thiong'o besonders deutlich hervortreten. Die Auswahl dessen, was uns aus Ngugis Biographie berichtet wird, wurde eben nicht von der historischen Situation bestimmt, sondern von ihm, der Autobiographien für uninteressant hält, getroffen.

Ngugi hat mit diesem Gefängnistagebuch nicht nur eine Interpretation der Herrschaftsverhältnisse im heutigen Kenia geliefert, sondern auch einen Schlüssel zum Verständnis seiner Werke. Ohne die vorhergehende Lektüre von "Kaltgestellt" hätte ich das oben besprochene Matigari, trotz des informativen Nachworts, schön eurozentristisch in der Tradition sowjetischer Agitprop-Heldenepen angesiedelt. Doch nicht Stalin, sondern Amilcar Cabral und dessen Überlegungen zur Rolle der Kultur im Befreiungskampf bilden den politischen Hintergrund der Arbeiten Ngugis. Kennt man erst Ngugis an Brecht orientierte Überlegungen zum Theater, verwandelt sich der bei oberflächlicher Lektüre so schlichte propagandistische Roman in eine Arbeit, die sich politischer Basisarbeit verpflichtet fühlt und zudem komplexen literarischen Ansprüchen genügt.

Ich kann nur empfehlen, beide Bücher zusammen zu lesen. "Kaltgestellt" ist m.E. das interessantere, erreicht aber in der Sorgfalt der (end)redaktionellen Betreuung nicht den Standard von Matigari. Es ist dem engagierten Trickster Verlag zu wünschen, daß seine Bücher endlich so viele Leser finden, wie sie es eigentlich verdienen, damit man sich auch dort diese Sorgfalt leisten kann.

Andreas Beil

Ngugi wa Thiong'o
Kaltgestellt. Trickster Verlag, München 1991, 344 Seiten, 38.- DM.

Der Verkaufte Traum Europa aus der Sicht Ghanas

"Hier sitze ich nun vor meinem großen, ovalen Spiegel" und "betrachte diesen dreckigen Rest, der von mir geblieben ist, und heule". So beginnt die Geschichte von Mara, einer ahnungslosen Ghanaerin, die es nach Deutschland verschlagen hat. Sie glaubte an den Traum, im reichen Norden so viel Geld verdienen zu können, daß sie anschließend in Afrika ein angenehmes Leben führen kann. Doch es kommt anders. Sie endet als Prostituierte in einem dubiosen Bordell nahe München. Auf den ersten Blick, so scheint es, die klassische Rollenverteilung: die afrikanische Frau als Opfer, der europäische Mann als Täter. Doch die Rollen sind diesmal anders verteilt.

Mara ist nur die Figur in einem ausgeklügelten Plan, der in Ghana beginnt. Sie wird mit Akobi verheiratet, einem Mann aus ihrem Dorf, der das Landleben satt hat. Die Ehe - ein Alptraum. Er schlägt und demütigt sie, und sie erträgt es, weil sie glaubt, es müsse so sein. Deshalb folgt sie ihm auch nach Europa.

Akobi aber ist der eigentliche Täter, und das macht das Buch so heikel. Der Afrikaner entpuppt sich als habgieriger und gewinnsüchtiger Aufsteiger, der seine Frau belügt, hintergeht und benutzt. Schließlich zwingt er sie zur Prostitution. Erst jetzt wacht Mara auf. Sie erkennt die Zusammenhänge.

Akobi hatte inzwischen eine deutsche Frau geheiratet. Gitte liebt ihn, und gegen den Widerstand ihrer Eltern, die einen Schwarzen als Ehemann nicht akzeptieren, gehen sie zum Standesamt. Jetzt kann er im Land bleiben, ohne durch die Mühlen des langwierigen Asylverfahrens gedreht zu werden. Und Mara läßt er nachkommen: als Schwester, die auf dem Strich Geld besorgt. Beide Frauen nutzt er aus, um seinem eigentlichen Ziel näher zu kommen: als Reicher in Afrika ein glückliches Leben mit Comfort, seiner ghanaischen Geliebten, führen zu können.

Die Autorin Amma Darko, einst selbst Flüchtling in Deutschland, weiß, wovon sie in ihrem Buch "Der verkaufte Traum" erzählt. Auf der Suche nach Asyl lernte sie Prostituierte aus Ghana kennen, erfuhr von ihren Erlebnissen und machte ein Buch daraus. So sind die Figuren zwar erfunden, die Geschichten aber wahr. Und die beginnen mit Träumen und enden im Bordell. "Ich bin jetzt Nutte, durch und durch Nutte", resümiert Mara resigniert. Die Autorin versteht es, ein ungeschminktes Bild ihrer Landsleute zu zeichnen, auch wenn die Sprache manchmal etwas befremdet. So verfällt die naive, unterwürfige Mara bereits in Umgangssprache, bevor sie in Ostberlin aus dem Flugzeug steigt. Aber das ist wohl ein Problem der Übersetzung.

Das Buch erhält seine Spannung dadurch, daß es den Klischees widerspricht und sie zugleich bestätigt. Zwar ist ein Afrikaner der Täter, der bei seinem Weg nach oben kein Mittel scheut. Er ist zugleich aber auch Opfer, denn er glaubt an den Traum, der in Afrika so oft geträumt wird: einige Jahre Arbeit in Europa, anschließend ein sorgenfreies Leben in Afrika.

ck

Amma Darko
Der verkaufte Traum.
Schmetterling Verlag, Stuttgart 1991, 180 Seiten, 29,80 DM.

Analysen zu Südkorea

Ein Wirtschaftsmythos am Ende?

Südkorea gilt als erfolgreiches Beispiel für eine nachholende Industrialisierung. Der Preis dafür war eine autoritäre Staatsführung, ein extrem niedriges Lohnniveau mit den weltweit schlechtesten Arbeitsbedingungen und einer zunehmend drastischen Umweltverschmutzung.

Seit 1990 scheint die koreanische Wirtschaft in einer Wachstumskrise zu stecken. Der Rückgang der Wachstumsrate des Sozialprodukts, wieder ansteigende Verschuldung und Absatzeinbrüche bei der koreanischen Industrie deuten darauf hin. Schon melden sich Kritiker zu Wort, die aus dieser Situation die Erfolglosigkeit dieses Industrialisierungsmodells zu beweisen suchen. Etwas voreilig, wie ich meine.

In ihrem Buch "Dragons in distress" untersuchen Stephanie Rosenfeld und Walden Bello, Mitarbeiter am Institute for Food and Development in San Francisco, die aktuelle Entwicklung in Südkorea, Taiwan und Singapur. Dabei stellen sie heraus, daß es in allen drei Ländern wirtschaftliche Krisentendenzen gibt. Die Orientierung der südkoreanischen Wirtschaft v.a. auf den US-amerikanischen Absatzmarkt und die kontinuierliche Aufwertung des Won gegenüber dem US-Dollar mußte letztendlich zu dem 1990 erstmals wieder eingetretenen Außenhandelsdefizit führen. Gegen eine "Dumping"-Preispolitik seitens koreanischer Firmen haben sich die USA schon Mitte der achtziger Jahre mit Strafzöllen gegenüber Hyundai-Autos gewehrt.

Der von den Autoren prognostizierte zunehmende Protektionismus korrespondiert mit der binnenwirtschaftlichen Strukturkrise Südkoreas. Die drastischen Lohnsteigerungen seit 1987 führten zu einem fortschreitenden Verlust des "komparativen Vorteils" in einigen Industrie- und Fertigungsbereichen - wie beispielsweise der Textilindustrie - aufgrund niedriger Löhne. Gleichzeitig haben sich die High-Tech-Produktionsbereiche aber noch nicht genügend entwickelt. Dies liegt sowohl an der Abhängigkeit der südkoreanischen Unternehmen von Fremd- bzw. ausländischem Kapital wie auch an ungenügenden Investitionen in technologische Innovationen seitens der koreanischen Chaebols (koreanische Industriekonglomerate). Aber auch die Abhängigkeit der südkoreanischen Wirtschaft von Importgütern bei Grundstoffen und Vorprodukten spielt für die aktuelle Wachstumsschwäche eine Rolle. Schließlich verschärfen sich in Südkorea die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen durch Forderungen nach demokratischer Partizipation der Bevölkerung, nach Behebung der weiter wachsenden ökologischen Probleme, nach weiteren Lohnsteigerungen und Sozialleistungen seitens der sich neu entwickelnden gewerkschaftlichen Opposition.

Für Bello und Rosenfeld zeigen diese Entwicklungen die Grenzen einer auf Wachstum ausgerichteten wirtschaftlichen Entwicklung. Die Beschäftigten und die Natur bleiben bei einer solchen wirtschaftlichen Entwicklung auf der Strecke.

Daß die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, bei einem wirtschaftlichen Entwicklungsweg wie dem Südkoreas, nichts zu lachen hat, beschreibt George E. Ogle in seinem Buch "Dissent within the economic miracle". Ogle war Professor für Wirtschaftsbeziehungen in Seoul. Mitte der siebziger Jahre wurde Ogle für seine öffentliche Verteidigung von acht politischen Gefangenen in Südkorea inhaftiert und anschließend ausgewiesen. 1989 durfte er das Land wieder besuchen und publizierte v.a. auf der Grundlage von persönlichen Gesprächen dieses Buch. Herausgekommen ist dabei eine engagiert geschriebene Geschichte der koreanischen Werktätigen, die bis heute der staatlichen Repression unterliegen. Anhand der Biographien eines einfachen Arbeiters und des Präsidenten des Automobilkonzerns Hyundai zeichnet er ein Bild der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklung in Südkorea.

Für Ogle waren es im wesentlichen fünf Faktoren, die Südkorea zu einem wirtschaftlich gesehen höheren Lebensstandard verhalfen: die zentralisierte Planung v.a. durch das Economic Planning Board, das ausländische Kapital, das Modell einer exportorientierten Entwicklung, die Chaebols und die militärische Diktatur. Diese "innovativen Faktoren" verbesserten den Lebensstandard der südkoreanischen Bevölkerung und machten die Armut zu einem marginalen Problem. Gleichzeitig sorgten diese Faktoren für die Repression gegen jegliche Aktivitäten bzw. Forderungen seitens der Arbeiter. Letztendlich plädiert Ogle für eine breite, demokratische Beteiligung der südkoreanischen Gewerkschaften an der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes.

Die beiden bisher angesprochenen Bücher haben v.a. zwei Mängel. Einerseits vermögen sie bestenfalls in Ansätzen, politische und wirtschaftliche Entwicklungsszenarios zu entwerfen, andererseits arbeiten gerade Bello/Rosenfeld mit teilweise wenig glaubwürdigen Quellen. Dafür ein Beispiel aus dem Buch von Bello/Rosenfeld. So zitieren die Autoren eine Statistik aus der Zeitschrift "Business Korea", die dramatische Verschuldungsraten der führenden Chaebols aufweist. Belegt werden soll damit indirekt die eigene Entwicklungsschwäche führender südkoreanischer Unternehmen. Allerdings muß man einwenden, daß solche Kennzahlen nichts über die Herkunft, Fristigkeit, kurz: Qualität dieser Schulden aussagen. Denn es ist von Bedeutung, wer der Schuldner ist, zu welchem Zins der Schuldner seine Einlage verzinst und mit welcher Laufzeit, und schließlich was eigentlich als Schulden in diesem Sinne gewertet wird. Eine negative Darstellung gerade in koreanischen Magazinen kann durchaus Sinn machen, wenn versucht wird, den Gewerkschaften die Grundlage für ihre Argumente zu weiteren Lohn- und Sozialforderungen zu entziehen (auf diesen Zusammenhang verweist M. Pohl in seinem Aufsatz, siehe weiter unten).

Zu einer differenzierteren Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Südkoreas gelangt die 1989 veröffentlichte Arbeit von Byung-Duck Hwang. Dieses Buch bietet m.E. noch immer die beste deutschsprachige Analyse der südkoreanischen Gesellschaftsentwicklung der letzten vier Jahrzehnte. Der Autor untersucht sowohl die Politik und Ideologie der autoritären Herrschaft in Südkorea als auch den damit einhergehenden weltmarktorientierten Entwicklungsweg.

Bezüglich der ökonomischen Entwicklung ist Hwangs Hauptthese, daß Südkorea "nicht trotz, sondern wegen der Weltmarktintegration eine erfolgreiche kapitalistische Transformation" zu einer Industrienation westlichen Typs durchführt. Hwang setzt sich dabei mit den Vorstellungen der Modernisierungs- und der Dependenztheorie auseinander und zeigt, daß beide Modelle für die Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung Südkoreas unzulänglich sind. Die relativ egalitäre Einkommensverteilung, der wachsende Konsum und der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems lassen Südkorea zu einem modernen Industriestaat mit wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen wachsen. Empirisch belegt der Autor diese Entwicklungen v.a. im Vergleich mit den lateinamerikanischen Staaten. Damit einher geht auch ein politischer Wandel in der südkoreanischen Gesellschaft. Einerseits ist die Gesellschaft der universalen Norm 'Demokratie' ausgesetzt", andererseits wird sich nach Hwangs Ansicht die antikommunistische Ideologie der bürgerlichen Demokratie unterordnen.

Das von W. Draghun herausgegebene Buch "Asiens Schwellenländer: Dritte Weltwirtschaftsregion?" enthält überarbeitete Referate einer Tagung. Eingeleitet wird der Band mit Grundthesen zur Entwicklung in Ost- und Südostasien von Rüdiger Machetzki. Es folgen Länderbeiträge zu Singapur, Südkorea, Taiwan, Hongkong, Thailand, Malaysia und Indonesien. Manfred Pohl beschreibt zunächst in seinem Beitrag über Südkorea die wirtschaftliche Entwicklung des Landes anhand der staatlichen Fünfjahrespläne. Der zweite Teil seines Aufsatzes beschäftigt sich mit den jüngsten Entwicklungen. Der siebte Fünfjahresplan (für 1992 bis 1996) soll sowohl die Spar- und Investitionsquote als auch die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Südkorea deutlich steigern. Zudem beabsichtigt das EPB (Economic Planning Board) die Kreditkontrollen und Steuervergünstigungen für die Chaebols zu streichen. Die wirtschaftlichen Warnzeichen sieht Pohl im Rückgang der ausländischen Investitionen, im Lohnanstieg, dem internationalen Druck nach weitergehenden Liberalisierungen v.a. auf dem Finanzmarkt, der sinkenden Nachfrage auf den wichtigsten Absatzmärkten für koreanische Produkte sowie steigenden Bodenpreisen in Südkorea und den Folgewirkungen der Golfkrise.

Im Gegensatz zu Bello/Rosenfeld betont Pohl, daß das reale Wirtschaftswachstum in Südkorea im internationalen Vergleich immer noch beachtlich ist. Zudem hat die südkoreanische Wirtschaft schneller als beispielsweise Japan auf die Öffnung Osteuropas und der (nunmehr ehemaligen) Sowjetunion reagiert und ist dort schon aktiv im Geschäft. Der mangelnden Liquidität dieser Länder begegnet Südkorea mit Kompensationsgeschäften (Waren gegen Rohstoffe). Zudem könnte es künftig auch vom sowjetischen 'know-how' in einigen Bereichen profitieren. Daß die südkoreanischen Unternehmen auf die protektionistischen Drohungen der US-Regierung reagierten, zeigt ihre Strategie, sich zunehmend andere Märkte (Japan, China und die osteuropäischen Staaten) zu erschließen. Hwang sieht darüber hinaus - und im Gegensatz zu Bello/Rosenfeld - v.a. zu lateinamerikanischen Staaten vergleichsweise hohe Ausgaben im Bereich der Forschung und Technologie sowie eine international gesehen gute Qualifikation von koreanischen Arbeitskräften. Letzteres schlägt sich in Managementfähigkeiten nieder, die sicherlich von nicht zu unterschätzender Bedeutung bei der wirtschaftlichen Expansion in neue Märkte sind. Pohl und Hwang sehen auch die sogenannte Nordpolitik der südkoreanischen Regierung gegenüber Nordkorea in diesem Zusammenhang.

Die von Bello/Rosenfeld geäußerte Kritik zeigt erst einmal nur, daß sich die südkoreanische Ökonomie in einer Umbruchsituation hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur und ihrer Auslandsmärkte befindet. Dies bedeutet keineswegs den Zusammenbruch der kapitalistisch geführten Wirtschaft Südkoreas bzw. ein Scheitern des südkoreanischen Modells, auch wenn dies manchen Zeitgenossen bitter schmeckt.

P.S. Zum Schluß noch eine Warnung. Im Heyne Verlag erschien 1991 das Buch des amerikanischen Journalisten Robert Elegant. In "Zukunft Fernost" beschreibt Elegant die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Seiner Meinung nach werden die asiatischen Länder - allen voran Japan, Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur - die "Wirtschaftsmächte des 21. Jahrhunderts" sein. So spannend das Thema des Buches ist, so trivial sind seine Argumente. Für Elegant reduziert sich das Erfolgsrezept auf die konfuzianischen Tugenden der Asiaten. So sind Fleißigkeit und Gehorsam auch das A und O der erfolgreichen Entwicklung in Südkorea. Elegant gerät geradezu ins Schwärmen, wenn er über den Korea-Krieg (bei dem er Kriegsberichterstatter war) und den anschließenden Wiederaufbau des Landes berichtet. Seine Erkenntnisse gewann er auch zu einem guten Teil aus Bekanntschaften zu den früheren Diktatoren. So war General Park Chung-Hee "ein exzellenter Talentjäger" und holte seinen Freund George ins Wirtschaftsministerium. Zu den konfuzianischen Tugenden kommen für Elegant also noch eine erstklassige Führungsriege und ein "zwanghaft arbeitendes koreanisches Volk." Unglaublich!

uju

Walden Bello/ Stephanie Rosenfeld
Dragons in distress. Asia's miracle economies in crisis.
Institute for Food and Development/ Food First San Francisco 1990,
$ 12.95

George E. Ogle
South Korea: Dissent within the economic miracle.
Zed Books, London 1990,
$ 17.50

Byung-Duck Hwang:
Nachholende Industrialisierung und autoritärer Staat.
Edition Sigma, Berlin 1989,
DM 39.00

Werner Draguhn (Hg.):
Asiens Schwellenländer: Dritte Weltwirtschaftsregion?
Institut für Asienkunde, Hamburg 1991,
DM 28.-

Robert Elegant:
Zukunft Fernost. Ein Blick hinter die Kulissen der Wirtschaftsmächte von morgen.
Heyne Verlag, München 1991,
DM 48.-



UNCED-Info (3)



Im Vorfeld der UN Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED), die im Juni in Rio stattfindet, entfalten Organisationen und Verbände vor allem aus dem Bereich Umwelt derzeit fieberhafte Aktivitäten. Eine Konferenz jagt die andere, jede Menge Aktionen werden geplant und eine Flut von Papier wälzt sich über einschlägige Schreibtische. Die Erwartungen an die Rio-Konferenz sind hoch - wahrscheinlich zu hoch - gespannt.

Da im UNCED Vorbereitungsprozeß der nichtstaatliche Sektor in einem Maße in die Diskussionen einbezogen wird wie nie zuvor - möglicherweise wird eine Mitsprache der Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) im UN-System institutionell verankert - erhoffen sich viele Aktivisten vom UNCED Prozeß neue Impulse für die Bewegung.

Ob angesichts der Mobilisierungs- und Motivationskrise der Umweltbewegung diese Hoffnungen in Erfüllung gehen, wird entscheidend davon abhängen, ob die Geschäftigkeit auch noch Spielraum läßt zu einer kritischen Reflexion des eigenen Standorts und zu einer strategischen Neubestimmung zukünftiger Politik über Rio hinaus.

Globale NRO-Konferenz in Paris

Das bisher ehrgeizigste Projekt in der Fülle der NRO-Initiativen war die Weltkonferenz "Roots of the Future" in Paris (17.-20.12.91). Finanziert von der französischen Regierung waren 800 VertreterInnen von NROs aus der ganzen Welt nach Paris gereist. Die Mehrheit kam aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Ein international zusammengesetzter Leitungskreis hatte Kriterien für die Teilnahme der Repräsentanten erstellt und Absprachen mit der finanzierenden französischen Regierung getroffen. Gemäß ihrer Bevölkerungszahl standen der BRD 14 Plätze zur Verfügung. Zum Teil waren die Mitglieder der deutschen Delegation erst wenige Tage vor der Konferenz benannt worden, und es gab keine Vortreffen für eigentlich notwendige Absprachen. Kritik an dem wenig transparenten und partizipativen Auswahlprozeß wurde auch aus anderen Delegationen laut.

Im Konferenzzentrum La Vilette gab es täglich Plenen zu den Themen "Armut und Umwelt", "Ethik, Werte und Verbraucherverhalten" sowie "Unsere Unterschiedlichkeit ist unser Reichtum". Daneben tagten ständige Arbeitsgruppen. In diesen Sitzungen wurden Aspekte und Erfahrungen aus den unterschiedlichen Regionen eingebracht und ergänzende Resolutionen diskutiert. Durch die Trennung in englische bzw. romanische Sprachgruppen ohne hinreichende Übersetzung gab es allerdings fast keinen Austausch zwischen den Repräsentanten dieser Gruppen.

Dennoch war festzustellen, daß an die Stelle der thematischen Begrenzung der "klassischen" umwelt- und entwicklungspolitischen Bewegung eine thematische Ausweitung getreten ist. Der Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung wird nicht mehr in Frage gestellt. Damit ist auch der Zusammenhang von Ökologie, Ökonomie und den damit verknüpften politischen Machtstrukturen ins Blickfeld geraten. Zweifellos ein Schritt zu einer stärkeren Politisierung und wohl auch einer gewissen Radikalisierung.

So heißt es z.B. im Arbeitsdokument der Konferenz, daß man "die gegenwärtigen Regierungssysteme ablehnt, da sie die ökologische und kulturelle Vielfalt der Welt durch hochzentralisierte ökonomische und politische Kontrolle zerstören." Stattdessen wird eine Ordnung der Welt angestrebt, in der "ökologischen und sozialen Gesichtspunkten für alle Menschen und für zukünftige Generationen Priorität eingeräumt wird."

Außer Spesen nichts gewesen?

Das Treffen in Paris legte allerdings auch grundlegende Probleme und Defizite offen. So sah die Tagesordnung z.B. für so zentrale Herausforderungen wie dem Widerspruch zwischen weitverbreitetem Krisenbewußtsein und der Unfähigkeit zu praktischen Lösungen keinen Raum vor. Das Problem besteht ja heute nicht mehr darin, daß Konzepte für eine CO_2-Reduzierung, für alternative Energien, die Lösung der Schuldenkrise und, und und... entwickelt werden müßten. Diese Konzepte existieren seit geraumer Zeit. Das Problem ist, daß die Durchsetzung all der schönen - und auch in Paris häufig wiederholten - Vorschläge an der politischen Wirklichkeit scheitern. So fehlten auf der Konferenz Überlegungen, was man z.B. gegen die Blockade einer wirksamen CO_2-Reduzierung durch die weltweit größte Dreckschleuder, die USA, unternehmen könnte.

Die strategische Ratlosigkeit zeigte sich auch daran, daß eine politische Analyse der Bedeutung von UNCED, des Standes des Verhandlungsprozesses und seiner Perspektiven fehlte. Während z.B. in den UNCED-Vorbereitungsgremien eifrig über Finanztransfers in den Süden gestritten wird, fiel andernorts die Entscheidung darüber, daß die meisten Mittel, die der Norden zu bewilligen bereit ist, über die "Global Environmental Facility" der Weltbank und damit unter Kontrolle der führenden Industriestaaten abgewickelt wird.

Wenn diese Diskussionen nicht geführt werden, ist nach Rio der Marsch in die Resignation oder in die unfruchtbare Alternative zwischen fundamentalistischer Negation oder perspektivloser Reformhuberei vorgezeichnet.

Konferenzbericht von Peter Wahl (ANPED) mit Ergänzungen von Rolf Niemann (Bensheimer Kreis)

Steigt Malaysia aus?

Malaysia, über das schon längere Zeit Gerüchte im Umlauf sind, es wolle die UNCED-Konferenz boykottieren, hat jetzt Pläne für einen alternativen "Earth Summit" (unter diesem Namen soll parallel zur UNCED eine Konferenz stattfinden, an der zahlreiche internationale NROs teilnehmen werden) angekündigt. Einem Bericht des Inter Press Service (IPS) zufolge habe der malaysische Premierminister Mahatir Mohamad "Überredungsversuchen von seiten Großbritanniens und des Generalsekretärs der UNCED widerstanden, davon abzusehen, einen "alternativen Earth Summit" im April 1992 in Kuala Lumpur zu veranstalten."

Laut diesem Bericht ist Mahatir nach wie vor nicht überzeugt, daß UNCED "nicht die Entwicklungsländer wegen ökologischem Fehlverhalten verurteilen wird." Der IPS zitiert Mahatir: "Wir haben genug von diesen (entwickelten) Ländern, die mit ihren Fingern nur auf die Entwicklungsländer zeigen und sie der Zerstörung des tropischen Regenwaldes anklagen, wo wir doch längst eine nachhaltige Entwicklung praktizieren."

Laut Mahatir müsse der "alternative Earth Summit" abgehalten werden, da Malaysia, gemeinsam mit Indien, Indonesien, Brasilien und anderen Entwicklungsländern zur Zielscheibe internationaler Kampagnen geworden sei.

Es scheint, daß Malaysia mit seinem Plan mittlerweile die Unterstützung von mindestens 40 Entwicklungsländern aus Afrika, Asien und Lateinamerika erreichen konnte. Tatsächlich ist das Treffen kaum mehr als ein Teil einer ganzen Serie von weltweiten Vorbereitungstreffen zur UNCED, doch will Malaysia eine Agenda erarbeiten, die dem offiziellen Treffen eine gemeinsame Position "des Südens" gegenüberstellen soll.

Kein Wunder also, daß Maurice Strong, der Generalsekretär der UNCED, unterdessen in Malaysia weilte und die Befürchtung äußerte, die Position der Entwicklungsländer würde geschwächt, sollte Malaysia der UNCED fernbleiben. "Ich denke, alle anderen Entwicklungsländer wünschen sich eine Beteiligung Malaysias in Rio aufgrund der starken Position, die Malaysia in ökologischen Fragen geltend gemacht hat." Strong versicherte Malaysia zudem, daß UNCED kein Forum sein werde, auf dem ein Land zum Sündenbock gestempelt werde, sondern eine neue globale Partnerschaft erreichen soll, die positive Auswirkungen sowohl auf ökologische wie auf entwicklungspolitische Ziele hätte.

Mahatirs Stellvertreter, Ghafar Baba, zeigte sich von Strongs Schmeicheleien wenig beeindruckt. "Dies alles wird doch nur gesagt, weil sie uns in Brasilien dabei haben wollen. Die Frage unserer Anwesenheit hängt aber nach wie vor von der Haltung der Industriestaaten ab."

Suchbewegungen der Ökologie-, Friedens- und Dritte-Welt-Gruppen

Die weltpolitische Situation hat sich so rasch verändert, daß die Friedens-, Ökologie- und Dritte-Welt-Bewegung für neue Konflikte (Golfkrieg) und Problemstellungen ('unser Naher Osten' = Osteuropa) noch keine Lösungen parat haben. Ein kleiner Teil dieses Spektrums hatte sich Mitte Dezember in der Evangelischen Akademie Tutzing versammelt, um sich über das Thema 'Ökologische Sicherheit' zu informieren bzw. um über die Problematik zu diskutieren.

Es herrscht ziemliche Ratlosigkeit im sogenannten Alternativsektor der Bundesrepublik. Immer wieder fragten TeilnehmerInnen: Was können wir tun, angesichts der massiven Probleme, die sich in Zukunft sogar eher verschärfen als entspannen werden?

Aber so weit hatten die Referenten (nur Ingrid Spiller durchbrach die Phalanx der Männer bei den Vortragenden) ihre Überlegungen noch nicht ausgearbeitet. Sie mühen sich zur Zeit mit der Konstruktion von Denkmodellen und Interpretationsschemata ab. Konkretes, Greifbares war Mangelware.

Trotz einer Vielzahl sich widersprechender Denkansätze ließen sich bei den Referenten zwei interessante 'Interpretationsschemata' des Weltgeschehens entdecken, die hier ausführlicher vorgestellt werden sollen.

Brillant trug der Kulturforscher Wolfgang Sachs seine Thesen vor, denen er den Titel 'Vom Konzept der Entwicklung zum Konzept der Sicherheit' gab. Die Periode der Entwicklung begann, laut Sachs, mit einer Rede Trumans, der den Begriff 'Entwicklungsländer' 1940 erstmals benutzte. In letzter Zeit trat das Sicherheitsdenken immer stärker in den Vordergrund, die Entwicklungsidee verlor an Bedeutung. Sachs beschrieb sehr exakt das 'neue Denken', das mit dem Beginn des Golfkrieges anfang 1991 vollends zum Durchbruch gelangte. Den Denkschemata der kritischen Öffentlichkeit der sechziger und siebziger Jahre stellte Sachs jene Denkschablonen gegenüber, die die gegenwärtige öffentliche Diskussion dominieren.

So beherrsche nicht mehr der Gegensatz Kapitalismus/Sozialismus das Tagesgespräch, sondern der Unterschied zwischen schnellen und langsamen Ökonomien (Erste und Dritte Welt). Entwicklungsgebiete, die sich noch vor wenigen Jahren der (zumindest rhetorischen) Fürsorge der Industrienationen sicher sein durften, werden jetzt als Risikozonen (Bevölkerungsexplosionen !) verstanden.

Damit hat sich auch der Blick der Ersten Welt auf die Dritte Welt geändert. Heute scheint die Frage zentral: Wie die 'Ausscheidungen' des Wachstums unter Kontrolle bringen? und nicht mehr, wie noch in den Siebzigern, wer hat Anteil am Wachstumsprozeß? So geht es heute, nach Sachs, nicht mehr um die Umverteilung des Reichtums, sondern um die Umverteilung des Risikos.

Hatte die Erste Welt jahrzehntelang die Eindämmung des Kommunismus gepredigt (und betrieben), so gilt es heute die 'Risiken', die in der Dritten Welt schlummern (Fundamentalistisches, Fremdes, usw.) einzudämmen.

Ablesbar sei dieser Paradigmenwechsel auch am Begriffswandel (vor allem im Englischen). So habe sich der zentrale Aufgabenbereich für Militärs in den letzten Jahren von 'national defence' über 'national security' zur 'global security' ausgeweitet.

Im Bereich der Entwicklungspolitik wandelte sich die 'Strategie' von der 'Hilfe zum Aufbau' zur 'Hilfe zum Vorbeugen' (damit diese Menschen nicht in die Industrienationen abwandern). Es geht nicht mehr um eine Hilfe zum wirtschaftlichen Aufschwung, sondern, so Sachs, um die 'Beschwichtigung unserer Ängste'.

Mit der Frage nach der 'ökologischen Sicherheit' wird eine neue Variante der Bedrohungsszenarien entworfen. So gilt Frieden nicht länger als Ergebnis von Entwicklung (Brandt-Report), sondern Frieden entsteht aus Systemmanagement (Schuldenkrise).

Aus den aktuellen 'Bedrohungsszenarien' und aus den 'Risiken', denen die Erde ausgesetzt ist, erwächst ein totaler Anspruch gegen Minderheitsansätze vorzugehen, wie es ihn bisher noch nicht gegeben hat. Vor einer solchen 'Ökokratie' will Sachs mit seinen Ausführungen warnen bzw. auf diese Gefahr will er hinweisen.

Einen zweiten interessanten Theorieansatz trug der Frankfurter Politologe und Friedensforscher Stefan Hessler vor. Sein Ordnungsprinzip für das Weltgeschehen heißt 'Chaostheorie'. Hessler überträgt die aus der Physik bekannte Chaostheorie in die Sozialwissenschaften. Wichtigstes Merkmal dieser Theorie ist der Versuch, Phänomene wie den Zusammenbruch sozialer Systeme zu erklären, auch wenn der Widerstand gegen das System nur von einer kleinen Zahl von Akteuren ausgeht, wie zum Beispiel bei dem Zusammenbruch der politischen Ordnung in Osteuropa.

Die Frage der 'ökologischen Sicherheit' ging Hessler in origineller Weise an. Schon die Kombination beider Begriffe sei eigentlich widersinnig, da sich ihre Inhalte widersprächen. Ökologie ist ein dynamisches System, seine charakteristischen Prinzipien sind Bewegung und Veränderung. Sicherheit dagegen beinhaltet das Festhalten am Status Quo und kommt daher in der Natur nicht vor, sie entspringt allerhöchstens einem menschlichen Bedürfnis.

Ein weiteres Begriffspaar (Ökologie und Entwicklung), das Hessler ebenfalls analysierte, läßt seine Denkweise deutlicher werden. In der aktuellen Debatte zur Tragfähigkeit der Erde wird oft von einem Widerspruch zwischen Ökologie und Entwicklung gesprochen. Sei es, daß Entwicklung als Zerstörung von ökologischen Systemen interpretiert wird, sei es, daß Ökologie als etwas verstanden wird, das Entwicklung behindert oder nicht zuläßt. Hessler glaubt nicht an diesen Widerspruch. Er plädiert für eine Ökologisierung des Wachstums. Das Engagement jedes Einzelnen sollte nicht allein auf Überlebenssicherung ausgerichtet sein, sondern die Schaffung von Spielräu-

men zur Selbstverwirklichung der Menschen im Materiellen und Immateriellen anstreben. Hessler spricht sich gegen eine deterministische Interpretation des Weltgeschehens aus. Die Welt entwickelt sich in dynamischen, veränderlichen und damit veränderbaren Prozessen.

So widersprach Hessler auch der Interpretation von einer neuen Weltordnung und führte den Begriff der 'Weltunordnung' ein, der den Zustand der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse treffender beschreibe. Daß dieses 'Chaos' nicht unbedingt positiv zu bewerten ist, weiß Hessler. So habe das Ende des Konsensprinzips beispielsweise den Nationalismus und (weltweit) fundamentalistisches Denken gestärkt.

Stefan Hessler hat mit seinem Vortrag neugierig gemacht auf eine Theorie, die komplexe soziale Vorgänge erklären will und dabei die Rolle von Individuen und kleinen sozialen Gruppen mitberücksichtigt.

ug

Literaturtips:
Stefan Hessler, Umwelt und Entwicklung, Breitenbachverlag, ca.250 Seiten, 39.-DM
Wolfgang Sachs, epd-Entwicklungspolitik Nr. 16/17 1989, Nr. 1/1990 und Nr. 6/7 1990, Zur Archäologie der Entwicklungsidee.

Aus dem Golfkrieg nicht gelernt

Am 16.Januar 1992 jährte sich der Angriff der Alliierten auf den Irak. Vorausgegangen war die Invasion des hochgerüsteten Irak in Kuweit. Deutsche Firmen trugen entscheidend zum Aufbau der irakischen Chemiewaffen- und Raketenproduktion bei, mit der Saddam Hussein auch Israel bedrohte.

Das Entsetzen und die Empörung über die Exporteure des Todes war einhellig. Die Bundesregierung gelobte Besserung und kündigte eine drastische Verschärfung der Exportbestimmungen für die Lieferung von Rüstungsgütern an. Doch diese Ankündigungen betreffen allenfalls die illegalen Händler des Todes und "dienten lediglich als Valium für's Volk", so der Sprecher der Kampagne gegen Rüstungsexporte Paul Russmann.

Für die zu 95% legal und mit Wissen der Bundesregierung erfolgten Rüstungsexporte sei weder ein Verbot noch eine Verschärfung der Bestimmungen vorgesehen. Im Gegenteil: Nach Recherchen der Kampagne liefern bundesdeutsche Firmen weiterhin Rüstungsgüter und -Know-How in das Pulverfaß Nahost. Die Daimler-Tochter DASA schloß ein Abkommen mit dem Iran über die Lieferung von militärisch verwendbaren Flugzeugen. Bis 1993 erhalten die Türkei, Jemen, Ägypten und Jordanien insgesamt 11,5 Milliarden DM vom Bundesverteidigungsministerium als 'Ausstattungshilfe' für ihre Streitkräfte. Israel erhält U-Boote, Saudi-Arabien 25 Militär-Lkws, das türkische Militär 1600 Panzer, der Iran plant, mit deutscher Hilfe, eine Giftgasfabrik.

Scharf kritisiert die Rüstungsexportkampagne die Absicht von Bundeswirtschaftsminister Möllemann, die Exportkontrolle für militärisch verwendbare zivile Güter zu lockern. Die Zahl der Länder, für die eine Ausfuhrgenehmigung bei solchen Gütern notwendig sei, soll von 50 auf 35 verringert werden.

Deshalb fordert die Kampagne ein Verbot sämtlicher Rüstungsexporte, d.h. Verbot des Exports von Waren, Dienstleistungen und Know-How, wenn deren ausschließlich zivile Verwendung nicht nachweisbar ist und die Aufnahme des Rüstungsexportverbots ins Grundgesetz.

Weitere Informationen:
Kampagne 'Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen'
Bahnhofstr. 18
6270 Idstein
Tel. 06126/55683

Neuorientierung in der personellen Entwicklungszusammenarbeit

Die Organisationen der personellen Entwicklungszusammenarbeit betonen bis heute immer wieder ihren Grundsatz, Fachkräfte nur dann zu vermitteln bzw. einzusetzen, wenn einheimische Fachleute nicht verfügbar sind.

Es arbeiten jedoch etwa 100.000 Fachkräfte aus Industrieländern in Afrika, während eine ähnlich hohe Zahl von qualifizierten Afrikanern sich bei uns aufhält. In Afrika sind zudem zahlreiche Menschen mit Ausbildung arbeitslos oder unterbeschäftigt. Viele in den Industriestaaten ausgebildete Fachleute können nach ihrer Rückkehr nicht oder nur unzureichend in das Erwerbsleben integriert werden.

Die derzeitige Beschränkung des Entwicklungshelfergesetzes und der Richtlinien für Integrierte Fachkräfte auf deutsche Staatsangehörige ist anachronistisch. Sie verhindert, daß zum Beispiel einheimische Fachkräfte, die in Deutschland studierten und gearbeitet haben, als Fachleute in ihre Heimatregionen reintegriert werden.

Ziel müßte ein verringerter Einsatz von Fachkräften aus den Industrienationen sein, verbunden mit einer Stärkung nationalen Fachwissens: So könnten einheimische Fachberatungsdienste gezielt gestärkt werden.

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) führt im Gesellschaftervertrag als zweite Zweckbestimmung die Förderung und Unterstützung von einheimischen Diensten. Bisher vernachlässigte der DED diese Aufgabe jedoch sträflich. Ganze drei Prozent des DED-Haushalts setzte die Geschäftsführung dafür ein.

Beratungstätigkeit von Fachkräften aus Industrieländern könnte via qualifizierter Kurzzeitentsendung geschehen. So haben die Vereinten Nationen in China mit Projekten unter chinesischer Leitung ohne Langzeitexperten aus den Industriestaaten, aber mit Beratern für kurze Zeit positive Erfahrungen gemacht.

Die personelle Entwicklungszusammenarbeit steht im Zeichen einer grundsätzlichen Neuorientierung. Es geht um ihre Glaubwürdigkeit. Sie muß sich fragen lassen, ob sie überholte Verhaltensweisen fortzuführen gedenkt oder zu notwendigen Veränderungen bereit ist. Dabei ist entscheidend, ob Neuansätze zu einem wesentlichen Bestandteil der Organisationsaktivitäten werden oder ob sie nur Alibifunktionen erfüllen.

Dieter Hampel

Weitere Informationen:
Vehement e.V.
Zollstocksweg 5
5000 Köln 51
Tel.: 0221/365410

Schaffen wir ein, zwei, drei ... viele Barrel Öl nach Cuba!

Weg mit der US-Blockade!

Die Lage in Cuba ist dramatisch. Die Verbindung von US-Blockade, die seit dreißig Jahren aufrechterhalten wird und drastischem Rückgang des Handels mit der UdSSR und den osteuropäischen Staaten gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Verschärfend wirkt, daß die Bundesrepublik die Verträge zwischen Cuba und der DDR nicht mehr fortführt. Die Lieferung von Energie und Rohstoffen ist praktisch völlig zum Erliegen gekommen. Das Gespenst einer Krise gerade auch in den Bereichen der größten cubanischen Errungenschaften zeichnet sich immer deutlicher ab. Cubas Kinder konnten sich bisher - im Gegensatz zu Millionen verlassener, hungernder, als lebende Organbanken ausgebeuteter Kinder in Lateinamerika - gut genährt und medizinisch versorgt in einem allen zugänglichen Schulsystem entfalten. Das ist nun infragegestellt. Wir haben unterschiedliche Positionen zum cubanischen Regierungssystem. Aber gemeinsam verurteilen wir den Versuch, eine politische Führung durch Aushungern eines Volkes zu stürzen. Das Recht des cubanischen Volkes auf eine **eigene** Entwicklung muß gegen ökonomische Erpressung ebenso wie gegen offene Agression à la Grenada oder Panama verteidigt werden.

Deshalb fordern wir

-die unverzügliche Aufhebung der US-Wirtschaftsblockade

-den Abzug aller US-Truppen aus Guantanamo

-keinerlei offene und verdeckte Militäraktionen der USA gegen Kuba

-die weitere Erfüllung oder Fortführung der Verträge zwischen Cuba und der ehemaligen DDR durch die Bundesrepublik

-statt Unterstützung der Bundesregierung für die US-Wirtschaftsblockade ihr Eintreten für deren Aufhebung in EG und UNO.

Leisten wir darüber hinaus praktische Solidarität mit dem cubanischen Volk, nicht nur einmal sondern regelmäßig:

Schaffen wir eins, zwei, drei... viele Barrel Öl nach Cuba!

Spenden unter dem Stichwort "Energie für Cuba" auf das Konto Nr. 132 975 707 bei der Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, (Klaus Wardenbach)

Kontaktadresse:
Dorothee Piermont,
Postfach 210232, 5300 Bonn 2,
Tel. 0228/169198

Versöhnung durch Verurteilung oder Vergebung?

Demokratische Staatsformen genügen nicht als dauerhafter Garant für die Einhaltung der Menschenrechte. Neben den politischen Grundfreiheiten müßten moderne Demokratien gleichzeitig wirtschaftliche, kulturelle und soziale Grundrechte gewährleisten. Zu diesem gemeinsamen Ergebnis kamen rund 50 JuristInnen, SozialwissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, TheologInnen und Betroffene aus Lateinamerika, Osteuropa und der Bundesrepublik bei einem 'Internationalen Trialog' über die Verarbeitung diktatorischen Erbes in demokratischen Staaten.

Weniger Einigkeit unter den TagungsteilnehmerInnen herrschte in der Frage der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen. So lehnten VertreterInnen verschiedener lateinamerikanischer Menschenrechtsorganisationen, die in ihren Ländern nach Ablösung von Militärdiktaturen häufig praktizierte Straffreiheit von Menschenrechtsvergehen ab. "Wenn die Verbrechen der Vergangenheit nicht als solche gerichtlich verurteilt werden, bleiben auch die Strukturen erhalten, die sie ermöglicht haben", mahnte der kolumbianische Jesuitenpater Javier Giraldo. Außerdem würden durch diese Praxis international anerkannte Völkerrechtsnormen entwertet. Versöhnung könne nur zwischen einzelnen Menschen stattfinden und dürfe nicht vom Staat, etwa durch Generalamnestien angeordnet werden.

Im Gegensatz dazu sprach sich die sowjetische Soziologin Galina Vachmencewa Luchterhandt dafür aus, der Vergebung Vorrang vor der Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen einzuräumen. "Unsere Geschichte hat gezeigt, daß jede Abrechnung mit Schuldigen nur eine neue Welle von Repressionen und Opfern bringt", gab sie zu bedenken. Darüber hinaus sei die Gesellschaft der UdSSR so aufgebaut gewesen, daß es keine Unschuldigen gebe.

Drei Vertreter aus den neuen Bundesländern forderten bezüglich der Stasi-Vergehen zumindest eine politisch-moralische Verurteilung der Hauptverantwortlichen.

Informationen zur Tagung:
Dokumentations- und Informationszentrum
Menschenrechte in Lateinamerika
Fürther Str. 22
8500 Nürnberg 80
Tel. 0911/26 79 42

Unterstützung guatemaltekischer Flüchtlinge

Ab 1992 stellt die mexikanische Regierung und das UNO-Flüchtlingshochkommissariat für Lateinamerika seine Unterstützung für die guatemaltekischen Flüchtlingslager im Süden Mexicos ein. Danach sollen sich die ca. 45.000 Flüchtlinge entweder für die Annahme der mexikanischen Staatsbürgerschaft oder die Rückkehr nach Guatemala entscheiden.

Vor rund zehn Jahren flohen Zehntausende v.a. indianischer Bauernfamilien vor dem Terror der guatemaltekischen Armee in die Slums der Städte, in unwegsames Berg- oder Tiefland oder ins benachbarte Mexico. Sie alle haben nie die Hoffnung auf eine Rückkehr und den Kampf um den ihnen zustehenden Platz in der guatemaltekischen Gesellschaft aufgegeben. Dafür haben sie jedoch klare Bedingungen:

1) gemeinsame und organisierte Rückkehr auf die angestammten Gebiete, begleitet von nationalen und internationalen Organisationen
2) garantierte Landrechte
3) Organisationsfreiheit und das Recht auf Freizügigkeit (um nicht in den Zivilpatrouillen zwangsrekrutiert oder in den "Modelldörfern" angesiedelt zu werden),
4) Garantien für Leben und physische Unversehrtheit,
5) Entmilitarisierung ihrer angestammten Gebiete.

Im Rahmen der Kampagne "Guatemalas Vertriebene wollen zurück! Unterstützt ihren Kampf um Land, Gerechtigkeit und Entmilitarisierung!" soll in der Bundesrepublik ein Kreis von UnterstützerInnen aufgebaut werden, der im Laufe des Jahres 1992 den Stand der Verhandlungen zwischen Regierung und Flüchtlingen sowie die Repatriierung verfolgt und aktiv begleitet (z. B. durch Schreiben von Briefen oder Finanzierung von bezahlten Anzeigen in guatemaltekischen Zeitungen).

Jede/r UnterstützerIn bzw. jeder Unterstützungskreis erhält alle zwei Monate den Rundbrief "un paso adelante"; zusätzlich sind über die Informationsstelle Guatemala e.V. Faltblätter zur Kam- pagne und ein Grundlagen-Info zur Situation der Flüchtlinge zu beziehen.

Weitere Informationen:
Informationsstelle Guatemala
Heerstr. 205
5300 Bonn, Tel.: 0228/634552
(Spendenkonto Nr. 70 235
bei der Sparkasse Bonn
(BLZ 380 500 00)
Stichwort: "Kampagne 1992")

Aktivitäten und Aktionen in Nordrhein-Westfalen koordiniert

Nordrhein-Westfalen hat seit Dezember 1991 eine 'Landesarbeitsgemeinschaft von Dritte-Welt-Zentren und - Koordinationsstellen' (LAG3W). Sie ist mit dem Ziel gegründet worden, "die Interessen der Soliarbeit auf Landesebene koordinierend gegenüber der Landesregierung(SPD) und Landtagsfraktionen zu vertreten. Schwerpunkt der Arbeit wird zunächst die Kampagne '1492-1992 - 500 Jahre Eroberung und Widerstand' sein."

Als Gründungsmitglieder sind bislang folgende Gruppen vertreten (Stand Mitte Dezember 1991).

Allerwelts-Haus Hagen, Aktionsgemeinschaft Humane Welt Rheine, Dritte Welt Forum Aachen, Dritte Welt Haus Bielefeld, Exile Essen, Forum internationale Friedensarbeit Essen, Friedensbüro Lemgo, Informationsbüro Dritte Welt Minden, Informationszentrum Dritte Welt Dortmund, Tierra Nueva Dortmund, Vamos Münster und Zeche Karl Essen.

Interessierte Gruppen aus Nordrhein-Westfalen, die bisher nicht erreicht wurden, können sich für ausführliche Informationen an folgende Adresse wenden:

LAG3W
Achtermannstr. 10
4400 Münster

Wanderausstellung zu '500 Jahre Eroberung und Widerstand'

Augenblick für Augenblick reihen sich seit 500 Jahren Völkermord, Unterdrückung, Ausbeutung, Enteignung, Vertreibung, Erniedrigung und Entfremdung aneinander. Die Kolonisierung Amerikas hat jedoch den Widerstand der indigenen Völker nicht zum Erliegen gebracht.

Rund 200 Karikaturen aus fünf Kontinenten und 31 Ländern sind zu dem von Exile, Kulturkoordination e.V. (Essen) 1991 ausgeschriebenen Karikaturwettbewerb eingesandt worden. Bemerkenswert ist, daß das Thema, ebenso wie die Folgen des Ereignisses selbst, weltweit im Bewußtsein ist und kritisch von KünstlerInnen aufgegriffen wird. Neben der Thematisierung der Fakten der Kolonialgeschichte stand die Betrachtung des Wesens der Eroberung im Mittelpunkt. Die Veränderung der Welt durch dieses Ereignis, die Konsequenzen für die Kolonisatoren sowie die Kolonisierten, sind in ihren vielfältigen Aspekten in den Zeichnungen zur Sprache gekommen.

Die Karikaturen und Zeichnungen betonen besonders die bis heute spürbaren Folgen der Eroberung und sind Widerhaken in der oft allzu glatten Auseinandersetzung mit der Geschichte. In der Gesamtheit der thematisierten Mißstände wird deutlich, daß heute Zusammenhänge diskutiert werden und Verantwortung übernommen werden muß.

Die zwanzig prämierten Beiträge werden mit 93 weiteren Zeichnungen aus insgesamt 27 Ländern im Laufe des Jahres 1992 als Wanderausstellung zu sehen sein. Als Ausstellungsorte vorgesehen sind Essen, Euskirchen, Hattingen, Duisburg, Pforzheim, Gütersloh, Ludwigsburg, Recklinghausen, Münster, Siegburg, Halle, Hannover und Aachen.

Nähere Informationen:
EXILE
Kulturkoordination e.V.
Friederikenstr. 41
4300 Essen 1
Tel. 0201/77 71 76

1492-1992 - 500 Jahre Rassismus und kolonialisische Ausplünderung des Trikont

Rundbrief der Arbeitsgruppe Oberkircher Lehrmittel (AOL) Nr. 24/1992 mit Unterrichtsbeispielen, Projektanregungen, Material- und Medienhinweisen.
Gegen Voreinsendung von 1,- DM in Briefmarken zu erhalten bei der
AOL-Mutter
Itzehoer Weg 3
2000 Hamburg 20

Betr. Interview mit Detlef Claussen zu Antisemitismus und Judenhaß, blätter des iz3w 178, Dez.`91

Claussen schreibt: "Die Nationenbildung ist verknüpft mit der Transformation des traditionellen Judenhasses zum modernen Antisemitismus". Demgegenüber meint Hannah Arendt, daß "der Niedergang des Nationalstaates und das Anwachsen der antisemitischen Bewegung zusammenfallen". (Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Bd.I) Beide setzen voraus, daß die "Nation" bzw. der "Nationalstaat" jemals Realität waren. Trifft das zu?

Eine Nationenbildung ist nie erfolgt. Zwar hat der Nationalismus immer den Nationalstaat gefordert, aber der Staat hatte nie nationalistische Absichten; ihm ging es immer nur um die Macht. Die enge Verbindung zum Kapitalismus beruht auf der beiden gemeinsamen Wachstumsideologie - auch der Staat muß, um zu überleben, seinen Machtbereich ständig ausweiten, sei es nach außen, sei es nach innen. (Typisch dafür ist ebenso die Wiedervereinigung wie die EG).

Dagegen entspricht der Nationalismus den Vorstellungen der Romantik, steht also der Moderne feindlich gegenüber. Diese gemeinsame Feindschaft ließ Hitler und seine Anhänger als Nationalisten erscheinen; sie waren es nicht. Sie "sind nicht müde geworden, zu betonen, daß ihre Bewegung ... internationale Ausmaße und Bedeutung habe" (H.Arendt).

Die "Befreiungskriege" gegen Napoleon haben keinen Nationalstaat zur Folge gehabt, sondern die bestehenden Staaten gefestigt; ein "dritter Weg" zwischen Reaktion und Kapitalismus erwies sich als Utopie, da beide Gegner sich einigten.

Der Staat strebt die Assimilation seiner Minderheiten an, zumindest die friedliche Koexistenz mit ihnen, wobei freilich der Vorrang und die "Berufung" des Herrenvolkes außer Frage stehen - dies als Zugeständnis an den Nationalismus. H.Arendt hat sicher recht, wenn sie den Antisemitismus der Nazis staatsfeindlich nennt, wobei sie "Staat" mit "Ordnung" gleichsetzt.

Doch setzt auch Anarchie eine, allerdings andere, Ordnung voraus. Anarchie und Terror sind keineswegs identisch, nur die Staatsmacht hat ein Interesse daran, beide zu verquicken. Ordnung bedingt das Streben nach Gerechtigkeit; da hat Sippenhaftung keinen Platz. Die Nazis hatten mit der Anarchie so wenig im Sinn wie mit dem Christentum; gleichwohl standen sie, wie wir alle, unter seinem Einfluß. Nach kirchlicher Lehre hat die "Erbsünde" alle Menschen schuldig gemacht, immerhin bot sie ihnen Gnade und Erlösung dafür an. Gnade war den Nazis freilich fremd. Das Wort vom "Lamm Gottes" kommt dem vom "Sündenbock" recht nahe. Der Sündenbock erleidet sein Schicksal, ohne es zu verstehen. Das trifft auf die Mehrzahl der Juden sicher zu. Dennoch glaubt H. Arendt an eine geschichtliche Logik, die ausgerechnet und ausschließlich die Juden als Opfer bestimmte.

Warum gerade sie? Als hätte nicht jede andere Randgruppe ein Feindbild abgeben können. Es braucht keine Gründe dazu; es genügt, daß einer unter ein willkürlich bestimmtes Raster fällt. Nur waren die Juden eben keine Randgruppe mehr. Nach Claussen hätte der "Endsieg" Hitlers die "Endlösung" der Judenfrage und das Ende aller Geschichte bedeutet. Aber so weit ist es nicht gekommen und die Geschichte geht weiter.

Stefan Kafka

betr. Arrogant und undurchsichtig, NGOs aus afrikanischer Sicht blätter des iz3w, Nr.176, Oktober 1991

Herr Tandon schreibt es selbst: "Deshalb kennen wir nur das äußere Erscheinungsbild dieser Organisationen". Und weshalb ? Weil "nur wenige Afrikaner sich die Mühe machen, sich diese (Jahresberichte, Richtlinien, Satzungen der NGOs) zu besorgen oder sie zu lesen." Stärker beachtet Hat Herr Tandon die "Hochglanzmagazine" (welcher NGO eigentlich?).

Auf dieser Grundlage ist es nicht erstaunlich, daß die Aussagen über das Innenleben der NGOs größtenteils aus Unterstellungen, Unkenntnis, Fehlinterpretationen und - ideologisch begründeten- Vorurteilen bestehen.

Das fängt schon bei der historischen Betrachtung an: Die "Entwicklungs-NGOs" haben sich eben nicht "in den vergangenen Jahrzehnten hauptsächlich auf humanitäre Hilfe und Flüchtlingsarbeit beschränkt", sie waren in ihrer großen Mehrzahl von Anfang an und nicht erst inzwischen "Entwicklungsorganisationen" im weitesten Sinne."

Daß ausgerechnet die von der EG kofinanzierten Mikroprojekte von NGOs "Afrika weiterhin an die Märkte Europas fesseln" sollen, obwohl sie sicherlich die basisnaheste Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten sind, ist eine völlige Überschätzung der Auswirkungen solcher Klein(st)vorhaben auf die globalen Beziehungen. Und diese Aussage wird um keinen Deut verständlicher, wenn man ausgerechnet NGOs unterstellt, sie ließen "Düngemittel, Pestizide" und sogar "Traktoren" als "Inputs in diese Projekte fließen."

Alles das kann man ja vielleicht noch unter Mangel an Differenzierungsvermögen abhaken, aber völlig unverständlich wird es, wenn- wieder in Bezug auf NGOs- behauptet wird, "daß Afrikaner keinen Einfluß auf die Programme ihrer westlichen Planer haben", und die Fortsetzung ist unerträglich: "Wenn die westlichen NGOs in einigen Fällen ihre eigenen Vorstellungen nicht völlig durchsetzen können..." Denn hier wird nicht darauf abgehoben, daß unterschwelliger europäischer Hochmut auch die beste NGO manchmal dazu bringen könnte, eigene "europäische" Vorstellungen trotz gegenteiliger guter Absicht gegenüber den "afrikanischen" Ansichten durchzusetzen, sondern es wird suggeriert, die NGOs wollten die Vorstellungen ihrer afrikanischen Partner gar nicht zum Zuge kommen lassen. Daß dies nicht den Tatsachen entspricht, zeigt schon die flüchtige Lektüre von Grundsätzen, Leitlinien und Erklärungen der NGOs. Wenn es in der praktischen Durchführung doch ab und zu zu einer Mißachtung des Partnerwillens kommt, dann ist das auf menschliche Unzulänglichkeiten in der Umsetzung

zurückzuführen und nicht auf böse Absicht schon im Grundsatz.

Ganz übel wird es, wenn die NGOs als Teil eines europäischen Herrschaftswillens über Afrika dargestellt werden:"Man muß die westlichen NGOs als Produkt einer von außen nur schwer durchschaubaren Kräftekonstellation in ihren Herkunftsländern verstehen." Daß dabei die politischen Stiftungen, die es so nur in Deutschland gibt, und die- wenn überhaupt- ganz sicher keine typischen NGOs sind, als Beispiel für "die westlichen NGOs" herhalten sollen, zeigt die Schwäche der Argumentationsbasis des Autors.

Aber der Autor braucht gar keine Argumente, denn er steht auf sicherem marxistischem Grund: Da ist es natürlich fürchterlich, wenn die Konrad-Adenauer-Stiftung "offen für die Vorzüge des freien Unternehmertums" eintritt und noch schlimmer, wenn man "Afrika sozialdemokratische Sichtweisen aufzudrängen" versucht, "Produkt eines Kompromisses zwischen bestimmten Klassenkräften in Europa in einer bestimmten historischen Situation". Wenigstens einer, der unbeirrbar an Marx festhält. Das gäbe sicherlich eine interessante Diskussion ab.

Aber nicht mehr diskutabel, sondern verleumderisch und beleidigend ist die Aussage, die NGOs hätten sich "zu bedeutenden Überwachungsinstanzen im Dienste westlicher Länder (sic!) entwickelt". Zwar wird diese Aussage zunächst auf Überwachung "was die Einhaltung (oder Nichtbeachtung) der Menschenrechte in Afrika betrifft" eingeschränkt, aber später wird sie ohne Einschränkungen gebraucht. Die Evaluierungen ("periodische Beurteilungen") führen "zu nichts anderem als dazu, daß die westlichen NGOs den Prozeß des Wandels in Afrika besser überwachen können".

Der CIA eine NGO? Oder gar: Die NGOs als CIA-Superkrake? Da wird wirklich jede Gesprächsmöglichkeit verbaut; und richtige Anmerkungen, wie die über den "exzessiven Konsum Europas auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt und auf Kosten der Natur" gehen völlig unter.

Ein solcher Beitrag löst keine Probleme, er zeigt noch nicht einmal welche auf, über die man ins Gespräch kommen könnte. Recherche an Stelle ideologischer Knüppelei hätte ihm gut getan. Man könnte es dabei belassen, wenn alle Afrikaner Tandons Meinung wären: "Afrika kann seine eigenen Probleme selbst lösen". Die Partner der NGOs und auch die vieler staatlicher Organisationen sind 'ausgesprochen' anderer Meinung.

Dr.Ludger Reuke
Deutscher Entwicklungsdienst
Beratungsreferat Bonn

Zum Leserbrief von Helmut Brandt, iz3w 178, Dez '91, Bangladesch.

Aus welchen Gründen ergriff die G7 Gruppe diese Initiative? Weitergehende Gründe außer der zitierten Floskel werden nicht erwähnt. Ein Hinweis darauf, daß der FAP die Aufgabe habe, Bangladesch vor den Auswirkungen der globalen Klimazerstörung zu schützen, ist weder im Kommuniqué noch im veröffentlichten FAP (Washington, Mai 1990) zu finden. Insofern ist dem Leserbrief von Helmut Brandt zuzustimmen, daß es keinen "Sinn" ergibt, der G7 Gruppe bzw. dem FAP dies zu unterstellen. Allerdings kommt es häufig vor, daß diese Regierungen unsinnige Sachen behaupten.

Der Flood Action Plan (FAP) ist hinsichtlich der Anzahl der beteiligten Länder und des finanziellen und technischen Umfangs das größte Weltbankprojekt im Bereich Flutkontrollmaßnahmen.

Die Regierungen der G7-Länder beauftragten die Weltbank auf ihrer Sitzung am 16.7.89 in Paris einen umfangreichen Flutkontrollplan zu entwerfen und sicherten eine Finanzierung in Milliardenhöhe zu. "Wir betonen den dringenden Bedarf nach einer effektiven, koordinierten Aktion von der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung der Regierung Bangladeschs...", um das Flutproblem zu lösen. (Kommuniqué der G7 Gruppe, 16.7.1989)

Der tatsächliche Grund für die Initiative der G7 liegt hingegen in dem Versuch, eine sich anbahnende Konkurrenz unter den sich für die Wasserpolitik in Bangladesch interessierenden Regierungen zu verhindern bzw. ihr eine akzeptable Verlaufsform zu geben.

Präsident Mitterand hatte versucht, sich über einen umfangreichen Flutkontrollplan für Bangladesch zu profilieren. Dies verärgerte seine KollegInnen, die sich darauf einigten, nicht Frankreich, sondern der Weltbank diese Aufgabe zu übergeben. Sozusagen nebenbei wurde damit ein neues technokratisches Megaprojekt aus der Taufe gehoben. (...) Der für die Öffentlichkeit zugängliche FAP beruft sich ausdrücklich auf insgesamt vier umfangreiche Studien über Möglichkeiten einer Flutkontrollpolitik. Im Auftrag der UNDP, der US Aid, der französischen und japanischen Regierung wurden diese Studien kurz nach 1988 fertiggestellt, die zu teilweise entgegengesetzten Ergebnissen kommen. In der 'Eastern Water Study'(Washington, August 1989) der US Aid werden größere Eindeichungsmaßnahmen strikt abgelehnt, in der französischen Studie hingegen werden diese befürwortet. Die japanische und die UNDP- Studie vertreten eine mittlere Linie. In der sich bis 1995 erstreckenden sogenannten 'Forschungs- und Pilotprojektphase' soll, nach offiziellen Verlautbarungen, die Entscheidung fallen, welcher Ansatz verfolgt wird.

Inzwischen beteiligt sich auch China an dieser Diskussion. Im Sommer '91 überreichte ein chinesisches Expertenteam der Regierungschefin Khaleida Zia eine Studie. Sie plädiert für die beidseitige Eindämmung eines Abschnitts des Bramaputras, des größten Flusses in Bangladesch. Sie verweist dabei auf erfolgreiche Dammbauten in China.

Häufig wird der französische Plan verwechselt mit dem FAP. Die im Leserbrief von Helmut Brandt genannten Daten über geplante Baumaßnahmen entstammen dem französischen Plan. Daß die 'Forschungsphase' nichts anderes ist als die Vorbereitung massiver Baumaßnahmen und daß die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen auf die Agrarkultur nicht berücksichtigt werden, befürchten viele Kritiker. Selbst Mitarbeiter der Kreditanstalt für Wiederaufbau sind der Meinung, daß umfangreiche Eindeichungsmaßnahmen gegen Überflutungen im Landesinneren noch nicht einmal aufgrund der üblichen ökonomischen Kalkulationen zu rechtfertigen seien, da die verursachten materiellen Schäden nicht so umfangreich seien wie die Kosten für Bau und Instandhaltung von Superdämmen. Eine halboffizielle Beratergruppe des damaligen Präsidenten Bangladeschs, Shehabuddin Ahmed, fordert in einem Report of the last 'Force on Action Plan for Flood Control' vom 26.2.91, daß in dem ersten relativ frei gewählten Parlament Bangladeschs der FAP öffentlich diskutiert werden müsse. Kritiker in Bangladesch lehnen den FAP mit der Begründung ab, daß es viel dringendere Aufgaben für ihr Land gebe.

Dieter Reinhardt

Südostasien Informationen, Nr. 4/91 (Dezember)
Vietnam: "Reform oder Katastrophe": Die Tragik der Menschenrechtssituation * Ungeeignete Kollektive * Wirtschaftsreform * Auf der Suche nach neuen Partnern * Was wird aus der Konkursmasse der Freundschaftsgesellschaften? außerdem: Birmas Opposition zwischen Frustation und Hoffnung * People's Forum in Bangkok * Urteil im Essener Menschenhandelsprozeß Umfang: 70 S., Preis DM 7,-, Abo für Einzelpersonen DM 28,-, für Institutionen und Förderer DM 56,- (4 Ausgaben einschließlich Inlandsporto)
Bezug: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1; Tel.: 0234/502748; Fax: 0234/502790

Lateinamerika Nachrichten Nr. 210., Dez. 1991
Deutschland/Entwicklungspolitik: Umwelt, Umwelt über alles? * BRD/Lateinamerika: Neue Schwerpunkte bundesdeutscher Polizeihilfe. Zwischen Krediten und Direktinvestitionen. * BRD/Kaffeehandel: Sauber und doch nicht rein. * Bevölkerungspolitik: Ein Dialog beginnt. * Nicaragua: "Wer wirklich patriotisch ist..." * El Salvador: Aufruf zur Jörg-Weis-Delegation 1991/92. * JésusDias: Rufer in der Wüste * Haiti: "Die Verfassung ist aus Papier, die Bajonette aus Eisen". * Chile: Ex-Geheimdienstchef Contreras vor Gericht. * Uruguay: Das rote Rathaus in Montevideo. Ein Land - zwei Projekte. * Ökologie/Ecuador: CONOCO gibt auf. * Peru: Ayacucho mitten in Lima.

"Lateinamerika-Nachichten" Nr. 211; Januar ´92
Chile: Mapuche-Indianer im Aufstand / Die gesellschaftliche Schuld / Politische Gefangene im Hungerstreik; Brasilien: PT - Neue Hoffnung für den Sozialismus? / Stellungnahme zum Kongreß; Mexiko: Stadt der Frauen. Argentinien: Totale Liberalisierung per Dekret /Stracciatella-Connection II; Tagung - "Soil for life - Förderung nachhaltiger Landnutzung". Kuba bleibt atomfrei! Mexiko - Umweltprobleme bei der nordamerikanischen Integration. Europa. Zutritt verboten; Buko: Arbeitsschwerpunkt - "Rassismus und Flüchtlingspolitik"; "500 Jahre Kolonialismus, 500 Jahre Widerstand"; Paraguay: Wahlsieg für die Stroessner-Nachfolger; Kuba: Die Revolutionspropaganda in der Defensive / Von innen gesehen; Haiti: Ein CIA-Planspiel aus der Botschaft / Die Putschisten auf dem Rückzug; Peru: Vom Fuji zum Führer; Kolumbien: Wahlen - Sieg der traditionellen Parteien /Volksmilizen; El Salvador: Regierungsplan für den Wiederaufbau; Panama: Ein wenig souveräner Präsident in einem wenig souveränen Land; BRD: Menschenrechte haben mit Entwicklungshilfe nichts zu tun;
Zweimonatsausgabe DM 6,50, Einzelheft: DM 5,- / Jahresabo: DM 55,-
Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Tel. 694 61 00

Vehement: Erfahrungen, Kommentare, Informationen
In Heft Nummer 7 geht es um folgende Themen: Ein Vierteljahrhundert personelle Entwicklungshilfe - was nun? Handeln die deutschen Organisationen noch zeitgemäß? Einheimische statt deutscher Fachkräfte in der Entwicklungszusammenarbeit.
Interkulturelle Begegnung - Interkulturelles Lernen. Leben in einer multikulturellen Welt. Zu beziehen:
Vehement e.V., Zollstocksweg 5, 5000 Köln 51, Tel. 0221/365410

ila 150, November 91
Die Jubiläumsnummer hat das Schwerpunkthema "Alternaive Medien". Auf 30 Seiten dazu Beiträge und Interviews über die Bedingungen und das Selbstverständnis journalistischen Arbeitens, unterschiedliche Ansätze feministischer Publizistik, kritische Radioarbeit, kolumbianischer Dokumentarfilm und die Agenturen alai und fempress.
Weitere Beiträge zu: Kuba nach dem Parteitag, Haiti, Landkonflikte in Brasilien und Nicaraguas, gesetzgeberischer Rassismus in der EG, die Kampagne 92 in Lateinamerika und in der BRD, die Biennale der Bildenden Kunst in Sao Paulo und die argentinische Theatermacherin Mariu Carrera. Außerdem beginnt mit dieser Ausgabe der Reihe "Lebenswege", die Menschen vorstellt, die als Flüchtlinge von Deutschland nach Lateinamerika bzw. aus Lateinamerika nach Deutschland gekommen sind.
68 Seiten, Einzelpreis 5,- DM, Abo 50,- DM

ila 151, Dezember 91
Schwerpunktthema: Überlebenswirtschaft. 10 Beiträge und Interviews setzen sich mit dem auseinander, was die entwicklungspolitische Diskussion unter dem Modewort vom "informeller Sektor" zusammenfaßt. Die Beispiele aus Argentinien, Bolivien, der Dom. Republik, El Salvador, Kolumbien, Peru, Uruguay und Venezuela stellen das breite Spektrum der Aktivitäten in der Überlebenswirtschaft dar, zeigen die Ausdifferenziertheit dieses "Sektors" und beleuchten die Ansätze, Bedingungen und Grenzen sozialer und politischer Organisation.
Weitere Beiträge über den wirtschaftlichen und politischen Niedergang Argentiniens, den designierten argentinischen Botschafter in der BRD und dessen Rolle während der Militärdiktatur, die Arbeit mit Straßenkindern in Nicaragua, die Wirtschaftskommission CEPAL, Bauernmalerei aus Peru und viele Beiträge aus der Solidaritätsbewegung. In der Reihe Lebenswege wird der zweifache Emigrant Ernesto Kroch vorgestellt.
64 Seiten, Einzelheft 5,-; Jahresabo 50,-
Bezug: ila, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1

Brasilien Rundbrief Nr. 41 4/91 Dezember 1991
Themen: Zerstörung der Regenwälder * Macuxi-Indianer * Eine Indio-Ärztin über indianische Heilkunde * Kulina-Projekt * Landkonflikte * Creche- Bewegung: Erfolge und Rückschläge * Kohl in Brasilien * A caravana passa - Seminarbericht * Büchertips
Einzelheft: 5,- DM/Jahresabo 20,- DM
Bezug: Brasilien Initiative Freiburg
In den Weihermatten 27
7800 Freiburg, Tel.: 0761/53674

VFLU-Umweltzeitung: 9.(4). Dezember 1991: (ab 1992: "kritische Ökologie")
Schwerpunkt: Zur ökologischen Krise in den Andenländern (Kolumbien, Peru, Bolivien) und eine Diskussion über die cash-crop-Vermarktung von Quinoa.
Weitere Themen: Neue Weltordnung im Maghreb: Der zweite "Grüne Marsch" Marokkos in die Westsahara: Die Fortsetzung des Krieges mit demographischen Mitteln; Interview mit Mohammed Habiboulah, Präsident des Sahrauischen Roten Halbmondes / Ökologische Argumente zur Errichtung eines Weltregimes; Hrg. und Vertrieb: Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt (VFLU) e.V. Langgasse 24/H; 6200 Wiesbaden 1, Tel.: 0611/370371
Einzelpreis: DM 5,-; ab 1992 im Jahresabo: DM 25,- oder als Förderabo

Dritte Welt 12/1991
In eigener Sache: Wie weiter im dritten Jahrzehnt? * Asien: Zwei Schritte vorwärts, einer zurück. Perspektiven u. Entwicklungsalternativen einiger Schwellenländer: Südkorea und Thailand * Kuba: Kommunisten haben Chancen vertan, Alltagsgespräche in Havanna * Sowjetunion : Die Dritte Welt inmitten der Sowjetunion * Zaire: "Der große Leopard", letzter Akt * Kultur: Afrikanische Schriftstellerinnen legen ihre Fesseln ab * Rezension: Jochen Hippler, Die Neue Weltordnung
Bezug: Dritte Welt, Liebigstr. 46, D-3550 Marburg

Kolumbien Rundbrief Nr. 25, Dezember 1991
Schwerpunktthema: Die christlichen Basisgemeinden in Kolumbien * Die neue Verfassung: Analyse und Einschätzung * Interview mit VertreterInnen der Schwarzenbewegung von der Pazifikküste* Infostellenecke * Aufruf zu Cuba: Weg mit der US-Blockade!" Bericht über den Kampf für die Menschenrechte in der Provinz Ocàna * Offener Brief zum Fall des Menschenrechtsanwalts Umana Mendoza * Bericht über das Blumenforum in Bogotá * Das Problem der Straflosigkeit am Beispiel des Massakers von Segovia * Urgent Action: Menschenrechtsanwälte in Cali bedroht! * Nachrichten zum Dialog in Caracas * Kommentar zur Lage in Haiti * Galeanos Wörterbuch der neuen Weltordnung.
Bezug: Kolumbiengruppe e.V. * Postfach 1347 * 7440 Nürtingen Tel. 07022-36242 Einzelpreis DM 4,- + Porto, Jahresabo DM 20,-

EPK 4/91:
Retten oder versklaven? Fundamentalistisch-Evangelikal Bewegungen. Beiträge: "Sei geheilt im Namen Jesu" - eine Reportage * Evangelikal-fundamentalistische Gruppen in der Dritten Welt * Zur Situation von Frauen in fundamentalistischen Gruppen * Porträt: Wycliff Bibelübersetzer / Summer Institute of Linguistics * Protestantische Kirchen und Entwicklung in Mittelamerika * World Vision - eine Hilfsorganisation mit vielen Gesichtern * Radio- und Fernseh-Evangelisation aus den USA in der Dritten Welt * Evangelium des Wohlstands für afrikanische Christen * Der Kimbanguismus in Zaire * Bericht über ein Fundamentalismus-Seminar an der Missionsakademie Hamburg * Die Siebten-Tages-Adventisten in Papua-Neuguinea * Interview mit Manfred Ernst über "neue" religiöse Bewegungen im pazifischen Raum * Rezension: Vargas Llosa, Der Krieg am Ende der Welt * EPK didaktisch
Bezug: EPK, Nernstweg 32-24, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/3905221, Preis: DM 6,- (im Abo DM 24,- pro Jahr/Institutionen DM 40,-)

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 158,
Schwerpunkt linker Rassismus: Rassismus und Alltagsdenken/Aufsatz * "Du sitzt mit dir selber am Tisch" , Rassismus "in" uns * Interview mit iranischen Kindern * BUKO-Rassismus Plattform * Die deutsche Bank - "Ihr Partner in der Welt?" * Interview mit einer argentinischen Menschenrechtlerin * Kleinbauernkaffee: Informationen, Interview mit Carlos Murillo Solano/Generalsekretär der Frente Solidario aus Costa Rica, Kritischer Kommentar zu dem neuen Kaffeeprojekt * Kaffeekampagne El Salvador * BUKO-Glasnost: Fragebogen/was wollen die BUKO-Mitgliedsgruppen? und Diskussions-FORUM in Zeiten allgemeiner (Werte) Verunsicherung * Vieles zur Kampagne ´92.
Bestelladresse: Redaktion FORUM, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/325156, FAX: 0421/3378177 (bitte DM 5,- in Briefmarken beilegen).

Selbstorganisation und Chaos. Entwicklungspolitik und Entwicklungspädagogik in neuer Sicht
Symposium vom 15.-17.Mai 1992 Burg Reineck(Gemünden)
Veranstalter: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik (ZEP) mit dem DFG-Forschungsprojekt zur Geschichte der entwicklungspolitischen Bildung
Anmeldung:
Prof. Dr. Treml
Pappelallee 19
2055 Dassendorf
Telefon: 040/6541-2803 bzw.3364

Tagung: Vom Konzept der Abkopplung zur Strategie der 'aktiven Weltmarktintegration. Perspektiven für die neunziger Jahre.
am 3. und 4. April 1992 in Freiburg
u.a. mit Ulrich Menzel
Informationen:
IZ3W
Postfach 5328
7800 Freiburg
Tel. 0761/74003

Bildungsurlaubsseminare
Die Volkshochschule Osnabrück veranstaltet ein Seminar mit dem Titel 'Leben in zwei Kulturen', welches sich besonders an Menschen richtet, die in binationalen Partnerschaften leben oder in der Ausländerarbeit tätig sind(Nr.4039).
Datum: 6.- 10.April 1992 in 4518 Bad Laer
'Land gegen Frieden' nennt sich ein weiteres Seminar(Nr.4040). Es soll über die Entstehung, Hintergründe und mögliche Lösung des palästinensisch-israelischen Konfliktes informieren.
Datum: 15.- 19.Juni 1992 in 2856 Wulbüttel
Anmeldung und Infos bei: Volkshochschule Osnabrück Bergstr.8 4500 Osnabrück.

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus:
Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung vom 14./15. März 1992 in Frankfurt/Main.
Anmeldung und Infos:
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.
Kölnerstr.66
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 069/7392934

Veranstaltungshinweise der Öko-Bildungswerke in Köln:
14.2.92: 20.00 - 22.00 Uhr Westsahara - das Referendum
15.2.92: 11.00 - 18.00 Uhr Das Asylrecht
16.2.92: 11.00 - 18.00 Uhr Arabische Märchen
21.2.92: 20.00 - 22.00 Uhr Haiti - von Las Casas bis Lavalas
23.2.92: 17.15 - 19.30 Uhr Zeitzeugen der multikulturellen Gesellschaft: Sakir Bilgin
15.3.92: 17.15 - 19.30 Uhr Zeitzeugen der multikulturellen Gesellschaft: Mehmet Fistik
29.3.92: 17.15 - 19.30 Uhr Zeitzeugen der multikulturellen Gesellschaft: Fatima Hartmann
Anmeldung und Infos:
Ökobildungswerke Köln
Herwarthstr.22
5000 Köln 1
Tel.: 0221/527387

Umweltsituation und Demokratie in Südostasien
eine Tagung der Südostasien Informationsstelle vom 14. - 16. Februar 1992 in Bochum.
Anmeldung und Infos bei:
Südostasieninformationsstelle
Josephinenstr.71
4630 Bochum 1
Tel.: 0234/502748

Die schweigenden Riesen... und die Frauen in Freihandelszonen und Heimarbeit
ein Seminar zur Arbeitssituation von Frauen vom 14. - 16. Februar 1992 in Hamburg-Hoisbüttel.
Anmeldung und Infos:
Dienste in Übersee
Wulfsdorfer Weg 33
2075 Ammersbek
Tel.: 040/6052559

Vernunft hat Zukunft - Umwelt und Entwicklung
am 28./29.März in Frankfurt/Main.
Anmeldung und Infos:
Bundesverband der Jusos in der SPD
z.Hd.Susanne Dengher
Ollenhauerstr. 1
Postfach 2280
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/532299

Die Dritte Welt und wir. Bilanz und Perspektiven für die Wissenschaft und Praxis
vom 5. - 8. Oktober 1992 in Osnabrück
Anmeldungen und Infos:
Vorbereitungssekretariat
AG Sozialökonomie und Kultur der Dritten Welt
z.Hd. Birgit Sommer
Universität Osnabrück FB 1
Seminarstr.33
4500 Osnabrück
Tel.: 0541/969-4616

Karl Rössel
Wind, Sand und (Mercedes-) Sterne. Westsahara: Der vergessene Kampf für die Freiheit
Horlemann Verlag, Göttingen 1991, 416 Seiten, 29,80DM

Kosta Mathéy (ed.)
BEYOND SELF-HELP HOUSING
Profil-Verlag München 1992, 417 Seiten, 78,90DM

Eckart Garbe
Mikronesien, Missbrauchte Inseln im Pazifik
Informationsstelle, Neuendettelsau 1991, 103 Seiten, 11,80DM

Thomas Scheffler (Hrsg.)
Ethnizität und Gewalt
Schriften des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg 1991, 273 Seiten 39,-DM

Joachim Dabisch, Heinz Schulze (Hrsg.)
Befreiung und Menschlichkeit. Texte zu Paulo Freire
AG SPAK Bücher, München 1991, 281 Seiten, 32,-DM

Betrifft: Datenschutz bei Wohnungswechsel

Die LeserInnen der blätter wechseln oft ihren Wohnort. An dieser Stelle zunächst der Appell, uns Eure Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen.
Wenn wir nicht beizeiten Eure neue Adresse erfahren, teilt sie uns die Post automatisch mit. (Ihr verliert allerdings eine Ausgabe der "blätter", die schickt uns die Post nämlich nicht zurück!!). Es ist nun so, daß die Post aus datenschutz-rechtlichen Gründen gezwungen ist, diese Datenweitergabe den Betroffenen mitzuteilen. Dies geschieht auf diesem Weg.
Wer nicht will, daß die Post seine Adresse beim Umzug weitergibt, möge sich bei uns oder direkt bei seinem Zustelleramt melden. Wenn bis zum 28. Februar 1992 keine entsprechende Anweisung bei uns vorliegt, gehen wir davon aus, daß die bisherige Regelung weiterläuft.
Mit freundlichen Grüßen
"blätter" Aboverwaltungscrew

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733